OST-WEST Informationen

ierteljahresschrift Nr. 1/92 März 92 4. Jg. S 30,-

Alternativ-sozialistisches Osteuropakomitee Graz

Umbruch – Abbruch – neuer Aufbruch?

Gewerkschaften im Osten

INHALT

4. Jahrgang 1/92

3
Zur Rolle der Gewerkschaften im Umbruch
von Walter Sauer

8
Neue Zeiten, neue Aufgaben
Gespräch mit Gabrielle Traxler

11
Ex-Sowjetunion Gewerkschaften unter Gorbatschow und Jelzin
von Elizabeth Teague

16
Abschied von der "union"
von Denis MacShane

19
"Wir brauchen eine einheitliche Strategie ..."
Gespräch mit Michail Nagaitsev

20
Gewerkschaften in Moskau
von Michail Nagaitsev

23
Ex-DDR Gewerkschaften in der "Wende"?
von Renate Hürtgen

29
CSFR Die "neue" Gewerkschaft gibt es noch nicht
von Adam Novak

33
Ungarn Gewerkschaften unter Druck
von Christian Stenner

36
Slowenien Laßt 100 Gewerkschaften blühen
von Tonci Kuzmanic

37
Der "dritte" gewerkschaftliche Weg
Gespräch mit Gewerkschaftern der Konfederacija sindikatov 90

40
Chronologie

EDITORIAL

Der Übergang zu marktwirtschaftlichen Systemen und die damit in Zusammenhang stehenden gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen sind in Osteuropa in erster Linie nicht unter führender Beteiligung der Arbeiterbewegung, sondern vielfach ohne oder sogar gegen sie und ihre Interessen vor sich gegangen. Das hat zur Folge, daß die Auswirkungen dieses Prozesses die arbeitenden Menschen und damit auch die Arbeiterbewegung am schwersten treffen.

Aus dieser Defensivposition - unter dem wirtschaftlichen Druck und dem Druck der Regierungen - kämpfen heute reformierte und neugegründete Gewerkschaften für elementare Rechte wie das der Assoziationsfreiheit und versuchen, das bis zu den Umwälzungen einigermaßen intakte Recht auf Arbeit zu erhalten.

Die Aufgaben, die sich den Gewerkschaften stellen - wollen sie ihren Auftrag ernst nehmen und nicht weiter verlängerte Arme regierender oder oppositioneller Parteien sein - sind gewaltig, den letztlich betreten sie allesamt politisches und gewerkschaftliches Neuland: die Tücken der Marktwirtschaft sind ihnen nicht vertraut, die Tricks bei den Kollektivvertragsverhandlungen noch unbekannt, die Taktiken multinationaler Konzerne Neuland, das Verhalten im Falle von sukzessiven Kündigungen unklar u.ä.m..

Der Streik, einst eines der Kampfmittel, mit denen die ArbeiterInnen Petrograds das Zarenregime in die Knie zwangen, ist wie auch andere traditionelle Kampfformen der Arbeiterbewegung (Betriebsbesetzung, Arbeiterkontrolle etc.) über Jahrzehnte als Aktionsform betrachtet worden, die lediglich in kapitalistischen Ländern akzeptabel, im real existierenden Sozialismus aber konterrevolutionär sei... was eine Situation schafft, in der die Methoden der Streikführung neu erarbeitet werden müssen.

Die Vielzahl an Gewerkschaften, die heute in Osteuropa anzutreffen und als Gegenbewegung zu den staatlichen Einheitsgewerkschaften und zur bisher herrschenden politischen Eindimensionalität zu verstehen ist, bedeutet zweifelsohne eine Schwächung der Arbeiterbewegung durch Zersplitterung; der nun herrschende Pluralismus kann aber andererseits ein Ansporn für die einzelnen Gruppierungen sein, gewerkschaftliche Arbeit von unten nach oben ernst zu nehmen und nicht aus einer Monopolposition heraus alle Ansätze von Selbstorganisation abzuwürgen, wie es uns im westeuropäischen Gewerkschaftsleben nur allzu vertraut ist.

Ob nach jahrzehntelanger Herrschaft der Nomenklatura die Herrschaft einer neuen Bürokratie in den Gewerkschaften das innergewerkschaftliche Leben einfriert, wird nicht zuletzt von der Selbsttätigkeit der ArbeiterInnen abhängen - wobei die Tatsache nicht zu unterschätzen ist, daß die katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage vielen Menschen zum Kampf ums nackte Überleben zwingt und der Entsolidarisierung Tür und Tor öffnet. Schließlich wird die längerfristige gesellschaftliche Entwicklung in den betroffenen Staaten auch davon abhängen, ob es den Gewerkschaften gelingt, neue Perspektiven zu entwickeln oder ob sie in reinen Abwehrkämpfen verharren oder gar wieder in Abhängigkeit vom Staat geraten.

In dieser schwierigen Situation wenden sich die osteuropäischen Gewerkschaften an ihre westeuropäischen Schwesterorganisationen. Die Hilfe, die ihnen zukommt, ist zugleich Selbstschutz: Ein "gewerkschaftsfreier" Raum in Osteuropa würde auch die Position der westlichen Gewerkschaftsbewegung untergraben. Soll "Internationale Solidarität" mehr sein als eine Parole bei den 1.Mai-Veranstaltungen, so ist die materielle und beratende Unterstützung- nicht nur der Gewerkschaftsspitzen - eine aktuelle Aufgabe.

Gleichzeitig sollten aber die Gewerkschaften im Westen nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß auch sie von den Schwesterorganisationen in Osteuropa lernen können: Die Basisdemokratie, wie wir sie in den Kämpfen der polnischen Solidarnosc Anfang der achtziger Jahre und auch bei den russischen Bergarbeitern 1988 erlebt haben - öffentliche Verhandlungen statt Geheimpackelei, Wahl der Unterhändler etc. - ist ein Vorbild für alle, denen innergewerkschaftliche Demokratie als eine der Voraussetzungen gesellschaftlicher Demokratie erscheint.

Da kaum ein gesellschaftlicher Bereich, der von den Konsequenzen des Umbruchs betroffen ist, dermaßen ignoriert wird wie jener der Arbeitswelt, wird auch die nächste Ausgabe der Ost-West-Gegeninformationen diesem Thema gewidmet sein, wobei auch die Situation der in diesem Heft nicht behandelten Länder zur Sprache kommen soll.

DIE REDAKTION

Z 4708

...drich-Ebert-Stiftung

Zur Rolle der Gewerkschaften im Umbruch

von Walter Sauer

●Die Gewerkschaftsbewegung in Osteuropa ist einem tiefgreifenden Transformationsprozeß unterworfen. Dies gilt im besonderen hinsichtlich ihrer Stellung im gesellschaftlichen und politischen System dieser Länder, hinsichtlich ihrer inneren Strukturen und ihres Selbstverständnisses sowie schließlich auch, was ihre Aktivitäten betrifft.●

Walter Sauer ist Dozent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien.

1. Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Funktion der Gewerkschaftsbewegung

Der Zusammenbruch der politischen Systeme des sogenannten realen Sozialismus in den meisten Ländern Osteuropas hat in vieler Hinsicht auch die privilegierten Positionen der Gewerkschaftsorganisationen in Mitleidenschaft gezogen. Im einzelnen zwar in verschiedenen Formen und den jeweiligen national unterschiedlichen politischen Strukturen der "sozialistischen Länder" angepaßt, hatten die Gewerkschaften als gesellschaftliche Organisationen der Arbeiterklasse im allgemeinen eine wichtige und gleichsam staatstragende Stellung inne. Vereinfachend wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf die den Gewerkschaften zugeschriebene Funktion eines "Transmissionsriemens" für die jeweilige Kommunistische Partei hingewiesen (der Begriff stammt aus dem von Lenin entworfenen ZK-Beschluß "Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik" vom 12. Jänner 1922).

Dieser Begriff bringt zwar den Hegemonieanspruch der Partei als der führenden politischen Kraft der sozialistischen Gesellschaft anschaulich zum Ausdruck. Gerade aus zeithistorischer Warte darf jedoch nicht übersehen werden, daß seine praktische Umsetzung in den einzelnen Ländern und in einzelnen Epochen in durchaus unterschiedlicher Weise und Intensität erfolgen konnte; es sei etwa an die diesbezüglichen Kontroversen im jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus erinnert (vgl. Wolfgang Höpken, Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien, München 1984, S.221-231) oder an die spannungsgeladene Geschichte des Verhältnisses von Gewerkschaft und Partei im Ungarn der siebziger und achtziger Jahre: *"At the session of the (SZOT) presidium, negative views were also expressed... that our political system and especially our decision-making system does not operate in accordance with our principles, because the party does not consider and does not build on the opinions of the trade unions and, that political decisions are made first and are then handed out for discussion..."* (Sarolta Csakó / Péter Sipos, Four Decades of the Hungarian Trade Union Movement 1945-1986, Budapest 1990, S. 124).

Zum anderen: Die tatsächlichen Funktionen der Gewerkschaften in den realsozialistischen Ländern gingen über ihre zweifellos vorhandenen Disziplinierungs- und Mobilisierungsfunktion wesentlich hinaus. Zwar war die Zuerkennung eines bestimmten Kontingents an Parlamentsmandaten an den Gewerkschaftsverband (wie auch an andere gesellschaftliche Organisationen) in der früheren DDR in dieser Hinsicht ein Sonderfall, doch sah auch die Breschnew'sche Verfassung der UdSSR das Recht der Gewerkschaften vor, Kandidaten zur Wahl in die Sowjets aller Ebenen aufzustellen; in den übrigen osteuropäischen Ländern, etwa in Ungarn und der Tschechoslowakei, wurden Gewerkschaftsfunktionäre von den jeweiligen Nationalen Front-Organisationen bei der Zusammenstellung der Kandidatenlisten berücksichtigt. Die führenden Repräsentanten der Gewerkschaftsverbände bekleideten zugleich wichtige staatliche Posten, verfügten über beträchtlichen politischen Einfluß, und gewerkschaftliche Positionen konnten nicht selten als Vorspiel oder Element von Karrieren im staatlichen oder staatswirtschaftlichen Bereich betrachtet werden. Auf betrieblicher und arbeitsrechtlicher Ebene entsprachen dieser privilegierten politischen Position weitgehende - wenn auch nicht immer realisierte - Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte der lokalen Gewerkschaftsorganisation, etwa das nur selten wahrgenommene Vetorecht des (derzeit noch bestehenden) ungarischen Arbeitsgesetzbuchs. Last, but not least muß auch auf die Bedeutung der Gewerkschaften für die Sozial- und Kulturpolitik verwiesen werden, auf die Verwaltung Tausender Ferienheime, Sanatorien oder Kultureinrichtungen, die bis heute für den Freizeit- und Reproduktionsbereich der osteuropäischen Gesellschaften außerordentlich wichtig sind. Vielfach erfolgte hier eine Verschränkung gewerkschaftlicher mit staatlichen Aufgaben, deren Entwirrung - etwa im Rahmen der Kontroversen über die gewerkschaftliche Vermögensfrage - heute so gro-

ße Schwierigkeiten bereitet.

Die politischen Umwälzungen in Osteuropa haben nun die Rahmenbedingungen für all diese Funktionen drastisch verändert. Die Gewerkschaften haben in all diesen Ländern ihren bisherigen quasi öffentlich-rechtlichen Status weitestgehend verloren und werden von Regierungen und Öffentlichkeit im allgemeinen als private Interessenszusammenschlüsse betrachtet. Zwar sind die Gewerkschaften, nicht zuletzt aufgrund internationaler Einflußnahmen etwa der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder internationaler Gewerkschaftsverbände, in dreigliedrigen Beratungsgremien der Sozialpartner und der Regierungen vertreten, doch scheint diesen - soferne nicht gerade soziale Unruhen akut sind - keine besondere praktische Bedeutung zuzukommen. Teils aufgrund der geänderten verfassungsmäßigen und institutionellen Rahmenbedingungen, teils aufgrund ihrer früheren Verflochtenheit mit den nun politisch meist bedeutungslosen kommunistischen Parteien haben die Gewerkschaften ihren politischen Einfluß, ihre Funktion als Karriereleiter sowie ihre, direkte oder indirekte, Vertretung in den Parlamenten weitgehend verloren; auch ihre Positionen im Reproduktions- und Kulturbereich scheinen angesichts neuer sozial- und versicherungsrechtlicher Regelungen und vor allem immer wieder feststellbarer Tendenzen, die Erholungsheime zugunsten einer expandierenden Tourismus- und Freizeitindustrie zu privatisieren, eher fraglich.

Dieser hier nur angedeutete Funktionswandel, ja Funktionsverlust, hat sowohl in den Betrieben als auch in den Gewerkschaftsverbänden zu erheblicher Rollenunsicherheit geführt. Dies gilt nicht nur für den Sonderfall Polen, wo sowohl Solidarnosc als auch die Gesamtpolnische Vereinigung der Gewerkschaften (OPZZ) bedeutende, einander entgegengesetzte, politische Funktionen erfüllt haben und auf beiden Seiten der Trend nun in Richtung auf eine wirksame Vertretung der sozialen Interessen der Arbeitnehmer zu gehen scheint (vgl. etwa Jacek Kuron, Die Gewerkschaften im Postkommunismus, in: NZZ 26.Mai 1991). Es sei hier ebenso hingewiesen auf die diesbezügliche Diskussion in der CSFR, deren im Rahmen der "samtenen Revolution" gebildete Streikkomitees eine "politische Abstinenz" der Gewerkschaftsbewegung favorisierten, wo sich durch die Erfahrungen mit der bisherigen Regierungspolitik nunmehr jedoch der Gedanke einer erneuten "Politisierung" und Kooperation mit sozial eingestellten politischen Parteien durchzusetzen scheint. Welche Parteien das sind bzw. sein sollten, ist angesichts des noch nicht voll ausgebildeten Parteienspektrums in den osteuropäischen Ländern - z.B. Schwäche der Sozialdemokratie - vielfach noch eine offene Frage.

2. Veränderungen in Struktur und Selbstverständnis

Institutionell gesehen, ist die gewerkschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Ländern Osteuropas in der derzeitigen Transformationsperiode vor allem durch vier teils korrespondierende, teils gegenläufige Prozesse gekennzeichnet:

Erstens durch die Desintegration der früher bestehenden einheitlichen und straff zentralisierten Gewerkschaftsverbände in zahlreiche lokale, regionale, Branchen- oder Richtungsgewerkschaften, die nun entweder vollkommen selbständig agieren oder sich lose in neuen Dachorganisationen zusammengeschlossen haben. Wiederauflebende, jahrelang vernachlässigte Traditionen und Identitäten verschiedener Teile der Arbeiterbewegung, psychologisch verständliche Forderungen nach Überschaubarkeit und Eigenständigkeit auf Branchen- oder Betriebsebene, nicht zuletzt aber auch politische, nationale und personelle Konflikte sind als Ursachen für diesen Vorgang zu nennen. Klassische Beispiele auf nationaler Ebene dafür sind etwa, vereinfacht dargestellt, das Auseinanderbrechen des früheren ungarischen Gewerkschaftsbundes, des Zentralverbandes der ungarischen Gewerkschaften (SZOT), in vier Nachfolgeverbände - MSZOSZ (Landesverband der ungarischen Gewerkschaften), ASZOK (Koordination der autonomen Gewerkschaften Ungarns), SZEF (Gewerkschaftliches Kooperationsforum) und ESZT (Gewerkschaft der Intellektuellen) -, der Zerfall des einheitlichen Bundes der Gewerkschaften Jugoslawiens in einzelne Republikverbände, aber auch in der CSFR die trotz der geretteten organisatorischen Einheit in der Tschechisch-Slowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände (CS KOS) latent bestehende Spannung zwischen der Tschechisch-Mährischen Kammer und dem Slowakischen Gewerkschaftsbund.

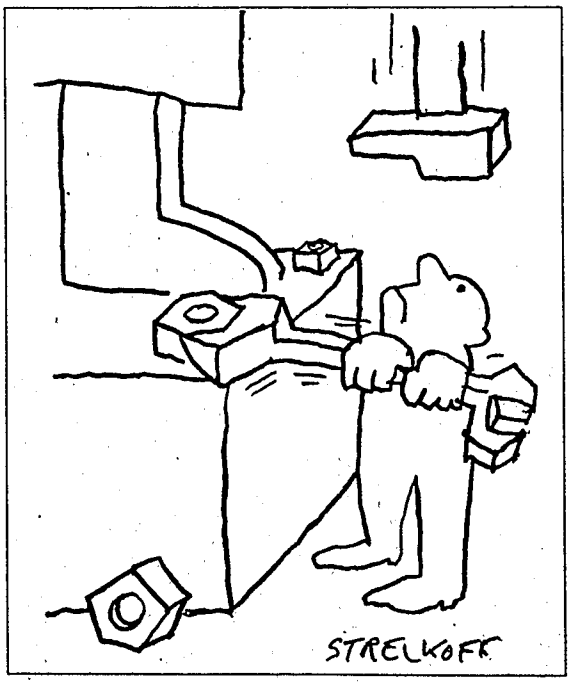
Die Entwicklung war zweitens gekennzeichnet durch die innere Reform der traditionellen Gewerkschaftsbünde, Hand in Hand gehend mit dem Aufbau neuer organisatorischer Strukturen und einer - in ihrer Reichweite unterschiedlich zu bewertenden - politischen und ideologischen Neuorientierung. Ansätze zu solchen Reformbewegungen innerhalb der vorgegebenen Strukturen lassen sich in verschiedenen Fällen bereits etliche Jahre zurückverfolgen, wenngleich ihnen ein Durchbruch erst im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umwälzungen der Jahre 1989/90 gelingen sollte. Organisatorisch und finanziell haben sich dabei immer wieder starke Eigeninteressen von Regional- oder Branchenverbänden mit daraus resultierendem Kompetenz- und Ressourcenmangel auf der zentralen Ebene sowie die Reformunwilligkeit von Funktionären auf der Mittelebene als problematisch erwiesen. Ideologisch ist es in den meisten Fällen zu einer Absage an die "Transmissionsriemen"-Theorie, zu einer Auflösung des Naheverhältnisses zur Kommunistischen Partei und zum Austritt aus dem Weltgewerkschaftsbund gekommen; programmatisch werden der Übergang zur Marktwirtschaft, Privatisierungen etc. nunmehr im Prinzip bejaht und international Kontakte zur westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung (vor allem zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und zum Europäischen Gewerkschaftsbund) bzw. - auf Branchenebene - zu den Internationalen Berufsekretariaten gesucht. Exemplarisch soll an dieser Stelle wiederum auf den tschechoslowakischen Gewerkschaftsbund CS KOS verwiesen werden, der im März 1990 durch einen kompletten Austausch der Persönlichkeiten auf der Führungsebene sowie durch die (im Nachhinein freilich auch problematische) Auflösung der regionalen "Mittelstrukturen" den internen Reformtendenzen schlagartig zum Durchbruch verhelfen konnte. Darüber hinaus wäre auf derartige Reformentwicklungen auch im Nationalen Verband der ungarischen Gewerkschaften (MSZOSZ) oder in der Konföderation der Unabhängigen Syndikate Bulgariens (KNSB) zu verweisen.

Drittens ist hier das, oft spektakuläre, Entstehen neuartiger gewerkschaftlicher oder gewerkschaftsähnlicher Organisationen zu erwähnen, die einen vollkommenen Bruch mit der Vergangenheit für sich in Anspruch nehmen, teilweise deklariert politische Zielsetzungen verfolgen und häufig über bedeutende ausländische Unterstützungen verfügen. Vielfach aus kleinen intellektuellen Dissidentenzirkeln entstanden, denen die Gründung einer "Gewerkschaftsorganisation" manchmal die einzige legale oder halblegale Möglichkeit einer politischen Tätigkeit ermöglichte, liegt der Erfolg dieser Verbände oft im Aufbau einer breiten, vielfach auch spontan agierenden Volks- oder Menschenrechtsbewegung antikommunistischer Tendenz, die bei einer

notwendigen Institutionalisierung (z.B. der regelmäßigen Einhebung von Mitgliedsbeiträgen) und im Bereich der kontinuierlichen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen jedoch rasch an ihre Grenzen stößt. Als Modellfall dieses Organisationstyps ist zweifellos die polnische Solidarnosc zu nennen, der zum einen über lange Zeiträume hinweg die Mobilisierung zumindest großer Teile der Arbeiterschaft im Kampf gegen Kriegsrecht und Sozialismus in Polen gelungen ist, die zum anderen jedoch die notwendige Abgabe politischer Funktionen an die neugewählte Staatsmacht, die Distanzierung von den Prozessen der Parteienbildung sowie Aufgaben einer rein gewerkschaftlichen Interessensvertretung nur mit Schwierigkeiten meistert. Als ein weiteres, charakteristisches Beispiel ist in diesem Zusammenhang auf "Podkrepa" zu verweisen, deren führende Repräsentanten die Solidarnosc-Strategie für Bulgarien zu adaptieren versuchen, auf die rumänische "Fratia" oder die zahlreichen derzeit in der Sowjetunion entstehenden, oft mit nationalistischen Bewegungen verschmolzenen Organisationen. Ebenso können bestimmte Tendenzen im Rahmen der Demokratischen Liga in Ungarn in diesem Zusammenhang interpretiert werden.

Viertens ist schließlich auf die noch bestehenden bzw. in einigen Fällen neu errichteten Gewerkschaftsverbände (neo)kommunistischer Zuordnung aufmerksam zu machen. Dies trifft vor allem auf den Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion (VZSPS) zu sowie auf OPZZ in Polen. In Bulgarien wurde Anfang letzten Jahres die Organisation "Edinstvo" gegründet, eine in einem Naheverhältnis zur Bulgarischen Sozialistischen (früher Kommunistischen) Partei stehende Gewerkschaftsvereinigung vorwiegend des Agrar-Kooperativensektors, die im wesentlichen als reformfeindliche Abspaltung vom Verband der Unabhängigen Syndikate (KNSB) zu betrachten ist. In ähnlicher Richtung sind die vom letzten Vorsitzenden des ehemaligen tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbands ROH, Karel Henes, seit April 1991 unternommenen Aktivitäten zur Wiederbelebung des Einheitlichen Gewerkschaftsverbands für Böhmen, Mähren und die Slowakei einzuordnen, die Anfang November in der Abhaltung eines ersten landesweiten Kongresses kulminierten und durchaus nicht als ineffizient anzusehen sind.

Resultat all dieser komplizierten und sehr fluktuierend verlaufenden Prozesse ist bislang in allen osteuropäischen Ländern ein mehr oder weniger vielfältiger "gewerkschaftlicher Pluralismus" verschiedenster, miteinander konkurrierender gewerkschaftlicher Organisationen unterschiedlicher Struktur und Richtung (als erste Übersicht vgl. Siegfried Mielke / Peter Rütters, Die neuen Gewerkschaftsbewegungen in Mittel- und Osteuropa und ihre Auswirkungen auf die internationale Gewerkschaftsbewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 13/91, S. 35-46). Vielfach ist mit dem organisatorischen ja auch ein ideologischer und politischer Differenzierungsprozeß Hand in Hand gegangen. Der Verlust der, oft als aufgezwungen erlebten, marxistischen Orientierungsperspektive, die institutionelle Rollenunsicherheit angesichts einer sich drastisch wandelnden Gesellschaft und die mit dem Übergang zur Marktwirtschaft verbundenen tiefgreifenden sozialen Änderungen haben auch die Arbeiterbewegung zum Tummelplatz verschiedenster Theorien und Ideologien werden lassen. Sozial- und christdemokratische Impulse sind hier ebenso zu beobachten wie basisdemokratische Gedanken sowie monarchistische und autoritaristische Tendenzen. Von einer endgültigen Klärung kann freilich auch hier, ebenso wie bei der Organisationsentwicklung, noch keine Rede sein.



3. Veränderungen der gewerkschaftlichen Interessensvertretung

Der Verfasser neigt dazu, die politisch umstrittene Frage nach Existenz und Stellenwert gewerkschaftlicher Interessensvertretung für die Gewerkschaften des realen Sozialismus in einem eingeschränkten Sinn zu bejahen; allerdings wären diesbezüglich eingehende Studien der konkreten betrieblichen und überbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit wünschenswert. Meinungsumfragen aus Jugoslawien aus dem Jahr 1974 - einer Zeit also, die gemeinhin als eine Epoche der "Krise" der jugoslawischen Gewerkschaftsbewegung bezeichnet wird - weisen immerhin deutlich in die genannte Richtung: 75,3 % der befragten Arbeiter waren demnach der Ansicht, die Gewerkschaften hätten sich faktisch im Bereich Qualifikation und Weiterbildung der Beschäftigten betätigt; 71,3 % gaben Kaderpolitik, Wahl der leitenden Angestellten sowie andere Maßnahmen im Rahmen der Selbstverwaltung, 64,2 % die Verteilung der betrieblichen und persönlichen Einkommen, 62,5 % die Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme als Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Tätigkeit an (Höpken, a.a.O., S. 208). Außer Frage steht allerdings ebenso, daß in vielen anderen Fällen übergeordnete politische oder sonstige Erwägungen für die Aufgaben der konkreten Interessensvertretung nachteilige Auswirkungen zeigten.

In jedem Fall haben die politischen Entwicklungen in Osteuropa auch Aufgaben und Formen der gewerkschaftlichen Interessensvertretung wesentlich verändert. Die neuen politischen Systeme sehen keinerlei, tatsächliche oder auch nur behauptete, Privilegierung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen mehr vor. Soferne (wie in der Tschechoslowakei) bereits neue Arbeitsgesetzbücher beschlossen sind, ist ein drastischer Abbau der betrieblichen Rechte der Gewerkschaften unverkennbar; in Ungarn stehen ähnliche Maßnahmen in Kürze bevor. Der Abbau des arbeitsrechtlichen Schutzes geht zudem Hand in Hand mit einer Verstärkung des Konfliktpotentials Arbeitswelt: Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, die Herausforderungen der Privatisierung, wirtschaftliche Umstrukturierungen, notwendige Erhöhungen der Arbeitsproduktivität etc. verstärken die Notwendigkeit echter gewerkschaftlicher Interessensvertretung, ohne daß noch in ausreichendem Ausmaß die dazu erforderlichen Erfahrungen und Strukturen vorhanden sind. In diesem Zusammenhang wäre auf die Diskussion über die Einführung von Betriebsräten nach deutschem oder österreichischem Vorbild vor allem in Ungarn zu verweisen. Insgesamt verwundert es nicht, daß der Wunsch nach gewerkschaftlichen

Bildungs- und Schulungsmaßnahmen mit internationaler Unterstützung auf der Prioritätenliste der osteuropäischen Arbeiterbewegung ganz oben steht, gerade auch hinsichtlich von Kollektivvertragsverhandlungen auf betrieblicher oder überbetrieblicher Ebene (W. Göhring, Bildung ohne Grenzen - Brücken in die Zukunft. Berufsorientierung und interkulturelles Lernen mit Erwachsenen. Österreich - Polen - Ungarn (Budapest - Eisenstadt 1991).

Auf zwei wichtige Teilprobleme darf in diesem Zusammenhang noch eingegangen werden. Zum einen hat sich häufig das Verhältnis der Gewerkschaften zum betrieblichen Management als sensibel erwiesen. Schon traditionell ist die Klage der neu entstandenen, stark politisch ausgerichteten Organisationen, von der "alten" Gewerkschaft im Betrieb in diskretem Zusammenspiel mit der Betriebsleitung diskriminiert zu werden. Dieses Konfliktmuster verändert sich freilich mit dem Fortschreiten der wirtschaftlichen Umstrukturierung: An die Stelle der teilweise von den Betriebskollektiven sogar gewählten und abberufbaren Direktoren und ihrer Abhängigkeit von der Belegschaft (bzw. der Abhängigkeit beider Seiten von der Partei) tritt zunehmend der nur mehr dem Eigentümer (Staat oder Privatunternehmer) verantwortliche und profitorientiert wirtschaftende Manager. Geeignete Formen des Dialogs sind oft mangels entsprechender kollektivvertraglicher und anderer Bestimmungen sowie auch mangels Erfahrung und Bereitschaft nicht vorhanden. Zunehmend sind daher Maßnahmen gewerkschaftsfeindlicher Tendenz auf Betriebsebene feststellbar, sei es durch offene oder verdeckte Diskriminierung von gewerkschaftlichen Aktivisten (und zwar der "alten" wie der "neuen" Verbände), sei es die Gründung "gelber" Gewerkschaften etc. Die Aufgabe der Sicherung der Assoziationsfreiheit für die Gewerkschaften Osteuropas bleibt von daher in veränderter Form relevant.

Zum anderen hat mit fortschreitender Privatisierung und Zunahme der Auslandsinvestitionen gewerkschaftliche Interessensvertretung immer stärker auch mit ausländischen Partnern oder sogar Eigentümern zu tun. Im wesentlichen wird diese Entwicklung von den Gewerkschaften der verschiedenen Länder prinzipiell positiv bewertet, auch wenn in unterschiedlicher Intensität sozial- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen eingefordert werden. Eine zusammenfassende Evaluierung der bislang gesammelten gewerkschaftlichen Erfahrungen mit dem Engagement multinationaler Konzerne in Osteuropa steht leider noch aus. Einzelbeispielen, die von verschlechterten Arbeitsbedingungen und einer Diskriminierung gewerkschaftlicher Aktivisten berichten, stehen mindestens ebenso viele positive Erfahrungen gegenüber, wobei hiebei häufig die Unterstützung westeuropäischer oder US-amerikanischer Betriebsräte oder Gewerkschaften in Anspruch genommen wird.

4. Einige Perspektiven der Gewerkschaftsbewegung Osteuropas

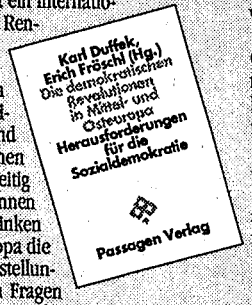
Die zukünftigen Perspektiven der Entwicklung auf dem gewerkschaftlichen Sektor in Osteuropa sind vor dem Hintergrund dieses tiefgreifenden Transformationsprozesses sowie angesichts zahlreicher anderer relevanter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu erörtern. Vielfach hat beispielsweise die Identifizierung von Gewerkschaften und Arbeiterbewegung mit dem "alten System" zu einer Diskreditierung des Gewerkschaftsgedankens ge-

Publikationen des Renner-Instituts

erhältlich in jeder Buchhandlung

RENNER INSTITUT

Die demokratischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa
Herausforderungen für die Sozialdemokratie
Herausgegeben von Karl Duffek und Erich Fröschl



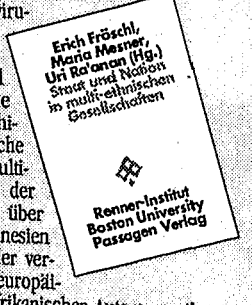
Der Band dokumentiert ein internationales Symposion des Renner-Instituts, das dem Erfahrungsaustausch zwischen prominenten west- und osteuropäischen PolitikerInnen und SozialwissenschafterInnen gewidmet war. Gleichzeitig gab es den VertreterInnen der demokratischen Linken aus Mittel- und Osteuropa die Gelegenheit, ihre Vorstellungen zu entscheidenden Fragen der Gestaltung der neuen politischen Systeme darzulegen.

Gruppiert um drei zentrale Themen – die demokratische, die nationale und die soziale Frage – liegt somit nicht bloß eine Bestandsaufnahme der Umwälzungsprozesse vor, sondern gleichzeitig der Versuch, die Bedingungen zu definieren, unter denen parlamentarisch-demokratische Gesellschaften entstehen beziehungsweise abgesichert werden können.

Mit Beiträgen von Franz Vranitzky, Willy Brandt, Jurij Afanasiev, Jiri Hajek, Ritt Bjerregaard, Zbigniew Bujak, Katja Boh, Peter Glotz u. a.

Wien: Passagen-Verlag 1991, 272 Seiten, öS 280.-
ISBN 3-900767-70-X

Staat und Nation in multi-ethnischen Gesellschaften
Herausgegeben von Erich Fröschl, Maria Mesner und Uri Ra'anan



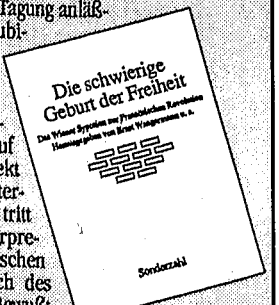
Am Ende des 20. Jahrhunderts brechen alte Nationalismen neu auf, gleichzeitig entstehen in den westlichen Industriegesellschaften neue multi-ethnische Kommunen, das Schlagwort von der »multi-kulturellen Gesellschaft« ist in aller Munde.

Am Beginn des 20. Jahrhunderts entwarfen Karl Renner und Otto Bauer ein – aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse nie in die Praxis umgesetztes – politisches Modell, das den Fortbestand der von Nationalitätenkämpfen geschüttelten Österreichisch-Ungarischen Monarchie sichern sollte.

Das vorliegende Buch befaßt sich mit diesen, aber auch mit heute virulenten Konflikten und Lösungsvorschlägen. Es enthält neben der Analyse und Einordnung der Modelle Renners und Bauers in ihren historischen Kontext exemplarische Studien über die Situation in multi-ethnischen Gesellschaften der Gegenwart von Jugoslawien über Spanien und Kanada bis Indonesien und Südafrika. Die Summe der verschiedenen Beiträge von europäischen, amerikanischen und afrikanischen Autoren ergibt eine aktuelle Bestandsaufnahme und kritische Beurteilung von Modellen zur Konfliktlösung in multi-ethnischen Gesellschaften.

Wien: Passagen-Verlag 1991,
350 Seiten, öS 350,-
ISBN 3-900767-83-1

Die schwierige Geburt der Freiheit
Das Wiener Symposion zur Französischen Revolution
Herausgegeben von Ernst Wangermann u. a.



Dieses Buch dokumentiert die vom Renner-Institut mitveranstaltete Tagung anläßlich des 200-Jahr-Jubiläums der Französischen Revolution. In Österreich hat sich deren Rezeption bisher im wesentlichen auf den politischen Aspekt beschränkt. In der internationalen Forschung tritt hingegen die Interpretation der Französischen Revolution als »Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins« immer deutlicher in den Vordergrund. Daher werden in diesem Band einerseits kultur- und mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen in den Vordergrund gerückt, andererseits auch theorie- und diskursgeschichtliche Aspekte ausführlich behandelt. Auch die frühdemokratischen Bewegungen in Mittel- und Osteuropa bilden einen Schwerpunkt.

Mit Beiträgen von Iring Fetscher, Elisabeth Badinter, Rudolf Burger, Ernst Wangermann, Sonja Puntscher-Riekmann, Birgit Wagner, Walter Grab u.a.

Wien: Sonderzahl 1991,
240 Seiten, öS 220.-
ISBN 3-85449-031-3

führt. Auch der plötzliche Einbruch von individuellen Leistungs- und Konsumideologien sowie der allgemeine Trend zu Entpolitisierung sind häufig, wie auch in Westeuropa, mit Desinteresse an Gewerkschaften verbunden. Bei einer im August 1990 durchgeführten Meinungsumfrage in der CSFR konnten beispielsweise nur 47% der Befragten einer Fortsetzung ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft etwas Positives abgewinnen; etwa ein Drittel der Berufstätigen war der Meinung, dies würde von den Umständen abhängen, und 10% fanden die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft überhaupt nicht von Nutzen (Arbeit & Wirtschaft 7-8/90). Mit einem Rückgang des bislang über neunzigprozentigen Organisationsgrades ist somit jedenfalls zu rechnen, wenngleich gerade in wirtschaftlichen Krisenregionen auch ein Ansteigen des Interesses zu bemerken ist.

Hinzu kommen die in den meisten Ländern Osteuropas feststellbaren gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen seitens der Regierungen bzw. der politisch maßgeblichen Kreise. Von ihrer Seite her wird die geringer gewordene Akzeptanz des Gewerkschaftsgedankens durch antisoziale Agitation noch geschürt. *"Es gibt bei uns gewisse Kreise"*, formulierte dies CS KOS-Präsident Roman Kovac einmal, *"die Sie in dem Moment, in dem Sie das Wort 'sozial' aussprechen, gleich für einen Kryptokommunisten halten. Wir befinden uns derzeit in einer relativ komplizierten Situation, weil einerseits die Gewerkschaften als "rot" bezeichnet werden, und uns andererseits die radikalen Betriebsorganisationen beschuldigen, daß wir mit der Regierung unter einer Decke stecken."* (Prace, 16.1.1991). Der bekannte Ausspruch des tschechoslowakischen Finanzministers Vaclav Klaus, er strebe eine "Marktwirtschaft ohne Adjektiv" an, ist in ähnlicher Weise als Bekenntnis zu einem reinen Wirtschaftsliberalismus Friedman'scher Schule ohne Berücksichtigung sozialer oder ökologischer Kriterien zu interpretieren.

Darüber hinaus sind es natürlich weniger Worte als vielmehr Taten, die den in vieler Hinsicht gewerkschaftsfeindlich ausgerichteten Charakter der Politik so mancher osteuropäischen Regierung zum Ausdruck bringen. Von vielen wird als jüngstes diesbezügliches Beispiel der Anfang Juli dieses Jahres erfolgte Beschluß des ungarischen Parlamentes ins Treffen geführt, die Verwaltung sämtlicher Vermögenswerte aller registrierten ungarischen Gewerkschaften einer neuzuschaffenden staatlichen Agentur zu übertragen und innerhalb eines Jahres eine Art von "Vertrauensabstimmung" unter allen ungarischen Arbeitnehmern (Nicht-Gewerkschaftsmitglieder miteingeschlossen) zu organisieren, deren Ergebnis dann als Kriterium für eine Neuverteilung des Vermögens zwischen den derzeit sieben landesweit operierenden Gewerkschaftsverbänden dienen soll.

Seitens internationaler Gewerkschaftsverbände, etwa seitens des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), dem Mitgliedsorganisationen in über hundert Ländern mit einer Gesamtmitgliederzahl von etwa hundert Millionen Menschen angehören, wurde bisher vor allem die Notwendigkeit betont, dem wirtschaftlichen Transformationsprozeß eine "soziale Dimension" zu verleihen. *"Darüber hinaus haben sich die internationalen politischen Ratschläge und die an die externe Finanzhilfe geknüpften Bedingungen nur auf Haushalts-, Preis- und Währungsreformen konzentriert"*, kritisierte der IBFG-Vorstand beispielsweise im Mai 1990 an der bisherigen Wirtschaftshilfe der westlichen Länder, *"was die Gefahr in sich birgt, die Probleme, vor denen die arbeitende Bevölkerung bereits steht, noch zu verstärken, wenn nicht ebenso weitreichende soziale Maßnahmen ergriffen werden"*. Im Dezember 1990 zeigte sich das führende Gremium des IBFG noch stärker besorgt: *"Nur langsam kommt die soziale Dimension der Reform über vage Erklärungen hinaus und nähert sich greifbaren Programmen, die auf die wirkliche Not der Arbeitnehmerschaft und ihrer Familien eingehen."* Durch Demarchen und Aktivitäten bei internationalen Finanzorganisationen, etwa beim Internationalen Währungsfonds (dessen anti-soziale "Stabilisierungsprogramme" in den meisten Ländern Osteuropas die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik mitbestimmen), wurde versucht, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.

Besondere Fortschritte bei der Einfügung einer "sozialen Dimension" in den ökonomischen Transformationsprozeß Osteuropas und bei der Organisation substantieller Wirtschafts- und Kapitalhilfe für die Länder der Region sind meiner Ansicht nach auch seither nicht erzielt worden. In den betroffenen Ländern schreitet die Arbeitslosigkeit immer rascher voran, ohne daß soziale Auffangnetze in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen; die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt rapide, was für einen erheblichen Teil der Bevölkerung zu Verelendungsprozessen führt; der Spielraum der Gewerkschaften etwa bei der Verhandlung von Kollektivverträgen ist aus politischen und rechtlichen Gründen ("Lohnregulierung") eingeschränkt (International Labour Review 2/1991).

Aus west- und mitteleuropäischer Sicht scheint daher die Frage von mehr als hypothetischem Interesse zu sein, von welchen Auswirkungen eine weitere Schwächung der Gewerkschaftsbewegung bzw. der noch existierenden sozialen Netzwerke in Osteuropa begleitet sein, welche Bedeutung einem tendentiell entstehenden gewerkschaftsfreien Raum Osteuropa bzw. der angepeilten "Marktwirtschaft ohne Adjektiv" tatsächlich zukommen würde.

Vom einem Standpunkt gewerkschaftlicher Solidarität aus ist die Wiedereinführung eines "Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts" (wie es der Präsident der Demokratischen Liga Ungarns, Pál Forgacs, bei der Wiener IBFG-Konferenz zur sozialen Dimension der Reform im September 1990 formulierte) natürlich inakzeptabel. Das Interesse an sozialer Stabilität in den Ländern Osteuropas - und das schließt zweifellos die Existenz starker Gewerkschaften mit ein - reicht aber über diese Betrachtungsweise noch weit hinaus. Jacek Kuron: *"Ich habe den Eindruck, die politischen und wirtschaftlichen Führer der industrialierten Welt unterschätzen die Folgen, welche eine wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Katastrophe in den postkommunistischen Ländern Europas und Asiens für den Frieden, aber auch für die wirtschaftliche und politische Stabilität der ganzen Welt hätte... Ein wirklicher Zusammenbruch hätte daher weitreichende negative Konsequenzen für die reichen Länder, zumindest finanzieller Art. Man sollte deswegen in die Verhinderung dieser Katastrophe investieren"* (NZZ, 26.5.1991).

Von vielen Beobachtern der Entwicklung wird in den letzten Monaten (und erst recht heute angesichts der Krise in Jugoslawien) zunehmend Besorgnis über das Anwachsen nationalistischer, fremdenfeindlicher, antisemitischer, rechtsradikaler und anderer extremistischer Tendenzen in verschiedenen Ländern Osteuropas geäußert. Meiner persönlichen Erfahrung nach sind gerade auch enttäuschte, desillusionierte Sektoren der Arbeiterschaft bzw. von Arbeitslosen vor populistisch vorgebrachter Propaganda dieser Art nicht gefeit, eher im Gegenteil. Die Stärkung einer effizienten und verantwortungsbewußten Gewerkschaftsbewegung wird, über die erwähnten trade-unionistischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte hinaus, einen für die Entwicklung Europas insgesamt demokratiepolitisch wichtigen Beitrag dagegen leisten können.

Neue Zeiten, neue Aufgaben

Gespräch mit Gabrielle Traxler

●Der gesellschaftliche Wandel in Osteuropa und der GUS macht vor den Gewerkschaften nicht halt - die ehemaligen regimenahen Organisationen reformieren sich, gleichzeitig entstehen neue, unabhängige Interessenvertretungen. Oft fehlt noch das Verständnis für die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, oft sind diese Bedingungen extrem gewerkschaftsfeindlich... In jedem Fall sehen sich die westlichen Arbeitnehmerorganisationen vor der Aufgabe, helfend und unterstützend zu wirken - auch im eigenen Interesse.●

Gabrielle Traxler ist Abgeordnete zum Nationalrat, Mitglied des außenpolitischen Ausschusses und Leiterin der Osteuropaabteilung im Internationalen Referat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Die osteuropäischen Gewerkschaften im Wandel

Im Reformprozeß in Osteuropa haben die Gewerkschaften fast überall eine bedeutende Rolle gespielt, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten. Erinnern wir uns an den Bergarbeiterstreik in der ehemaligen Sowjetunion oder an den Generalstreik in der Tschechoslowakei, der letztlich ausschlaggebend für den Umsturz war, oder denken wir an die Rolle von Solidarnosc.

Nach den gesellschaftlichen Veränderungen mußten auch die Gewerkschaften einen Wandlungsprozeß durchmachen, und dies hat in den meisten osteuropäischen Ländern zu einer starken Vereinzelung geführt, zu einer Zerstückelung und Aufsplitterung sogar bis in einzelne große Betriebsgewerkschaften. Dies hängt mit der Struktur der Wirtschaft in Osteuropa zusammen, wo Betriebe mit zehn- bis zwanzigtausend Beschäftigten keine Seltenheit sind. In diesen Ländern gibt es also eine Vielzahl von Gewerkschaftsbewegungen und -verbänden bzw. Fach- und Betriebsgewerkschaften, daneben aber auch die ehemaligen kommunistischen Gewerkschaften, die überall noch einen gewissen Einfluß haben.

Dieser Umstand wirkt erschwerend für die gewerkschaftliche Arbeit. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften mit ihren eigenen Strukturreformen und mit Vermögensfragen beschäftigt sind, d.h. mit der Frage, wie das Vermögen der ehemaligen kommunistischen Gewerkschaften aufzuteilen sei. Letztere haben ja früher nicht nur eine politische Rolle gespielt, sondern waren auch wirtschaftliche Machtfaktoren gewesen.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten ist die gewerkschaftliche Situation von Land zu Land verschieden. In Polen etwa pflegt die Solidarnosc mit der ehemaligen Regimegewerkschaft OPZZ auf Führungsebene keinerlei Kontakte, wiewohl es eine Zusammenarbeit auf Betriebsebene gibt.

In Ungarn hat es einen runden Tisch aller Gewerkschaftsbewegungen gegeben. Dieser scheiterte hauptsächlich an der erwähnten Vermögensaufteilung. Auf Grund der gesellschaftlichen Strukturveränderungen sind die Gewerkschaften ziemlich geschwächt und können im Wandlungsprozeß nicht jene Rolle spielen, die erforderlich wäre. Weiters ist eine Demokratisierung innerhalb der Betriebe dringend notwendig. Sie müßte von Grund auf, als Aufarbeitungsprozeß, begonnen werden und würde eine gewisse Zeit beanspruchen.

In Bulgarien wiederum gibt es zwei große Gewerkschaften, einerseits die neue Gewerkschaft "Podkrepa" und andererseits die reformierten alten Gewerkschaften. Die Frage des Gewerkschaftsvermögens wurde zwischen der Regierung und der "Podkrepa" im Einklang gelöst. Die Regierung beschloß, daß das Vermögen der ehemaligen Regimegewerkschaften aufzulösen sei und dem Staat zugute kommen solle. Derartiges wäre für westeuropäische Gewerkschaften ein Ding der Unmöglichkeit. Bei uns kann sich der Staat in diese Angelegenheiten nicht einmischen. Im vorliegenden Fall hätten sich die verschiedenen Gewerkschaftsverbände zusammensetzen müssen, um allein über die Aufteilung des Vermögens zu befinden. Hätten sie es dann dem Staat überlassen, so wäre dies in Ordnung gewesen. Derartige Entwicklungen sind letztlich für die gesamte Gewerkschaftsorganisation nachteilig.

Das einzige Land, in dem diese Problemfelder einigermaßen gemeistert wurden, ist die Tschechoslowakei. Dort gibt es einen überregionalen tschechischen und slowakischen Gewerkschaftsbund. Die anderen außerhalb existierenden Gewerkschaftsverbände sind unbedeutend. Dieser Gewerkschaftsbund lebt eine musterhafte Zusammenarbeit zwischen Slowaken und Tschechen vor. Seine Zentrale ist jedoch so schwach, daß sie nicht imstande ist, einen schlagkräftigen Gegenpart für die Regierung abzugeben. Die Ursachen für diesen Mangel liegen hauptsächlich darin, daß die gewerkschaftliche Umstrukturierung noch nicht abgeschlossen und abgesichert ist.

In den meisten Ländern prägen Unsicherheiten auch die Zusammenarbeit mit den Parteien. Der Umstand, daß die ehemaligen kommunistischen Gewerkschaften früher auch eine politische Rolle gespielt haben, führte zu einer scharfen Abgrenzung zwischen den Gewerkschaften und den Parteien. Diese Abgrenzung geht so weit, daß jemand, der Mitglied einer Partei ist, nicht auch zugleich eine Funktion in einer Gewerkschaft ausüben kann. Das aber hat zur Folge, daß die Gewerkschaften auf politi-

scher Ebene keinen Partner haben, der für ihre Interessen kämpft. In Ungarn wiederum gibt es eine Unzahl von politischen Parteien, und so ist es nicht verwunderlich, daß es eine relativ große Zahl von Gewerkschaften gibt.

Das Erlernen von Demokratie bereitet auf der politisch-gewerkschaftlichen Ebene vorerst noch Schwierigkeiten. Die notwendigen Reformen schreiten nur langsam voran. Ein weiterer Umstand ist, daß der Staat noch immer der wichtigste Eigentümer der Wirtschaftsunternehmen ist. Er übt eine Arbeitgeberfunktion aus und ist gleichzeitig die Behörde, ohne zwischen diesen beiden Rollen zu differenzieren. Im Grunde genommen gibt es niemanden, der gelernt hat, in den Dimensionen einer Wirtschaftspartnerschaft zu denken und zu handeln. Niemand weiß etwa, was ein Kollektivvertrag ist und wie man ihn verhandeln muß.

Die österreischischen Gewerkschaften haben nach dem Zweiten Weltkrieg in enger Zusammenarbeit mit Unternehmern und Regierung am Wiederaufbau mitgewirkt und dabei notwendige wirtschaftliche Maßnahmen mitgetragen. Eine ähnliche Rolle auszuüben wird für die osteuropäischen Gewerkschaften aus den genannten Gründen sehr schwierig sein. Sie haben beispielsweise nicht einmal gelernt, Mitglieder zu werben. Aus einer derart geschwächten Position sind sie nur schwer imstande, ihrer Rolle als das mahnende soziale Gewissen gerecht zu werden. Sie stehen vor der Schwierigkeit, einerseits den wirtschaftlichen Aufbau und damit auch unpopuläre Maßnahmen mitzutragen und andererseits ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit zu schaffen und zu gewährleisten.

Letzteres bildet zwar den Inhalt ihrer Forderungen und das Ziel von Streiks, aber meistens betrifft dies nur eine einzelne Gruppe. Als Beispiel seien die Metallarbeiter- und Bergarbeiterstreiks in Albanien angeführt. Hinter ihnen steht kein gesamtwirtschaftliches Konzept, und dies trägt nicht unbedingt zur Verwirklichung der notwendigen sozialen Maßnahmen bei. Positiv hervorzuheben sind hingegen die tschechischen Gewerkschaften, die erreicht haben, daß wenigstens über ein soziales Auffangnetz für die Arbeitslosen diskutiert wird. Auch die Forderung nach einem Mindestlohn wird erhoben, aber es fehlt an Finanzierungskonzepten.

Es ist immer wieder zu berücksichtigen, daß so vieles noch in den Kinderschuhen steckt. In dem Ausmaß, in dem sich die Wirtschaft stabilisieren wird, werden auch die Gewerkschaften zu einer Stabilität finden. Man kann nicht erwarten, daß Reformprozesse in ganz kurzer Zeit abgeschlossen sind, das wären dann keine wirklichen Reformen. Die Gewerkschaften durchlaufen dieselben Demokratisierungsprozesse wie die politischen Parteien. Man muß Geduld haben und diese Zeit mit dem Angebot von Schulungen und praktischer Hilfe ausfüllen. Anlaß zur Besorgnis gibt jedoch die ebenfalls vorhandene Tendenz zur Resignation, die allerdings noch nicht so verbreitet ist.

Aufgaben der westeuropäischen Gewerkschaften

Daß es zu Armutsentwicklungen und Arbeitslosigkeit in Osteuropa kommt, ist unbestritten. Um zu vermeiden, daß sich die nationalistischen bzw. noch extremere Tendenzen ausbreiten, müssen wir in Westeuropa mehr noch als bisher bereit sein, die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen massiv zu unterstützen. Nicht nur wir in Österreich, auch die Gewerkschaften Westeuropas sind dahingehend angesprochen. Es ist unerläßlich, daß die soziale Komponente, die in Osteuropa gänzlich fehlt, ein stärkeres politisches Gewicht erhält. Zwar werden die westeuropäischen Gewerkschaften die negative Entwicklung nicht verhindern können, aber sie müssen zumindest ihre Kooperation anbieten.

Die Hauptleidtragenden dieser negativen wirtschaftlichen Entwicklung sind die Frauen, die in hohem Ausmaß aus dem Arbeitsmarkt verdrängt werden. Das Patriarchat ist ein Teil des Kommunismus gewesen, noch stärker ausgeprägt als bei uns, mit Doppel- und Dreifachbelastung. Die familienergänzenden Einrichtungen, die unter den kommunistischen Regimen noch vorhanden waren, werden nun radikal abgebaut. Und die Frauen geben ihre Berufstätigkeit ab, teilweise freiwillig, weil die Belastungen einfach zu groß sind, aber natürlich auch unter dem allgemeinen Druck. Es ist übrigens auffallend, daß Frauen in Gewerkschaften kaum Funktionen bekleiden. Am ehesten findet man weibliche Funktionäre auf betrieblicher Ebene, aber kaum in Führungspositionen.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa werden sich schließlich auch auf Westeuropa auswirken. Bisher hat Westeuropa von den Veränderungen nur profitiert, insbesondere Österreich. Wenn wir unsere Produkte besser anbringen, unser know-how exportieren, dann ist das eine große Chance für die österreichischen Arbeitnehmer und nicht eine Gefahr für sie.

Wenn man aber im Westen die soziale Komponente in Osteuropa nicht beachtet und diese Verarmungstendenzen nur als Zuschauer verfolgt, dann kann es dazu kommen, daß wir einen Austausch unserer sozial Schwachen gegen noch Schächere erleben werden, wie dies bereits jetzt im kleineren Ausmaß zu verfolgen ist. Und dies könnte sich noch ausweiten. Hier muß man auch bei der Sozialpolitik im eigenen Land ansetzen. Wenn wir hier eine gute Sozial- und Lohnpolitik in den untersten Lohn- und Einkommensgruppen betreiben, könnte dieser negative Prozeß vermieden werden.

Die Aufgaben der westlichen Gewerkschaften sind also zweigeteilt: Einerseits müssen sie die soziale Entwicklung in Osteuropa stützen, andererseits in ihren eigenen Ländern das Abdriften sozial Schwacher verhindern.

Jeder Kenner der Situation weiß, daß es in Osteuropa genügend Arbeit gibt. Es ist alles neu aufzubauen, und die Chance ist groß, daß es dazu kommt. Ich sehe eine reelle Chance, daß wir zu einem reichen Europa kommen. Aber sie muß genützt werden, d.h. wir müssen bereit sein, einen Teil unseres Volkseinkommens und unseres eigenen Einkommens für diese Entwicklung herzugeben. Die Aufgabe der Gewerkschaften und der Politik besteht darin, dies den Menschen in unserem Land auch zu erklären. Österreich allein wird das nicht schaffen, aber unser Land hat eine wichtige Mahnerfunktion in Richtung Westeuropa.

Hilfsmaßnahmen des ÖGB

Es gibt ein sehr hohes Ausmaß an Hilfsbereitschaft seitens westeuropäischer Gewerkschaften. Der ÖGB hat Kurse und Schulungsmaßnahmen angeboten und durchgeführt. Auf Grund von zweijährigen Erfahrungen ist eine koordiniertere Vorgangsweise zu überlegen. Dies ist jedoch sehr schwierig, da die Führungen ständig ausgewechselt werden und die Ansprechpartner jeweils neue sind.

Aus österreichischer Sicht bemühen wir uns, mit allen Kräften zusammenzuarbeiten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in einer Demokratie nach Wahlen auch die ehemaligen kommunistischen Gewerkschaften demokratische Gewerkschaften sind. Es ist also notwendig, daß in allen Gewerkschaften und Vertretungen der ArbeiterInnen Wahlen stattfinden müssen, ob nun Betriebsratswahlen oder Gewerkschaftswahlen ist einerlei. Nach vollzogenen Wahlen haben wir die Verpflichtung, mit allen starken Kräften zusammenzuarbeiten. Zwar haben wir uns als österreichische Gewerkschaften entschieden, die neu-

en freien Bewegungen besonders zu unterstützen. Diese sind unsere Partner, wenn wir konkrete Hilfmaßnahmen organisieren. Mit anderen Worten: Wir bieten allen unsere Schulungen an, die engere politische Zusammenarbeit suchen wir aber verstärkt mit den neuen politischen Kräften. Solange jedoch die Dinge in Bewegung sind und nicht in Resignation erstarren, ist eine Konkurrenz verschiedener Gewerkschaften kein Malheur.

In Ungarn hat der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) versucht, ein gemeinsames nationales gewerkschaftliches Gremium zu errichten. Denn gewerkschaftliche Ziele, man denke nur an die Lohnpolitik, sind allgemein. Zwar gibt es verschiedene parteipolitische Ausrichtungen; wenn jedoch alle an einem Tisch sitzen und gemeinsam gewerkschaftliche Richtlinien gegenüber der Regierung erarbeiten, etwa was den Mindestlohn oder die Einführung einer Arbeitslosenversicherung betrifft, so erhöht dies die Effizienz und ergibt ein gemeinsames Sprachrohr. Andererseits ist auch in Westeuropa nicht überall eine gemeinsame Struktur gegeben, wie sie in Österreich existiert. Der ÖGB könnte hier schon als Modell dienen.

Betrachten wir nun die Unterstützung westeuropäischer Gewerkschaften genauer: Beim IBFG in Brüssel gibt es eine eigene Koordinationsstelle für Bildungsfragen, wo die einzelnen Informationen zusammenlaufen und versucht wird, Konzepte zu erarbeiten. Letztlich muß aber jede Landesorganisation ihre eigenen Erfahrungen machen. Je weiter unten in der Hierarchie die Kontakte ansetzen, desto praxisbezogener und nützlicher können sie sein. Neben der punktuellen Zusammenarbeit ist aber ein einheitliches gesamteuropäisches Konzept unabdingbar.

Der ÖGB führt nun einen ersten Kurs für albanische Gewerkschafter durch, die vorerst von der Gewerkschaftsspitze kommen. Neue Gewerkschaftsstrukturen sind in den GUS-Staaten, in Slowenien, Kroatien und im Rumpfjugoslawien im Entstehen. Nach dem Ende des Krieges wird auch hier Aufbauarbeit zu leisten sein. Es gibt eine Reihe von Ländern, in denen noch Erfahrungen gesammelt werden müssen. Dank der Hilfe der österreichischen Bundesregierung konnte der ÖGB - parallel zu den Managerkursen der Bundeskammer für Gewerbliche Wirtschaft - Kurse für "Berufsausbildner" durchführen. Diese richteten sich vor allem an die mittlere Ebene in den Gewerkschaften. In den letzten beiden Jahren hat der ÖGB 150 Kurse in Osteuropa angeboten.

Es wurde auch ein eigenes Osteuropareferat gegründet und ein Osteuropainstitut eingerichtet, das sich an interessierte Betriebsräte aus Österreich wendet, um einen informellen Erfahrungsaustausch außerhalb der Gremien in Gang zu setzen. Von hier aus soll die Koordination zwischen den Gewerkschaften in Osteuropa und dem ÖGB wahrgenommen werden. Das Institut hat in der ersten Zeit regelmäßig Länderberichte verfaßt, Umfragen zur Einstellung der Bevölkerung dreier osteuropäischer Länder gegenüber den Gewerkschaften wurden gemacht.

Auf Grund der Schulungserfahrungen wird versucht, ein Konzept für die Bildungsreferenten zusammenzustellen. Mit österreichischen Maßstäben und Fachausdrücken, die bei uns gar nicht mehr als solche empfunden werden, kann man in Osteuropa wenig anfangen. Der Ausdruck "Sozialpartnerschaft" wird dort überhaupt nicht verstanden, da es Arbeitgeber als solche gar nicht gibt.

Jetzt, da die Strukturen sich langsam festigen, gilt es, die praktischen Hilfen zu koordinieren. So haben die tschechoslowakischen Gewerkschaften darum angefragt, in Österreich bei den Kollektivvertragsverhandlungen dabeisein zu können. Oder in einem anderen Fall tritt ein österreichischer Unternehmer auf, der verspricht, einen Betrieb mit dem gleichen Ertrag statt mit vierhundert mit nur zwanzig Leuten zu führen. Nun stellt die Gewerkschaft die Frage, was mit den restlichen 380 Personen geschehen soll, die Gewerkschaften rufen uns dann zur Hilfe. Man müßte dann sowohl regional als auch überregionale Einschätzungen treffen. Im konkreten Fall müßte man den Ertrag einschätzen, den der Betrieb abwirft, und erwägen, ob damit andere Arbeitsplätze errichtet werden können; aus der Theorie ist diese Frage nicht zu beantworten. In der Praxis ergibt sich jedenfalls ein unverhältnismäßig großer Anteil von Arbeitslosen. Wir können diese Probleme selbst nicht lösen, aber Ansätze in die oben skizzierte Richtung unterstützen.

Perspektiven

Nach der ersten Schulungsoffensive sollten nun also neue Wege gegangen werden. Erstens sollte bei der Aufbringung und der effizienten Einsetzung der Mittel gesamteuropäisch koordinierter vorgegangen werden. Zweitens sollte auch mit Institutionen außerhalb der Gewerkschaft, der Bundeskammer und einzelnen Ministerien, kooperiert werden, um die Hilfe auf eine Region zu konzentrieren. Es hat nämlich wenig Sinn, einem Betrieb Bildungsarbeit und Unterstützung zukommen zu lassen, wenn das Umfeld nicht berücksichtigt wird, d.h. wenn die Energieversorgung oder das Transportwesen nicht funktionieren, es keine Arbeitsmarktbehörde gibt, wenn die Lebensmittelversorgung nicht klappt und die Leute hungern. Wenn wir unsere Kräfte auf eine Region konzentrieren und auch das Interesse österreichischer Firmen wecken, dann wäre das ein Experiment, das im betreffenden Land und in anderen Ländern einen Beispielcharakter hätte. Auf diese Weise wäre eine konkrete Zusammenarbeit des ÖGB mit österreichischen Firmen vorstellbar. Das Motto lautet: Alles, ist erlaubt was nützt. Wir müssen uns als kleines Land auf kleinere Gebiete spezialisieren, wo wir dann gemeinsam agieren.

Für die nächste Zeit wurde das Ziel gesteckt, in Österreich das Verständnis für Osteuropa zu wecken, d.h. sich mit dem Problem der Ausländerfeindlichkeit auseinanderzusetzen und für die Hilfe in Osteuropa zu werben. Deshalb war auch die Kurstätigkeit sehr wichtig, weil viele österreichische Referenten die Verhältnisse vor Ort erleben konnten. Denn mindestens ebenso wichtig wie das Wirken nach Osteuropa hin ist das Verständnis für die dortige Situation und die Bereitschaft zu helfen bei uns. Beides muß auf breitester politischer Ebene angeregt werden. Man darf nicht darüber hinwegsehen, daß es dort Armut gibt und daß wir verpflichtet sind, dagegen Maßnahmen zu setzen. Das halte ich für eine der Hauptaufgaben in der allgemeinen und in der gewerkschaftlichen Politik.

Und wenn wir glauben, daß nur wir das know-how vermitteln, dann irren wir uns. Ich habe in den letzten zwei Jahren auch gelernt, unsere Positionen zu überdenken. Wenn man etwa ein Wort wie "Sozialpartnerschaft" erklären will, so ist man gezwungen, sich zuerst selbst vorurteilslos deren Vor- und Nachteile vor Augen zu führen. Dieser Prozeß der kritischen Betrachtung unserer eigenen Verhältnisse anhand der osteuropäischen Situation stellt eine wertvolle Erfahrung dar.

Vielleicht kann überdies der Neuaufbau in Osteuropa besser gestaltet werden, als er bei uns geschehen ist - ich denke hier etwa an die Umweltfragen. Und das ist dann eine sehr spannende Aufgabe.

Der Text basiert auf einem Interview, das am 22.1.1992 in Wien mit Gabrielle Traxler für die "Ost-West-Gegeninformationen" geführt wurde.

Redaktionelle Bearbeitung: Christian Promitzer.

Gewerkschaften unter Gorbatschow und Jelzin

von Elizabeth Teague

●Die sowjetischen Gewerkschaften, mit ihren 140 Millionen Mitgliedern eine der größten Vereinigungen der Welt, waren letztlich Papiertiger. Unzufriedenheit mit den Reformen Gorbatschows hat sich, wie die großen Streikbewegungen in den Bergbaugebieten gezeigt haben, deshalb immer wieder in eigens geschaffenen neuen Strukturen manifestiert. Heute wetteifert eine große Zahl von Gewerkschaften und arbeiterInnen-orientierter Organisationen um den Einfluß unter den IndustriearbeiterInnen.●

Während des Kommunismus war in Zentral- und Osteuropa nur die Tätigkeit offiziell von den Autoritäten anerkannter Gewerkschaften erlaubt. Gewerkschaften sowjetischen Typs hatten keinerlei Ähnlichkeit mit ihren westlichen Gegenstücken. Wo letztere als autonome Arbeiterassoziationen geschaffen wurden, um in erster Linie die Rechte und Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen, dienten die Gewerkschaften leninistischen Typs ausdrücklich als "Transmissionsriemen" der kommunistischen Parteipolitik zu den Massen.

Die charakteristische Tätigkeit der westlichen Gewerkschaften sind die Tarifverhandlungen, die von Vertretern, die für die ganze Gewerkschaft stehen, mit den Unternehmern geführt werden. Die sowjetischen Gewerkschaften hatten keine entsprechende Funktion. Im Westen bekommen die Forderungen der Gewerkschaften ihr Gewicht durch die Androhung oder Durchführung eines Streiks, ein Kampfmittel, auf das die sowjetischen Gewerkschaften keinen Zugang hatten. Ihre Aufgaben waren keine klassenkämpferischen: Die Frage der Vertretung von Arbeiterinteressen gegenüber dem Staat stellte sich gar nicht für sie. Das folgte aus dem Glauben der marxistisch-leninistischen Orthodoxie, daß das soziale System homogen sei und daß es in einem sozialistischen System keine grundlegend anderen Interessen der Arbeiter gegenüber anderen Gruppen gebe.

Mit der Gründung der freien Gewerkschaftsbewegung "Solidarnosc" 1980 wurde Polen zum ersten Land des sowjetischen Blocks, das dem leninistischen System den Rücken kehrte. Das Beispiel von Solidarnosc zwang die sowjetischen Theoretiker Anatolij Butkenko und Tatjana Zaslavskaja zum ersten Mal dazu, zu schreiben, daß in einer Gesellschaft sowjetischen Typs soziale und ökonomische Konflikte auftauchen können, und daß diese Konflikte - weit davon entfernt, nur vage Spuren der Vergangenheit darzustellen - sogar im Sozialismus unvermeidlich sind, weil die verschiedenen Schichten der Gesellschaft unterschiedliche, aber gerechtfertigte Interessen haben.

Seit 1989 sind die anderen Länder Zentral- und Osteuropas dem polnischen Beispiel gefolgt. Die sowjetischen Gewerkschaften waren die letzten, die reagiert haben, aber seit die frühere UdSSR ihren Übergang zur Marktwirtschaft begonnen hat, haben sich ihre Gewerkschaften auch auf den schwierigen Weg der Anpassung begeben. Die Gewerkschaften sind in jedem einzelnen Land verschiedene Wege gegangen, haben aber eine überraschende Gemeinsamkeit: Die Fähigkeit, in einer nachkommunistischen Gesellschaft zu überleben.

In allen früher kommunistischen Ländern sind die offiziellen Gewerkschaften nun mit der Konkurrenz neuer, unabhängiger Arbeiterorganisationen konfrontiert. Jede offizielle Gewerkschaft hat einen Teil ihrer Mitglieder an die neuen verloren, und alle versuchen, die Ansprüche der neuen, inoffiziellen Verbände auf einen Teil des während der kommunistischen Zeit erworbenen Gewerkschaftsvermögens abzuwehren. Insofern haben die offiziellen Gewerkschaften großes Geschick in der Bewältigung neuer Herausforderungen bewiesen. Mit Ausnahme des Militärs sind die offiziellen Gewerkschaften die einzigen früher kommunistisch dominierten Institutionen, die es bisher geschafft haben, mehr oder minder intakt in einer nachkommunistischen Welt zu überleben.

Transmissionsriemen der Parteipolitik

Bis zum Machtantritt Michail Gorbatschows besaßen die Arbeiter in der UdSSR wenig Einfluß auf die Politik. Es blieb bei Lippenbekenntnissen über Fortschritte, die der Arbeiterklasse angeblich zugute gekommen seien. In Wirklichkeit waren die sowjetischen Arbeiter jedes politischen und ökonomischen Einflusses beraubt und besaßen keine unabhängige Organisation, um ihre Interessen gegenüber dem Staat zu verteidigen.

Die KPdSU gab vor, die Interessen der ganzen Gesellschaft zu vertreten und in ihren Reihen einen breiten Querschnitt der sowjetischen Bevölkerung zu versammeln. In Wirklichkeit war sie nie eine politische Partei im allgemein akzeptierten Sinn des Wortes - das heißt, sie mußte nie bei Wah-

Elizabeth Teague ist Politikwissenschaftlerin und lebt in München. Veröffentlichung: "Solidarity und the sowjet workers", 1986.

len mit anderen Parteien gleichberechtigt konkurrieren, und sie vertrat ausschließlich die Interessen der Bürokratie. Nach Iwan Laptew, dem früheren Chefredakteur der Iswestija, gab es immer "mindestens drei Parteien" in der KPdSU. Die erste bestand aus der Parteibasis, die, obwohl sie die Mehrheit der Mitglieder darstellte, "niemals die wirkliche Identität oder Politik der Partei prägte". Die zweite bestand aus einer kleinen Gruppe von Parteiführern, "die die Partei in den Augen der Bevölkerung und der Welt repräsentierten". Die dritte und nach Laptew die mächtigste war der Parteiapparat, "der die Parteimitglieder gegenüber den Führern, die Führer gegenüber den Kommunisten und die Partei gegenüber den Massen vertrat."

Einen Hinweis daruf, daß die Arbeiter der Faust die KPdSU nicht als ihre Interessenvertreterin ansahen, gibt das Ausmaß an Energie, das die Partei in die Gewinnung neuer Mitglieder aus der Arbeiterschaft stecken mußte. Anfang 1990 stellten die manuell Arbeitenden nur 28% der Mitgliedschaft dar, während die Angestellten 40% ausmachten. Als im Laufe dieses Jahres der Mitgliederschwund begann, waren die Arbeiter die ersten, die austraten.

"Die Arbeiter haben die KPdSU abgelehnt, werden sie sich den Gewerkschaften zuwenden?" fragt ein Artikel in der "Rabochaya tribuna" im Oktober 1991. Der Autor, Igor Zaramensky, ein früherer Angestellter des ZK der KPdSU, hat allerdings wenig Hoffnung. Die Kommunistische Partei, schreibt er, habe den Arbeitern den Rücken gekehrt, indem sie deren "Entfremdung von der Macht" zuließ. Da die Partei darin von den offiziellen Gewerkschaften unterstützt worden war, hatten sich viele Arbeiter auch gegen die Gewerkschaften gewandt, schließt Zaramensky.

Wie er einräumt, wurden die Gewerkschaften der sowjetischen Arbeiter streng vom Partei- und Staatsapparat kontrolliert. Tatsächlich waren (und bleiben) die offiziellen Gewerkschaften - und nur sie durften in der Vor-Gorbatschow-Ära in der UdSSR existieren - so eng mit dem Staat verbunden, daß man sie am besten als Teil dieses Staates ansieht. Da sie die Sozialversicherungsbeiträge verwalteten, erhielten sie direkte finanzielle Zuwendungen aus dem Budget der Union. Ernannt auf Weisung der Kommunistischen Partei, erwarteten die Gewerkschaftsfunktionäre ihre Befehle von oben und blickten nicht nach unten auf ihre Mitglieder. Organisatoren von Streiks und inoffiziellen Gewerkschaften wurden erbarmungslos durch die Autoritäten verfolgt, routinemäßig von ihren Arbeitsplätzen gefeuert, wegen "Hooliganismus" eingekerkert, in psychiatrische Kliniken gesperrt oder in die Verbannung geschickt.

Kathryn Hendley, eine amerikanische Spezialistin für Sowjetrecht, erstellte eine Studie über Kündigungen in Moskauer Industriebetrieben 1990. Sie fand, daß die Gewerkschaften unfähig sind, die Arbeiter in diesen Angelegenheiten zu schützen und daß als Folge davon ihre Rechte häufig verletzt wurden. Die Gewerkschaftskomitees werden weithin - wie Hendley berichtet - als Komplizen des Managements betrachtet. Wenn sie "Arbeitern die Frage stellte, ob sie sich bei einem Konflikt mit der Betriebsleitung an ihren Gewerkschaftsvertreter wenden würden", erntete sie "regelmäßig Lachstürme".

Der "Sozialpakt" unter Druck

Wenn die sowjetischen Arbeiter auch von politischer und ökonomischer Macht abgeschnitten waren, so besaßen sie doch ein hohes Maß an Arbeitsplatzsicherheit, wenn auch bei einem niedrigen Niveau des Realeinkommens. Zusätzlich garantierte die Sowjetwirtschaft ihrer Arbeiterschaft über viele Jahre hinweg Voll-, ja sogar Überbeschäftigung; darüber hinaus wurde geringe Arbeitsdisziplin normalerweise toleriert. Ob dies zufällig oder planmäßig entstand, ist schon längere Zeit Diskussionsgegenstand westlicher Wissenschafter gewesen, wobei einige die Existenz eines regelrechten Sozialpakts postulieren, durch den die manuell Arbeitenden wegen ihrer Rolle als Quelle politischer Unterstützung für das Regime von den sowjetischen Machthabern begünstigt worden seien.

Dieser geheime Pakt (falls es ihn je gegeben hat) kam unter Beschuß, als Gorbatschow sein Paket ökonomischer und politischer Reformen - bekannt als Perestroika - lancierte. Er entwarf eine reformierte Sowjetunion als eine Gesellschaft, in der der Öffentlichkeit mehr Information und Verantwortung gegeben werden solle und in die ihre Herrschenden mehr Vertrauen als früher setzen sollten. Die Kehrseite der Medaille bestand allerdings darin, daß Gorbatschow von der Bevölkerung härtere Arbeit bei weniger sozialer Sicherheit als früher erwartete.

Der Ausbruch nationalistischer Konflikte

Die wirtschaftlichen Aspekte von Gorbatschows Programm riefen in der Bevölkerung viel Bestürzung hervor, langsam, aber sicher begann die Öffentlichkeit auf die politischen Reformen zu reagieren und ihre politischen Aktivitäten auszuweiten. Jetzt forderte das Fehlen demokratischer Traditionen seinen Tribut. Die Leugnung akuter sozialer Konflikte durch den Marxismus-Leninismus hatte dazu geführt, daß die sowjetischen Autoritäten keine Institutionen für die Ausweitung solcher Konflikte geschaffen hatten. Daher nahmen die Institutionen der sogenannten "Zivilgesellschaft" - so wie sie im Westen verstanden wird, nämlich im Sinne unabhängiger Organisationen, die zwischen Individuum und Staat vermitteln können - in der ehemaligen UdSSR nur langsam Formen an. Die stärksten Organisationen, die bisher entstanden sind, sind nationalistische. Und sobald ihre Angst vor den Autoritäten zu schwinden begann, nutzten die Arbeiter die Streikwaffe nicht dazu, die ihnen üblicherweise als typische Arbeiterforderungen zugeordneten wirtschaftlichen Forderungen zu unterstreichen, sondern griffen damit nationale Probleme auf.

In der Folge kam es zur Gründung der ersten inoffiziellen Gewerkschaften und Streikkomitees als Reaktion gegen eine Eskalation der Aktionen in der Industrie, von denen die meisten durch ethnische und nationale Konflikte geprägt waren. Als Reaktion begannen die offiziellen Gewerkschaften für die Legalisierung des Streikrechts zu agitieren: da sich die Arbeiterproteste ausweiteten, versuchten die Gewerkschaften, sich das Monopol auf dieses Kampfmittel zu sichern - erfolglos, wie sich zeigen sollte.

Die erste größere Aktion in der Industrie, die ökonomische Ziele hatte, war der Bergarbeiterstreik im Juli 1989. Mit der Beteiligung von nahezu einer halben Million Arbeiter stellte er einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Staat und Arbeitern dar. Die Streikenden ignorierten ihre offiziellen Gewerkschaftsfunktionäre und gründeten spontan Streikkomitees. Die Kluft zwischen den Arbeitern und ihren Gewerkschaften wurde besonders stark sichtbar, als die Vereinbarungen, die den Konflikt beendeten, auf der einen Seite von den Streikkomitees und auf der anderen von Regierung und offiziellen Gewerkschaften verhandelt und unterzeichnet wurden.

Besonders bezeichnend war auch die Tatsache, daß die Bergarbeiter beschlossen, ihre Streikkomitees auch nach Streikende aufrechtzuerhalten, um die Einhaltung dieser Vereinbarung durch die Regierung zu beobachten. Diese Erfahrung trieb die Gorbatschowsche Führung dazu, ein

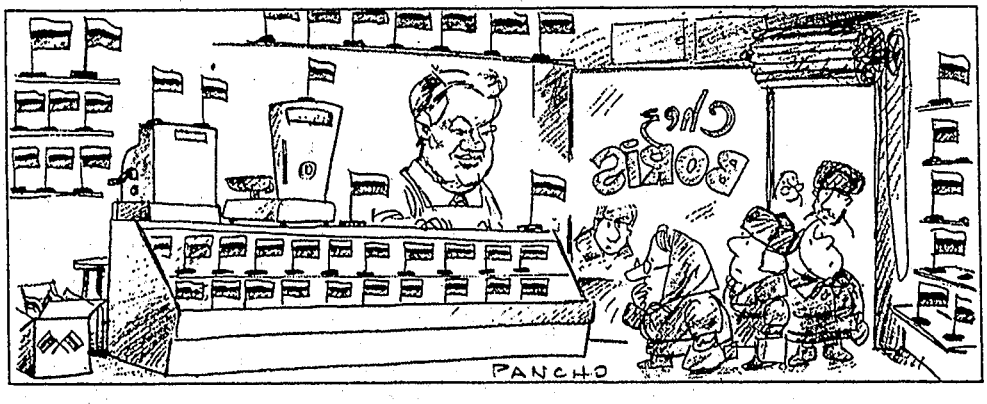
Gesetz vorzulegen, mit dem Streiks zum ersten Mal überhaupt legalisiert wurden, wobei das neue Gesetz soviel Einschränkungen enthielt, daß es schien, es sei seine Aufgabe, es den Arbeitern noch schwerer zu machen, ihre Interessen zu artikulieren.

Prioritätenwechsel

Der Bergarbeiterstreik im Juli 1989 zwang auch die offiziellen Gewerkschaften, die lange eine Bastion des Konservativismus waren, eine grundlegende politische Neuorientierung einzuschlagen. Auf dem sechsten Plenum des All-Unionsrates der Gewerkschaften im September 1989 gaben diese bekannt, daß sie in aller Form die Rolle eines Transmissionsriemens kommunistischer Parteipolitik ablegen. Von nun an, so erklärten die Gewerkschaften, würden sie in völliger Unabhängigkeit von der KPdSU operieren. Die Gewerkschaften, die niemals zuvor dafür bekannt waren, andere Interessen als jene des Partei/Staatsapparates zu verteidigen, behielten ihre Quasi-Regierungsfunktion bei der Verteilung der Sozialunterstützungsgelder, versicherten aber, den Schutz der Arbeitnehmer zu ihrer Hauptaufgabe zu machen. Ihre entschlossene Opposition gegenüber jeder marktwirtschaftlichen Tendenz ist dafür verantwortlich gemacht worden, daß die von der Gorbatschowführung unternommenen - ohnehin nur zögernden - Reformen scheiterten.

Es gab verschiedene Gründe dafür, daß den offiziellen Gewerkschaften klar wurde, daß sie ihre Prioritäten ändern müßten. Sie wurden von der Feindschaft, die ihnen von seiten der Bergarbeiter während des Streiks 1989 entgegenschlug, ziemlich erschreckt, sodaß sie beschlossen, in Zukunft die Unterstützung der Arbeiter dadurch zu gewinnen, daß sie ihnen Unterstützung gegen die Härten beim Übergang zur Marktwirtschaft versprachen. Zusätzlich bemerkten die offiziellen Gewerkschaften die Zeichen an der Wand viel früher als die KP. Sie waren sich völlig darüber im klaren, wie unpopulär die KPdSU und ihre Doktrin unter der Arbeiterschaft waren und nahmen den Schritt zu einem Mehrparteiensystem vorweg. Dementsprechend suchten sie sich in der Öffentlichkeit von der Partei zu distanzieren und gaben ihre Bereitschaft bekannt, mit jeder Partei ohne Berücksichtigung ihrer politischen Ausrichtung zusammenzuarbeiten.

Genadi Janajev ist noch in bester Erinnerung dafür, wie seine Hände zitterten, als er in seiner Eigenschaft als sowjetischer Vizepräsident am ersten Tag des fehlgeschlagenen Augustputsches eine Pressekonferenz in Moskau abhielt. Noch 1990 war er für kurze Zeit Generalsekretär des All-Unionsrates der Gewerkschaften, nachdem er seit 1986 eine Reihe führender Posten in den offiziellen Gewerkschaften innegehabt hatte, und es scheint sein Verdienst zu sein, daß die offiziellen Gewerkschaften nach wie vor eine Rolle in der nachkommunistischen Gesellschaft spielen.



Die Reorganisation der Gewerkschaften

Wie bereits erwähnt, reagierten die offiziellen sowjetischen Gewerkschaften langsamer auf Gorbatschows Liberalisierungsmaßnahmen als die meisten anderen kommunistisch dominierten Institutionen. Erst unter der Führung von Janajev haben sie offenbar die Auswirkungen des drohenden Zusammenbruchs der KPDSU erfaßt und begriffen, daß nämlich die marxistisch-leninistische Ideologie die UdSSR zusammengehalten hatte und daß das Land ohne sie in seine nationalen Teile zerfallen würde. Demzufolge wurde die Struktur der Gewerkschaft bei einem Kongreß der offiziellen Gewerkschaften im Oktober 1990 dezentralisiert und der All-Unionsrat der Gewerkschaften wurde in einen Verband mit der Bezeichnung "Gesamtsowjetische Konföderation der Gewerkschaften der UdSSR" (GKGU) umgewandelt. Von da an und in dem Maße, in dem sich die Macht immer mehr auf die Körperschaften der einzelnen Republiken verlagerte, ähnelte das bundesweite Gewerkschaftszentrum in zunehmendem Maße einer todgeweihten Institution.

Besonders bezeichnend war das Entstehen der Föderation Unabhängiger Gewerkschaften der RSFSR (FUGR) Anfang 1990. Obzwar die FUGR durch seine Namenswahl Unabhängigkeit suggeriert, entstand sie aus der Struktur der offiziellen Gewerkschaft und unterhält weiterhin enge Kontakte mit dem Staat. Nach der Wahl von Boris Jelzin zum russischen Staatspräsidenten im Frühjahr 1990 versuchte die FUGR, sich als logischer Verhandlungspartner der russischen Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen darzustellen. Der Umstand, daß dem Vorsitzenden der FUGR, Igor Klochkov, ein herzliches Verhältnis zum russischen Präsidenten Jelzin nachgesagt wird, war dabei sicherlich dienlich.

Die Gewerkschaftverbände der anderen Sowjetrepubliken (Ukraine, Kasachstan, etc.) verhielten sich gleich wie die Gesamtsowjetische Konföderation der Gewerkschaften auf unionsweiter Ebene. Janajew, der der Organisation damals vorstand, lud die sowjetische Regierung ein, ein jährliches "Kollektivabkommen" mit den Gewerkschaften zu unterzeichnen, die im Interesse der Arbeiterschaft agieren würden. Die Gewerkschaften versprachen, ihre Mitglieder von Streikaktionen abzuhalten, solange die Regierung mit ihnen kooperierte, drohten aber zum Streik aufzurufen, sollte die Regierung ihrerseits den Handel nicht einhalten.

Also sogar zu dem Zeitpunkt, als die Gewerkschaften mit dem Versprechen, die ArbeiterInnen zu unterstützen, um deren Gunst warben, spielten sie gleichzeitig die Rolle des Garanten für den industriellen Frieden; als Gegenleistung verlangten sie einen gesicherten Platz in der politischen Mächtekonfiguration, welche Form diese auch immer annehmen würde. In dieser Hinsicht schienen sich die GKGU und die FUGR ein Beispiel am früher kommunistisch dominierten Verband Unabhängiger Gewerkschaften in Bulgarien zu nehmen, der vor kurzem gemeinsam mit Bulgariens wirklich unabhängiger Gewerkschaft "Podkrepa" ein korporatives Übereinkommen eingangen ist, worin die Gewerkschaften versprachen, Streiks zu verhindern, und

zwar im Gegenzug für soziale und politische Maßnahmen, die mit der bulgarischen Regierung und dem Unternehmerverband gemeinsam ausgehandelt wurden.

In ähnlicher Weise schienen die offiziellen sowjetischen Gewerkschaften auch Polens OPZZ (Gesamtpolnische Vereinigung der Gewerkschaften) zu imitieren, indem sie die Rolle eines Transmissionsriemens aufgaben und gegenüber der Regierung die Position eines ausgesprochenen Kontrahenten einnahmen. Die OPZZ wurde 1984 auf der Basis der offiziellen Gewerkschaften Polens gegründet, welche während der Zeit der Solidarität in Mißkredit geraten waren. Von ihrer Entstehung an verweigerte die OPZZ die Rolle des Transmissionsriemens und nahm statt dessen eine ausgesprochen kontroversielle Haltung ein, anfangs gegenüber Polens kommunistischer Regierung "um ArbeiterInnen in ihre Reihen zu bekommen und deren Zorn durch die Protestaktionen, die sie organisierten zu dämpfen" und später gegenüber der von der Solidarität dominierten Regierung.

Immer mehr unabhängige Gewerkschaften entstehen

Inzwischen wetteifert eine große Anzahl unabhängiger Gewerkschaften und arbeiterInnen-orientierter Organisationen um die Anhängerschaft der IndustriearbeiterInnen. Ende 1991 erwog die Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter (1990 gegründet) die Gründung eines Verbands der unabhängigen Gewerkschaften, als Gegenspieler des GKGU. Auf der stalinistischen "Rechten" versuchte die erzkonservative Vereinigte Arbeiterfront (1989 gegründet), die Opposition der ArbeiterInnen gegenüber der Öffnung zur Marktwirtschaft zu organisieren. Im Oktober 1991 taten sich Mitglieder der Sozialistischen Partei, Anarcho-SyndikalistInnen und die Marxistische Plattform der ehemaligen KPdSU zusammen und erklärten ihre Absicht, eine Partei der Arbeit zu gründen; das Ziel dieser Partei sollte die Stärkung der Gewerkschaften im Kampf um die Rechte der ArbeiterInnen sein. Ebenfalls im Oktober traf sich in Moskau der Verband der Arbeitskollektive aller Republiken, um seine Politik in Hinblick auf ArbeiterInneneigentum an den Produktionsmitteln und Selbstverwaltung auszuarbeiten; da dieser Verband in den Rüstungsbetrieben starken Zulauf hat, hat er sich die Erhaltung der Arbeitsplätze von FacharbeiterInnen im industriellen Militärkomplex zum Ziel gemacht. Im Jänner 1992, zu Beginn der Preisfreigaben durch Jelzin, begann die Anzahl der kommunistischen "Minigruppierungen" anzuwachsen und zahlreiche Demonstrationen gegen die Regierung wurden von einer neuen Gruppierung organisiert, die sich "Arbeitendes Moskau" nennen.

Auf der liberalen "Linken" versuchte die unabhängige Gewerkschaft "SOTZ-PROF" eine neue Basis aufzubauen, indem sie ArbeiterInnen half, ihre Rechte vor Gericht zu verteidigen. Die Streikkomitees der BergarbeiterInnen verlangten immer noch die Loyalität vieler BergarbeiterInnen, ohne als Gewerkschaften registriert zu sein. Auch in anderen Teilen der ehemaligen UdSSR entstanden neue ArbeiterInnen-Organisationen. Die Mitgliederzahl dieser neuen Organisationen war jedoch gering und die AktivistInnen der unabhängigen Organisationen klagten über die Schwierigkeiten, ArbeiterInnen zu mobilisieren, da deren Mehrzahl bislang an kollektiven Aktionen noch kein Interesse habe.

Jelzin gewinnt die Unterstützung durch die Gewerkschaften

Im Oktober 1991 kündigte der russische Präsident Boris Jelzin Pläne an, nach denen Rußland auf den Weg zur Marktwirtschaft aufbrechen sollte. Es war dies ein großer Schritt für einen russischen Politiker in Anbetracht der vorherrschenden Meinung, daß die russischen ArbeiterInnen ein Abfallen ihres Lebensstandards als Bruch des "Sozialpakts" ansehen würden; es war ein Schritt, vor dem Michail Gorbatschow wiederholt zurückgeschreckt war, offenbar aus Angst vor einem Ausbruch des Unmuts der ArbeiterInnen. Jelzin machte kein Hehl aus der Tatsache, daß die Übergangsperiode für viele BürgerInnen schmerzlich sein werde. Sichtlich nervös wegen eines möglichen Volksaufstands oder Unruhe in den Betrieben suchte Jelzins Führung Unterstützung bei den Gewerkschaften.

Im Oktober, zur selben Zeit, als er sein Reformprogramm ankündigte, gab Jelzin einen Präsidentschaftserlaß heraus, in dem "die Rechte der Gewerkschaften während der Übergangsperiode zur Marktwirtschaft garantiert werden". Jelzin verspricht darin, daß seine Regierung sowohl mit der FUGR als auch mit "anderen Gewerkschaftsverbänden der Republik" Verhandlungen führen werde, bevor neue Gesetze von bedeutendem Ausmaß in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen verabschiedet werden, mit dem Ziel, "die vernünftigsten Lösungen und jene, die für die ArbeiterInnen am akzeptabelsten sind", auszuarbeiten. Im November gab Jelzin einen Präsidialerlaß zur "Sozialpartnerschaft und zur Behebung von Arbeitskonflikten" heraus, worin er sich verpflichtet, daß die russische Regierung ein jährliches Abkommen über "soziale und wirtschaftliche Fragen" mit "den Vertretern der Gewerkschaftsverbände und den Unternehmern der Republik" aushandeln werde. Jelzin versprach auch eine trilaterale Kommission zu installieren, die Entscheidungen über die Lohntarife und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Sektoren treffen können solle. Die Kom-

Weitere Neuerscheinungen

Zur aktuellen Parlamentsdiskussion:

Marlies Meyer (Hg.)

Haftung und Pflichtversicherung für Umweltschäden

140 Seiten, A5, ÖS 190,-

Zu Österreich und der EG-Integration:

J. Voggenhuber, F. Floss (Hg.)

Walze-Walzer

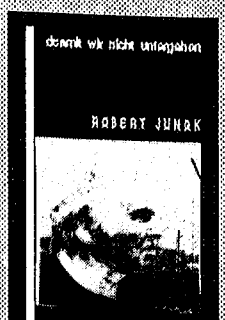
Dieses Buch wird (mit Verspätung) nun im Laufe des März ausgeliefert: 220 Seiten, A5, ÖS 220,-

... DAMIT WIR NICHT UNTERGEHEN ...

ROBERT JUNGK

Lesebuch mit Texten aus 5 Jahrzehnten zu den Themen:
Frieden schaffen
Umwelt erhalten
Mitbestimmen
Vorausdenken ...

Hg. von Matthias Reichl/ GRÜNE BILDUNGSWERKSTATT



sandkorn - Bücher
In jeder Buchhandlung

mission sollte von RegierungsvertreterInnen, VertreterInnen der Gewerkschaften und der UnternehmerInnen besetzt werden. Jelzin gab seiner Regierung zwei Wochen Zeit, über die Besetzung der Kommission Einigkeit zu erzielen und ordnete eine sofortige Untersuchung der Ursachen von Arbeitskonflikten sowie Maßnahmen an,diese zu beseitigen. Im Gegenzug - so deutete Jelzin an - wird von den Gewerkschaften erwartet, die ArbeiterInnen nicht zu Streikmaßnahmen aufzurufen, solange die Regierung ihren Versprechen nachkommt.

Das Zustandekommen der Kommission war langwierig. Eine Vorbesprechung fand zwar im Dezember statt, aber zu ernsthaften Gesprächen kam es erst im Januar 1992. Ein Stolperstein war die Frage der Miteinbeziehung von VertreterInnen unabhängiger Gewerkschaften. Die Regierung drängte darauf, diese anzuerkennen, da sie offensichtlich Zweifel daran hegte, ob die offizielle Gewerkschaft trotz ihrer materiellen und organisatorischen Stärke wirklichen Rückhalt unter den ArbeiterInnen hatte und man sich auf sie verlassen könne, die ArbeiterInnen von Streiks abzuhalten, speziell in einigen Schlüsselindustrien, wo unabhängige Gewerkschaften aufgetaucht waren. (Die größte dieser Gewerkschaften, die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft, zählte nur 4% der BergarbeiterInnen der Union zu ihren Mitgliedern und war im Frühjahr 1991 dennoch imstande gewesen, einen zweimonatigen Streik durchzustehen, der Gorbatschows Führung damals buchstäblich in Frage stellte; diese Lektion hatte Jelzins Regierung gelernt). Schließlich stimmten die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft, SOTZPROF, die unabhängige Gewerkschaft der Flugpiloten, und eine Handvoll kleinerer Organisationen zu, in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten.

Es ist noch zu früh, um über den Fortgang dieses Experiments zu urteilen, obwohl die Zeichen nicht gerade vielversprechend sind. Es ist das erste Dreiparteien-Abkommen dieser Art in der russischen Geschichte und Jelzins Ruf nach "Sozialpartnerschaft" basiert auf den Erfahrungen von Ländern mit einer starken sozialdemokratischen Tradition, wie Österreich oder Skandinavien. In Westeuropa funktionieren Sozialpartnerschaftsabkommen am besten in kleinen Ländern mit relativ homogener Bevölkerung und einem hohen Grad von Sozialkonsensus. Nichts davon trifft aber auf Rußland zu, mit seinen über hundert Nationalitäten und dem fehlenden öffentlichen Konsens darüber, wohin das Land gehen soll und wie es überhaupt dorthin gelangt.

Schlußwort

Rußlands Gewerkschaften befinden sich im Umbruch. Die offiziellen Gewerkschaften scheinen sich - zumindest nach dem derzeitigen Stand der Dinge - trotz ihrer mageren Bilanz, was die Verteidigung der Interessen der ArbeiterInnen angeht, eine Rolle auch in der postkommunistischen Ära gesichert zu haben. Ihr Überleben verdanken sie zum einen dem Geschick ihrer Führer bei der Anpassung an den gesellschaftlichen Umbruch und zum anderen der Tatsache, daß sie mit der Verteilung der Sozialleistungen an die Arbeiterschaft noch immer eine wichtige Funktion erfüllen. Dennoch haben die offiziellen Gewerkschaften den Respekt der ArbeiterInnen noch nicht gewinnen können; so gesehen sind die Arbeitsbeziehungen in Rußland zum jetzigen Zeitpunkt alles andere als stabil.

Ein zusätzlicher Grund, warum die offiziellen Gewerkschaften den Zusammenbruch des kommunistischen Systems überdauern konnten, ist die Schwäche der Konkurrenz. Die neuen, nicht offiziellen Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen sind klein und schlecht organisiert.

Wahrscheinlich wäre es die beste Lösung für Rußland gewesen, dem Beispiel der CSFR zu folgen, wo jene ArbeiterInnen, die bei der "Samtenen Revolution" von 1989 eine Schlüsselrolle gespielt hatten, die alten, diskreditierten offiziellen Gewerkschaften einfach übernommen, demokratisiert und revitalisiert haben. Die Führer des sowjetischen Bergarbeiterstreiks von 1989 strebten eine solche Lösung an, gaben aber ein Jahr später auf; da sie die offiziellen Gewerkschaften für nicht erneuerbar hielten, traten diese Bergarbeiterführer aus und gründeten ihre eigene unabhängige Gewerkschaft. Auch in anderen Ländern (Polen, Ungarn, Bulgarien) liegen die Dinge komplizierter. Auch dort konnten die offiziellen Gewerkschaften überleben, aber sie werden von den unabhängigen Gewerkschaften angefochten und sind mit diesen in tiefgreifende Auseinandersetzungen über die Aufteilung des Gewerkschaftseigentums verwickelt. Es könnte sein, daß sich die alten Gewerkschaften im Laufe dieser Auseinandersetzungen auflösen - oder daß sie gezwungen werden, sich zu erneuern.

Die offiziellen Gewerkschaften Rußlands sehen sich bisher keiner solchen Herausforderung gegenüber. Sie sind bei den ArbeiterInnen weder beliebt noch werden sie von ihnen respektiert. Wenn die Erfahrungen Osteuropas in irgendeiner Weise richtungsweisend sind, haben die russischen Gewerkschaften wenig Hoffnung auf Erneuerung solange sie nicht mit einer wirklichen Konkurrenz von einer starken unabhängigen Gewerkschaftsbewegung konfrontiert werden.

Diese Abhandlung bezieht sich auf eine Round-Table Diskussion, über "Gewerkschaften in der post-kommunistischen Gesellschaft", an der Experten vom RFE/RL-Forschungsinstitut teilnahmen; veröffentlicht im "Bericht über die UDSSR" des RFE/RL, No.41, 11 Oktober 1991, SS.16-22.

Friedens FORUM

Rundbrief der Friedensbewegung

Nr. 1/92
Themenheft
"Jugoslawien"

Nr. 2/92
Schwerpunkt:
Rüstungsexport nach Lateinamerika

Nr. 3/92
Schwerpunkt:
Direkte Demokratie

44 Seiten, 3.- DM
Jahresabo: 6 Hefte 20,- DM
Förderabo: 50,- DM

Coupon bitte einsenden an:

Redaktion FriedensForum, Römerstr. 88
D-5300 Bonn 1, Tel.: +49/228/692904
Fax: +49/228/692906

Ich möchte von euch:

☐ ein Jahresabo 20,- DM
☐ ein Förderabo 50,- DM
☐ ein Probeheft

Name:

Straße:

Ort:

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei der Red. Friedensforum wiederrufen kann und bestätige dies durche meine Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unterschrift:

Abschied von der "Union"

von Denis MacShane

●Spätestens nach dem Augustputsch hat die gesamtsowjetische "trade union" ihre Bedeutung gänzlich verloren, wird die Gewerkschaftsbewegung von den "reformierten" Republiksgewerkschaften dominiert. Die unabhängigen Gewerkschaften sind zwar zahlreich, aber mit Ausnahme der Bergarbeitergewerkschaft klein und verstreut und haben nur begrenzten Einfluß. Die vielfältigen Schwierigkeiten, mit denen alle Gewerkschaften heute konfroniert sind, erfordern dringend die Hilfe der westeuropäischen Schwesterorganisationen.●

Die sowjetische Gewerkschaftsbewegung ist tot, und neue Bewegungen sind im Entstehen. Das Scheitern des Augustputsches 1991 in Moskau, der von Gennadi Janajev, dem früheren Vorsitzenden des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften angeführt wurde, bewirkte den Gnadenstoß. Janajev sitzt im Gefängnis und erwartet seinen Prozeß wegen Hochverrats. Seine früheren Kollegen in den offiziellen sowjetischen Gewerkschaften drehen und wenden sich auf der Suche nach einem Plan zur Restrukturierung des einst mächtigen Gewerkschaftsverbandes.

Im letzten September sprach ich mit offiziellen Gewerkschaftsführern, mit Arbeitern und Betriebsräten in Moskau, Minsk und St. Petersburg und traf mit einigen Männern und Frauen zusammen, die dabei sind, eine vollständig freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, unbeeinträchtigt von Verbindungen mit der kommunistischen Vergangenheit. Ob offiziell oder unabhängig - die Gewerkschaften und die von ihnen vertretenen ArbeiterInnen sind mit drei Arten großer Herausforderungen konfrontiert - mit politischen, ökonomischen und organisatorischen.

Auf der politischen Ebene ist die Macht auf die Republik Rußland übergegangen, mit Boris Jelzin an deren Spitze. In sieben Tagen intensiver Gespräche fiel nicht einmal der Name Gorbatschow. In der russischen Innenpolitik hat Gorbatschow zu existieren aufgehört.

Die offiziellen Gewerkschaften reformieren sich in Vereinigungen im Rahmen der russischen und der anderen Republiken. Der Verband der Unabhängigen Gewerkschaften Rußlands, angeführt von Igor Klochkow, wird mittlerweile als wichtiger angesehen als die GKGU - die die ganze Sowjetunion umfassende "Gesamtsowjetischen Konföderation der Gewerkschaften der UdSSR".

Sowjetische Gewerkschaften - Einst und Jetzt

Über Jahrzehnte hatten die Gewerkschaften in Rußland viel mitzureden, aber alle Manuskripte für ihre Reden waren von oben gekommen - von der Partei geschrieben. Die Gewerkschaften wurden zum Transmissionsriemen für politische Entscheidungen, die anderswo getroffen worden waren. Jetzt müssen Gewerkschaftsführer ihre eigenen politischen Positionen definieren, und das ist keine leichte Aufgabe. Viele von ihnen sind Männer in den Dreißigern und Vierzigern, von denen die meisten die Kommunistische Partei nach dem fehlgeschlagenen Putsch verlassen haben und sich als Pro-Jelzin-Demokraten bezeichnen. Glauben sie noch an das Alte und haben sie sich nur neue, demokratische Kleider angelegt, oder haben sie tatsächlich mit ihrer kommunistischen Vergangenheit gebrochen?

Nikolai Shatakhin, der Vorsitzende einer über 1,3 Millionen Mitglieder starken Ingenieursgewerkschaft, war beispielsweise Parteifunktionär unter Jelzin, als Jelzin noch der Chef der Kommunisten von Moskau war.

Klochkow wiederum ist ein enger Freund von Jelzin. Er sagt von sich, daß er aktiv gegen die Putschisten arbeitete und beschuldigt die Führung der GKGU einer "Politik der Kollaboration und Anpassung". Aber nur ein paar Monate davor hatte Klochkow die Präsidentschaft der GKGU angestrebt. Wie Jelzin, der wegen seines mutigen Verhaltens während des Putsches richtigerweise als demokratischer Held gesehen wird, waren die jetzigen neuen Führer in der Sowjetunion die pflichtgetreuesten Kommunisten - noch bis vor ein paar Monaten oder Jahren. Oppositionelle aus der Zeit vor 1985, wie Sergej Khramov, der die unabhängige Gwerkschaft "SOTZPROF" anführt, gibt es wenige. SOTZPROF hatte Anti-Pusch-Statements verfasst und kann die Flugblätter herzeigen, die sie während der 60 Stunden des versuchten Putsches verteilte.

Dies steht im Kontrast zum GKGU, der eine zweideutige Stellungnahme herausgegeben hatte, die vielfach als stillschweigende Bestätigung der Gründe interpretiert wird, die von den Putschisten verwendet wurden, um ihre Intervention zu rechtfertigen. Was aber noch wichtiger erscheint: es war ein Aufruf an die Arbeiter, keine Aktionen zur Verteidigung der Demokratie zu setzen. Als der Putsch vorüber war, waren

Denis MacShane ist Angestellter der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft in Genf. Veröffentlichung: "International Labour and the Origins of the Cold War", Oxford University Press, 1992.

sich aber alle darin einig, daß sie gegen ihn und Unterstützer der Demokratie gewesen waren.

Die Gewerkschaftsbewegungen nach dem Putsch

Der gescheiterte Putsch hat die Politik aller Institutionen in der Sowjetunion total verändert, nicht zuletzt auch die offizielle Gewerkschaftsbewegung. Die Nachwirkungen des Putsches scheinen dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) einen Todesstoß versetzt zu haben. Beispielsweise haben alle offiziellen Metallarbeitergewerkschaften ihre Mitgliedschaft vom WGB formell zurückgezogen, und ihr Moskauer Büro wird in Kürze aus finanziellen Gründen geschlossen werden. Innerhalb der Sowjetunion hat der GKGU seine Teilnahme am WGB "suspendiert".

Nach Meinung der internationalen Experten, die in der offiziellen Gewerkschaft arbeiten, gibt es für den WGB keine Zukunft, es sei denn, die Handvoll übriggebliebener Gewerkschaften wie Frankreichs CGT, die Vietnamesen, die Kubaner und arabische Diktaturen versuchen ihn am Leben zu erhalten.

Der Zusammenbruch des WGB ist ein weiteres Zeichen für die Geschwindigkeit, in der sich Ideen und Positionen innerhalb der offiziellen Gewerkschaften verändern - als Folge der traumatischen Ereignisse im August. In den meisten Fällen loben die offiziellen Gewerkschaftsführer Jelzin jetzt und suchen sich als post-kommunistische Partner der Jelzin-Administration anzubiedern.

Hier begegnen sie der ökonomischen Frage. Die Sowjetunion ist kein Dritt-Welt-Land im traditionellen Sinn. Moskau und St. Petersburg sind schmutzig, schlecht erhalten und voll von schäbig gekleideten Menschen, die um Lebensmittel und Waren von minderer Qualität Schlange stehen. In einem Land von 300 Mio Einwohnern wird nur 1 Million Autos produziert - und dafür werden 1,3 Millionen Arbeiter benötigt. Ökonomisch gesehen - auf der Ebene der Produktivität und der Erzeugung von Konsumgütern - ist die Sowjetunion also sehr schwach.

Aber es gibt Vollbeschäftigung, jede(r) hat ein Dach über seinem oder ihrem Kopf (wenn auch viele Familien Wohnungen teilen müssen), kein Russe ist Analphabet und es existiert eine medizinische Versorgung, wenn auch auf niedrigem Niveau.

Der Zauber des "Freien Marktes"

In die Richtung einer Marktwirtschaft zu gehen - unter den Bedingungen, wie sie von den meisten rechten westlichen Ökonomen vorgeschlagen werden - bedeutet massenhafte Arbeitslosigkeit, steigende Preise, die Ersetzung billiger Wohnungen im öffentlichen Eigentum durch teure Appartementblöcke als Spekulationsobjekte und ein steiles Ansteigen der Zahl von Menschen, die in absoluter Armut leben. Jede Babuschka wird eine Bettlerin werden müssen.

Alle schwatzen von Marktwirtschaft, aber nur wenige stellen die Frage: welche Art von Marktwirtschaft? Eine lateinamerikanische, mit riesigen Unterschieden im Wohlstand und mit Massenarmut? Eine koreanische oder taiwanesische Marktwirtschaft, wo Adam Smith's unsichtbare Hand in wirtschaftspolitischen Eingriffen durch die Regierung, Preiskontrollen und autoritären Interventionen in Gewerkschaftsangelegenheiten sichtbar wird? Oder die Art von Marktwirtschaft, wie sie in Westeuropa nach 1945 entwickelt wurde, mit ihrem Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern und kontrollierter Ressourcenverteilung und -planung?

Im heutigen Rußland des freien Marktes ist es fast unmöglich, das Wort Planung zu erwähnen, große Wohlstandsunterschiede zu verurteilen oder zu argumentieren, die Regierung habe eine Rolle in der Wirtschaft. Wer dies tut, wird kurzerhand als Kryptokommunist betrachtet oder als eine Art westlicher Wischi-Waschi-Liberaler oder Sozialdemokrat, der die brutalen Realitäten des Umbaus von kommunistischer zu kapitalistischer Ökonomie nicht versteht.

Früher oder später wird trotz allem irgendjemand den Mut haben müssen zu sagen, daß diese Patentlösungen des 19. Jahrhunderts die von Harvardökonomen gepredigt werden, unehrlich und künstlich sind und Rußland auf Jahrzehnte hinaus zu Armut, Unterentwicklung und Not verurteilen, begleitet von gewalttätigen, sozialen Differenzen, die weitreichende internationale Auswirkungen haben werden.

Zur Zeit werden Löhne verdoppelt und verdreifacht, damit sie mit der 300-prozentigen Inflation Schritt halten können. Die Preise spielen verrückt. Eine Flasche Wodka kostet nur 30 Cents, während man 160 Dollar dafür auslegen muß, um 500 Geschäfts(visiten)karten drucken zu lassen. Ein russischer Pensionist erhält 70 Rubel im Monat - das ist der Preis für ein Huhn

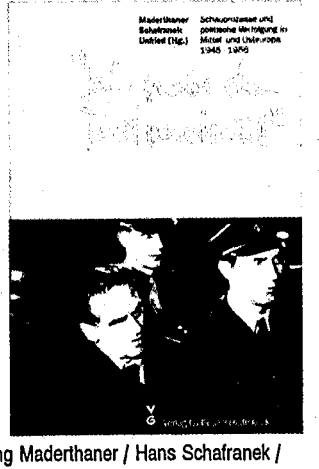
Neuerscheinungen

Franz Delapina / Hannes Hofbauer / Andrea Komlosy / Gerhard Melinz / Susan Zimmermann

Ungarn im Umbruch

144 Seiten, 21 Abb., öS 168,-/DM 24,-

Quer zum gängigen Bild des osteuropäischen Umbruchs beschreiben die Autor/inn/en dieses Buches die heutige Situation in Ungarn. Sie befürchten, daß der weitere Weg dieses Landes über internationale Verschuldung, Produktionsrückgänge und soziale Verelendung in Richtung „Dritte Welt" geht.



Wolfgang Maderthaner / Hans Schafranek / Berthold Unfried (Hg.)

„Ich habe den Tod verdient"

Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945 - 1956

224 Seiten, öS 248,-/DM 36,-

Zentrales Thema dieses Bandes ist die Analyse der inneren Logik, der sozialen Basis und der politischen Strukturen der stalinistischen Macht- und Terrorapparate in ausgewählten Ländern Ost- und Mitteleuropas (DDR, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) von der Konstituierung der „Volksdemokratien" bis zu ihrer vorläufigen Konsolidierung.

Verlag für Gesellschaftskritik

Kaiserstraße 91, A-1070 Wien, Tel: 0222/526 35 82

auf dem freien Markt. Nach 70 Jahren, in denen alles dem Staat gehörte, leben die Russen - und im speziellen ausländische Investoren - in einer Alice-im-Wunderland-Welt, in der jedem alles gehört und niemandem irgendetwas. Die Russen und die anderen früheren Sowjetrepubliken kämpfen miteinander um die Überreste der Sowjetregierung inklusive der Eigentumsrechte für Vermögen, Land und Unternehmungen. Dann beanspruchen wiederum machtvolle Stadtregierungen in Moskau und St. Petersburg Gebäude und Unternehmungen für sich.

Es gibt einen großen Haß gegen das weitverbreitete Profitemachen und die halsabschneiderischen Preise, die von mafia-kontrollierten freien Händlern festgesetzt werden. Alle Autoritäten - auf politischer, gewerkschaftlicher und Management-Ebene - haben große Angst vor den Reaktionen der Arbeiter, sollten Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen einmal richtig "abheben".

Die Gewalt, die man in Rumänien und Jugoslawien sehen konnte, dürfte eine eher milde und moderate Version von dem sein, was sich in Rußland oder zwischen Rußland und anderen Völkern in der Sowjetunion entwickeln könnte, wenn kein kohärentes politisches und ökonomisches Programm entwickelt wird.

Solange eine solche politische und ökonomische Klärung nicht erreicht ist, ist das zukünftige Muster gewerkschaftlicher Organisationen schwer vorhersehbar. Als wahrscheinlich erscheint die Aufsplitterung in Einheiten auf regionaler und Republiksebene mit Dutzenden von Gewerkschaften, die aus dem einst monolithischen Sowjetischen Gewerkschaftsverband hervorgehen. Große Unternehmen werden versuchen, ihre Arbeiter eng an das Schicksal und die Zukunft ihrer Gesellschaft zu binden. Dies könnte zu einer syndikalistischen lokalen Politik und zu unternehmenszentrierter Gewerkschaftsarbeit führen, die sich am Überleben in einer grausamen Welt orientiert, die keine Hilfestellungen bietet. Zusätzlich zum Arbeitsplatz bieten die größeren Unternehmen noch immer Unterkunft, medizinische Zentren, Kindergarten, Kantinen, Kultur- und Sportzentren und Ferienheime.

Den schwer arbeitenden und mutigen Männern und Frauen, die versuchen, unabhängige Gewerkschaftsstrukturen aufzubauen und zu fördern, steht ein harter Kampf bevor. Abgesehen von der 60.000 Mitglieder starken Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft, die sich im letzten Jahr von der kommunistisch kontrollierten offiziellen Bergarbeitergewerkschaft loslöste, sind die unabhängigen Gewerkschaften klein und verstreut.

Die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft ist das Herz der unabhängigen Arbeiterbewegung. Aber sie hebt bislang noch keine Mitgliedsbeiträge ein und hat ihre Führer in zwei Jahren dreimal gewechselt. Der derzeitige Präsident, ein 33-jähriger Bergarbeiter, Viktor Utkin, ist Mitglied des Russischen Parlaments und Sekretär des parlamentarischen Komitees für Wirtschaftsfragen. Als Parlamentarier ist er - gemeinsam mit den meisten anderen Deputierten, die auf die Ängste ihrer Wähler hören müssen - unglücklich über den raschen Marsch auf den Markt, den Jelzins Wirtschaftsgurus vorschlagen, mit seiner daraus resultierenden Massenarbeitslosigkeit. Wie einige andere der besten Arbeiterführer, die alle aus der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung und aus Streikaktionen in den letzten zwei Jahren hervorgegangen sind, widmet Utkin jetzt viel von seiner Zeit politischen Aktivitäten.

Wo sind die unabhängigen Arbeiterführer?

Viele neugewählte Arbeiterführer wurden in die offiziellen Gewerkschaften kooptiert. Es gibt derzeit wenig Hinweise auf eine Kerngruppe von unabhängigen Arbeiterführern, wie sie sich in Südafrika in den 70er und 80er Jahren oder in Polen 1980-81 entwickelt hatte.

Sergej Khramow's SOTZPROF behauptet, 200.000 Mitglieder zu haben und in seinem winzigen Appartement in Moskau spuckt sein Computer Listen von Städten aus, in denen er, wie er sagt, Mitglieder hat. Der Computer war "ein Geschenk von Lane Kirkland" sagt er stolz - und die AFL-CIO ist sicherlich eine der Führenden bei materielle Hilfeleistungen - und nicht nur brüderlichen Ratschlägen - an die unabhängigen Russischen und Ukrainischen Gewerkschaften. Aber andere zweifeln SOTZPROF's Zahlen an und anderswo im Land gibt es wenige Anzeichen für ihre Präsenz.

Elena Maltsera ist Vorsitzende einer 400 Mitglieder starken Automobilarbeitergewerkschaft, sie muß aber gegen die Ressourcen und die Macht der 3 Millionen Mitglieder starken offiziellen Automobilarbeitergewerkschaft ankämpfen

In Minsk führt Sergej Antonchek, ein beeindruckender junger Elektriker, das mehrere Fabriken koordinierende Streikkomitee an, das die Hauptstadt von Belorußland im Frühling zum Stillstand gebracht hat. Er bräuchte dringend Druckmaschinen, Faxe und Computer, aber die einzige Hilfe, die er bisher bekam, waren ein paar Kopiergeräte von der polnischen "Solidarnosc".

In St. Petersburg erzählten mir Organisatoren unabhängiger Gewerkschaften, daß die Industriearbeiter jetzt passiv seien und Angst vor der Zukunft hätten. Das Wachstum der Unabhängigen Gewerkschaften steht vorläufig still, obwohl sie Dutzende von kleinen Flammen repräsentieren, deren Feuer um einiges heller brennen könnte, wenn die Arbeiterklasse in der Sowjetunion in eine schwere Krise gerät, auf die die offiziellen Gewerkschaften keine Antwort wissen oder keine Führung anbieten können.

Die Aussichten sind trübe. Ein Industriearbeiter oder Gewerkschaftsvertreter hat es im heutigen Rußland alles andere als leicht. Große Hilfe von den demokratischen Bewegungen im Westen wird benötigt, um die Hoffnung und die Lebensader des Kontakts nach außen zu erhalten. Das russische Volk und im Besonderen seine Industriearbeiter sind bedroht vom "Markt-Totalitarismus", ein Begriff, kreiert vom französischen Geschäftsmann und politischen Theoretiker Alain Minc. Welche Hilfe können westliche Gewerkschaften und fortschrittliche Menschen anbieten, um so sicherzustellen, daß die russischen ArbeiterInnen unabhängige, effektvolle Gewerkschaften haben, mit denen sie ihre Interessen auf ihrem Weg vom Regen des Kommunismus in die Traufe der unbeschränkten Marktwirtschaft verteidigen können?

"Wir brauchen eine einheitliche Strategie ..."

Interview mit Michail Nagaitsev

●Weil die in Moskau existierenden Parteien entweder vorgeben, die Interessen aller Staatsbürger zu vertreten oder verlängerte Arme der Bürokratie sind, beschränken die reformierten Gewerkschaften der russischen Hauptstadt ihre Tätigkeit nicht nur auf die gewerkschaftliche Arbeit, sondern sind aktiv am Aufbau einer viele Strömungen der Arbeiterbewegung umfassenden Arbeiterpartei beteiligt.●

□ *Sie gehören der neuen Gewerkschaftsführung an, die seit Anfang dieses Jahres dem Moskauer Gewerkschaftsbund vorsteht; könnten Sie die soziale Situation, welcher die Gewerkschaften im gegenwärtigen Klima politischer Unrast und wirtschaftlicher Umstrukturierung gegenüberstehen, beschreiben? Wie reagiert der Gewerkschaftsbund darauf?*

Bei der Demonstration am 23. Oktober war eine der Hauptforderungen der Gewerkschaften, daß beim Übergang zur Marktwirtschaft auch eine "Marktwirtschaft bei den Löhnen" erreicht werden sollte, also eine echte Freiheit für die Arbeiterbewegung, die Löhne auszuhandeln. Momentan beträgt das Existenzminimum für Moskau 520 Rubel, der durchschnittliche Monatslohn aber nur 470 Rubel. Ärzte, Lehrer, Angehörige des Dienstleistungssektors verdienen in einigen Fällen nur 300 Rubel. So leben fünfeinhalb Millionen MoskauerInnen unter dem Existenzminimum, aber die Regierung veröffentlicht diese Informationen einfach nicht. Auf diesem Sektor gärt es schon das ganze Jahr. Wie schon früher in der Beziehung zur Unionsregierung kämpfen die Gewerkschaften jetzt im Konflikt mit der russischen Regierung um ein Gesetz zur Indexbindung der Löhne. Aber mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die Unionsgesetze alle Autorität verloren, und die Gewerkschaften sind gezwungen, neu mit der Russischen Föderation zu verhandeln.

Am 18. September wurde das Gesetz zur Preisindexbindung der Löhne dem russischen Parlament vorgelegt, jedoch von der Tagesordnung gestrichen, sodaß die Gewerkschaften gezwungen waren, direkte Aktionen zu setzen. Unser Problem ist, daß es durch das Fehlen offizieller Daten über das annehmbare Existenzminimum einfach keine Grundlage für die Kollektivvertragsabschlüsse gibt.

Nach der Demonstration verabschiedete das russische Parlament am 24. Oktober unter Druck das Gesetz zur Preisindexbindung der Löhne, allerdings nicht in der von der Gewerkschaft verlangten Form!

Dennoch ist das ein Schritt vorwärts, näher zu einer zivilisierten Konfliktlösungsmethode. Wir wissen allerdings, daß wegen des Wirtschaftszusammenbruchs die Probleme nicht rasch gelöst werden können.

Das Indexbindungsgesetz war wie ein in Agonie geborenes Kind: Die Verhandlungen zogen sich seit Jänner, als die Gewerkschaften eine Alternativvariante als Gesetzesvorschlag entwickelt hatten, über neun Monate hin. Zuerst jedoch stellten die Gewerkschaften ihre Anträge den Mitgliedern zur Diskussion, denn im Fernsehen wurde verbreitet, die Gewerkschaften stellten Forderungen, die einen neuen Inflationsschub auslösen würden, wobei behauptet wurde, die Gewerkschaften lehnten die Marktwirtschaft ab und seien gegen einen besseren Lebensstandard.

Angesichts des rapiden Preisanstiegs fordern die Gewerkschaften volle vierteljährliche Preisindexanpassung der Löhne, um dem Preisanstieg zu begegnen. Gefordert wird außerdem, daß die Lohnerhöhung eine Nachschlagszahlung enthalten müsse, damit das frühere Lohnniveau wieder erreicht werden kann.

Die Situation spitzt sich dermaßen zu, daß sich bei vierteljährlicher Lohnanpassung an den Preisindex aufgrund des zeitlichen Nachhinkens ein Verlust ergibt. Daher verlangen wir eine Formel, welche diesen Sachverhalt in Rechnung stellt. Momentan profitiert die Regierung von dieser finanziellen Anomalie als Investitionsquelle.

Die Gewerkschaften hatten einen Streik für ganz Moskau vorbereitet, um der Forderung nach Indexierung Nachdruck zu verleihen, was der erste große Regionalstreik seit dem fehlgeschlagenen Coup gewesen wäre. Und wir waren bereit gewesen, das mit allen Mitteln durchzusetzen. Die Regierung wollte ursprünglich nicht über das Indexierungsabkommen reden, und erst am 26. April begannen die Gespräche unter Streikandrohung.

Die Erhaltung des Lohnniveaus ist unsere Hauptforderung. Nach dem 22. April gab es rasche Preissteigerungen, und während dieser Zeit wurde der Streik vorbereitet, ohne genaue Kenntnis der möglichen folgenden Regierungsaktivitäten. Jetzt bringen wir langsam einigermaßen vernünftige Verhandlungen zustande. Zum Beispiel gibt es ein Grundsatzübereinkommen für die Stadt Moskau für das kommende Jahr, und die Verhandlungen werden beginnen.

Vor dem Eintritt in Verhandlungen über dieses Grundsatzübereinkommen brachen

Michail Nagaitsev ist Vizepräsident des Moskauer Gewerkschaftsverbandes.

Die Situation der Gewerkschaften in der Region Moskau

von Michail Nagaitsev

Die weitaus größte Gewerkschaftsorganisation in der Region Moskau ist der Moskauer Gewerkschaftsbund (MGB) mit 5.700.000 Mitgliedern. In ihm sind 39 Gewerkschaften zusammengeschlossen, darunter als größte die der Bauarbeiter, des Wissenschafts- und Bildungssektors, des Gesundheitswesens und die der technischen Berufe. Jede von ihnen hat zwischen 400.000 und 600.000 Mitglieder. Die Eisenbahnergewerkschaft kommt auf 300.000 Mitglieder, andere Gewerkschaften sind kleiner. Die kleinste der im MGB organisierten Gewerkschaft ist die der Theaterangestellten mit 5.000 Mitgliedern. Alle angeschlossenen Gewerkschaften sind innerhalb des Gewerkschaftsbundes gleichwertig und haben die gleichen Rechte. Im Dezember 1990 erklärte sich der MGB als von allen politischen und staatlichen Strukturen unabhängig.

Der Bund wird durch die angeschlossenen Gewerkschaften finanziert, die einen Teil ihrer Mittel - in diesem Jahr 5% - einzahlen. Damit und durch einige andere Geldquellen des Gewerkschaftsbundes , etwa die in seinem Besitz befindliche Gewerkschaftsbank, werden sämtliche Aktivitäten finanziert, es gibt keinerlei Bezüge von seiten der Regierung oder der Arbeitgeber.

Die Gewerkschaften der früheren Sowjetunion verteilen Sozialhilfezahlungen und Beihilfen für Urlaube und medizinische Behandlungen. Die neue russische Regierung versucht, diese Funktion zu übernehmen.

Neben dem MGB gibt es drei weitere Gewerkschaftsorganisationen in Moskau, sehr kleine Gruppierungen mit bisweilen einstelligen Mitgliederzahlen bleiben hier unerwähnt.

Als erste sei MAKKIP genannt, "Gewerkschaftsbund der Kleingewerbetreibenden, innovativen Unternehmen und anderer Unternehmensformen". In ihm sind Arbeitnehmer aus kleinen privaten oder gepachteten Betrieben organisiert - obwohl einige von ihnen auch im MGB vertreten sind. Diese Gewerkschaft hat 15.000 Mitglieder, der MGB unterhält zu ihr ausgezeichnete Verbindungen und arbeitet mit ihr zusammen. MAKKIP unterstützt generell die Aktivitäten des MGB und hat an von ihm initiierten Aktionen teilgenommen, sieht jedoch seine eigentliche Aufgabe im Schutz der Interessen der Arbeiter in kleinen und privaten Betrieben. Streiks werden dabei als ungeeignetes Kampfmittel abgelehnt.

Die zweite Gewerkschaftsorganisation, auf die hier näher eingegangen werden soll, ist SOTZPROF. Sie bezeichnete sich ursprünglich als "sozialistische" Gewerkschaft der Sowjetunion, nennt sich jetzt aber "soziale" Gewerkschaft. Ihre Mitgliederzahl ist schwer zu bestimmen, beim letzten Zusammentreffen mit dem MGB konnten sie selbst keine genauen Zahlen nennen.

SOTZPROF ist eine sehr stark politisch ausgerichtete Gewerkschaft und orientiert sich am "Demokratischen Rußland". Der MGB hat die Erfahrung gemacht, das SOTZPROF selbst dann, wenn es zu einer Abmachung hinsichtlich bestimmter Aktivitäten kommt, sich nicht an die Vereinbarungen hält, sobald die Bewegung "Demokratisches Rußland" davon abrät. Als Beispiel dafür kann der 23. Oktober dienen, als in Moskau vom MGB eine Kundgebung organisiert wurde, an der 40.000 Menschen teilnahmen. Ursprünglich hatte SOTZPROF sein Mitmachen zugesagt, blieb letztendlich aber fern. SOTZPROF nahm aktiv an Kundgebungen für Jelzins Wahlkampagne teil, derzeit unterstützt diese Gewerkschaft das Wirtschaftsprogramm einer Preisfreigabe, das der russische Präsident verkündet hat. Intern scheint SOTZPROF mit beträchtlichen organisatorischen Problemen zu kämpfen.

Die dritte zu erwähnende Organisation ist die Konföderation der freien Gewerkschaften der UdSSR. SOTZPROF ist ihr angeschlossen, ob das auch auf die unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter zutrifft, die durch Finanzskandale sehr geschwächt wurde, ist unklar. Es kam zu einem Bruch als Folge von Übergriffen des Exekutivkomitees - die unabhängige Bergarbeitergewerkschaft hat ihre Büros in dem Ministerium, das für die Kohleförderung zuständig ist. Sicher gehört jedoch eine Journalistengewerkschaft mit lediglich 320 Mitgliedern zur Konföderation sowie die Pilotenvereinigung, bei der eine Doppelmitgliedschaft möglich ist. Ihr Mitgliederstand ist schwer einzuschätzen - irgendwo zwischen 50.000 und 150.000.

Die Konföderation wird offen von der AFL-CIO unterstützt, zu der sie enge Verbindungen unterhält. AFL-CIO hat Computer, Fax- und Kopiergeräte, Druckereianlagen sowie Experten und Schulungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt und dies auch nie verhehlt.

Die größten Probleme, denen die Gewerkschaften in Moskau gegenüberstehen, liegen in der unzulänglichen Gesetzgebung. Die Gesetze der Union sind nicht mehr erkennbar wirksam, und die russische Gesetzgebung ist, trotz zahlreicher Verfügungen des Präsidenten, noch nicht in Kraft getreten, sodaß es häufig zu Kollisionen kommt.

Zur Frage der Preisregelung fand ein Treffen des MGB mit den Vorsitzenden der Gewerkschaften aus den verschiedenen Bereichen statt. Dort einigte man sich auf den Standpunkt, daß es zu keiner Preisfreigabe vor der Abgabe von sozialen Garantien kommen dürfe.

23.12.1991

einzelne Streiks in gewissen Unternehmen um Moskau aus, was dem staatlichen Arbeitgeber zeigte, daß die Gewerkschaften effektiv eine Kampagne starten konnten. Zum Beispiel gab es eine große Aktion bei einer großen Moskauer Autofabrik, einen Streik des Gesundheitsdienstes und der Lehrer. Und weitere Streikmaßnahmen sind möglich, obwohl die mangelhafte Gewerkschaftsorganisation dabei bedeutet, daß die Vorbereitungen Zeit brauchen.

Im Fall des Streiks in der Autofabrik, der sich über gesetzliche Regelungen hinwegsetzte, klagte das Management die Gewerkschaft auf 5 Millionen Rubel, aber der Gewerkschaft gelang es, die Kausa für sich zu entscheiden. Das war ein großes Lehrstück in Sachen Taktik für uns. Die Gewerkschaft hat zwar nicht viel Erfahrung, jedoch substantielle Kräfte zur Verfügung und führt Verhandlungen zunehmend aus einer Position der Gleichberechtigung. Zukünftige Strategien werden sehr stark davon abhängen, welche Art von Abkommen wir herausschlagen können.

Neulich verkündete Jelzin Lohnerhöhungen für Lehrer vom 1. Jänner an, obwohl die Lehrergewerkschaften einen Start mit 1.Dezember verlangten. Das Problem besteht darin, daß auch diese Erhöhungen in keiner Weise an die Preiserhöhungen heranreichen. Den Lehrern wurde eine 90%ige Gehaltserhöhung versprochen, aber in den Geschäften erlaubt ihnen eine solche Erhöhung eines 300-Rubel-Gehaltes pro Monat nicht, daß sie sich sehr viel kaufen können.

☐ *Offenbar entwickelt sich ein Prozeß der Reorganisation in der Gewerkschaftsbewegung als ein Teil der Absetzbewegung von der alten Kommunistischen Partei. Könnten Sie uns einige Grundzüge dieses Prozesses beschreiben?*

Wir besuchten neulich ein Seminar von Arbeiteraktivisten aus den Hauptindustriestädten im Land. Große Städte haben natürlich spezifische Probleme - Umweltprobleme, verbunden mit der Industrie, einen schnelleren Lebensrhytmus, höhere Arbeitslosigkeit als Ergebnis der Umstellung der Rüstungsbetriebe (weil es kein klares Programm für die Umwandlung gibt), usw..

Daher wurde entschieden, einen Verband der Arbeiterbewegungen in Großstädten zu gründen, um mit diesen besonderen Problemen fertig zu werden. (Diese Struktur wird parallel zum russischen Gewerkschaftsbund laufen, der momentan Boris Jelzin ergeben ist. P.A.)

In Moskau ist das Hauptproblem die Verteidigung des Mindestlebensstandards. Arbeitslosigkeit wird auch bald ein wichtiges Problem werden - während nur 7000 offiziell als arbeitslos registriert sind, beträgt die Gesamtzahl in Wirklichkeit 30.000, weil nicht jeder registriert ist oder Arbeitslosenunterstützung bezieht. Im Dezember und Jänner wird es eine Explosion der Arbeitslosigkeit geben; und was in der Hauptstadt offenkundig ist, wird sich in anderen Gegenden ebenso abspielen. 1992 wird die Arbeitslosenrate über 10% betragen - vielleicht bis zu 1 Million Menschen in Moskau. Das läßt sich aufgrund der Erfahrungen in Polen erwarten, wo die Arbeitslosigkeit 13% beträgt.

Bisher gibt es kein ausgearbeitetes oder klares Gewerkschaftsprogramm, um das zu bewältigen, aber der Prozeß zur Entwicklung eines Reformprogramms ist in Gang gekommen. Es wird ein klares, öffentliches Privatisierungsprogramm in der Republik Rußland geben müssen, obwohl es noch nicht ausgearbeitet wurde. Die Privatisierung geht in wilder Manier vor sich, sehr willkürlich und spontan. Wenn es ein klares Regierungsprogramm gäbe, könnten die Gewerkschaften ein Gegenprogramm aufstellen, das zum Beispiel verlangt, daß in Privatisierungskomitees Gewerkschaftsvertreter sitzen. Im Grundsatzübereinkommen für Moskau-Stadt gibt es einen ganzen Abschnitt über Privatisierungen.

Formell existiert das Arbeitsrecht noch, aber nicht in Wirklichkeit. So hängt alles von der Art des Abkommens ab, das wir herausschlagen können. So wie Wirtschaftsgesetze funktionieren, ist es sehr schwer herauszuarbeiten, welche Gesetze zur Verteidigung der Arbeiter dienen.

Wir verlangen, daß von der Moskauer Regierung 75 Mio. Rubel für soziale Zwecke und Verteidigung der Arbeiterrechte beiseitegestellt werden, einschließlich einer Unterstützung für Arbeitslose, die keiner normalen Arbeit nachgehen können, wie etwa Invalide (die Stadtregierung sollte Unternehmen subventionieren, die Behinderte einstellen), einer Unterstützung für öffentliche Organisationen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die Arbeitslosen, sowie für Programme zur Wiedereinschulung von Arbeitern. Wir sind nicht sicher, daß das angenommen wird, aber das ist unser Vorschlag.

Arbeitslosigkeit in Moskau konzentriert sich auf Sektoren, wobei hauptsächlich zwei Gruppen betroffen sind: die Ungelernten einerseits, und, im intellektuellen Bereich, die Hochqualifizierten, besonders im Bauwesen und in den Rüstungsbetrieben. Zwar gibt es ein gewisses Potential zur Umschulung von Leuten, die in der Planwirtschaft arbeiteten, um sie in die neue Marktwirtschaft zu integrieren; doch das ist ein langsamer Prozeß, und die Regierung nimmt das nicht ernst.

Frauen sind schlimmer betroffen als Männer, was schon bei der Arbeitsvermittlung und in Studien evident wird. Wir werden die Zahlen in unserer Zeitung "Solidarnosc" veröffentlichen. Die Gewerkschaft plant eine Untersuchung dieser Problematik, um die Situation deutlich zu machen. Zur Kategorie der Menschen, die besonders unter den niedrigen Löhnen leiden - Lehrer, Krankenpflegepersonal usw. - gehören hauptsächlich Frauen. In den Unionsministerien gibt es, zum Beispiel, einen sehr hohen Frauenanteil in technischen Positionen, und diese Ministerien werden abgeschafft.

☐ *Bestehen angesichts der fast unvermeidlichen Privatisierung irgendwelche Gewerkschaftsforderungen betreffend besonderer Formen der Eigentümerschaft?*

In den Bereichen Handel und Dienstleistungen sowie in kleinen Unternehmen wird es zur Privatisierung kommen, was wirklich unvermeidbar ist; also besteht hier unsere Forderung darin, daß das primäre Eigentümerrecht den Arbeitern gebühren soll, die schon dort arbeiten, also denen in den Arbeitskollektiven. Für Großunternehmen gibt es viele Varianten. Momentan geht es nicht um die Frage der "Privatisierung", sondern um "Entstaatlichung" und Schaffung von Kapital - oder Aktiengesellschaften. Das ist ein anderes Problem, und wir verlangen die Veröffentlichung eines klaren Regierungsprogramms zur Privatisierung. Offensichtlich wird es verschiedene Privatisierungsformen geben, entsprechend der jeweiligen Art von Industrie.

Zur Zeit gehören alle großen Industrien dem Staat, und das Staatseigentum be-

DIE MONATLICHE GEGEN-INFORMATION VON A BIS Z:

Arbeitswelt * Buchbesprechungen * Cartoon * Dritte Welt * Emanzipation * Filmkritik * Gewerkschaften * Herrschaftsverhältnisse * Interviews * Jazz * Kommentare * Lateinamerika * Medienkritik * Neofaschismus * Osteuropa * Parlamentarismus * Quotenregelung * Reportagen * Satire * Termine * Umwelt * Verkehr * Wahlen * Xenophobie * Yankees * Zeitgeschichte

- **DER WIDERSPRUCH**
- **DIE KRITIK**
- **DAS ANDERE MAGAZIN**

Haben Sie keine?

Dann brauchen Sie eine!

DIE ALTERNATIVE

Herausgegeben von: GE – Alternative GewerkschafterInnen

11 Hefte, Einzelpreis S 10.-, Jahresabonnement S 100.-.

Bestellungen bzw. Anforderung von Probeexemplaren:

Redaktion "Die Alternative", 1010 Wien, Wipplingerstraße 23. Tel: 0222/535 62 00, FAX: 0222/535 38 56.

herrscht fast völlig die Wirtschaft. Zur Zeit erleben wir zum Beispiel in der großen Kamaz-LKW-Fabrik einen Prozeß der Entstaatlichung und das Bestreben, ausländisches Kapital anzulocken.

Das Problem liegt darin, daß die Regierung genau jetzt zeigt, daß sie inkompetent ist, dieses Unternehmen zu leiten. Es gibt somit vermutlich zwei Optionen: Die eine ist eine strenge Kriegswirtschaft, die andere Demokratisierung. In dieser Situation entscheidend ist die höchstmögliche Beteiligung des Arbeitskollektivs am Werksmanagement, in gewisser Weise unabhängig von der Eigentumsform.

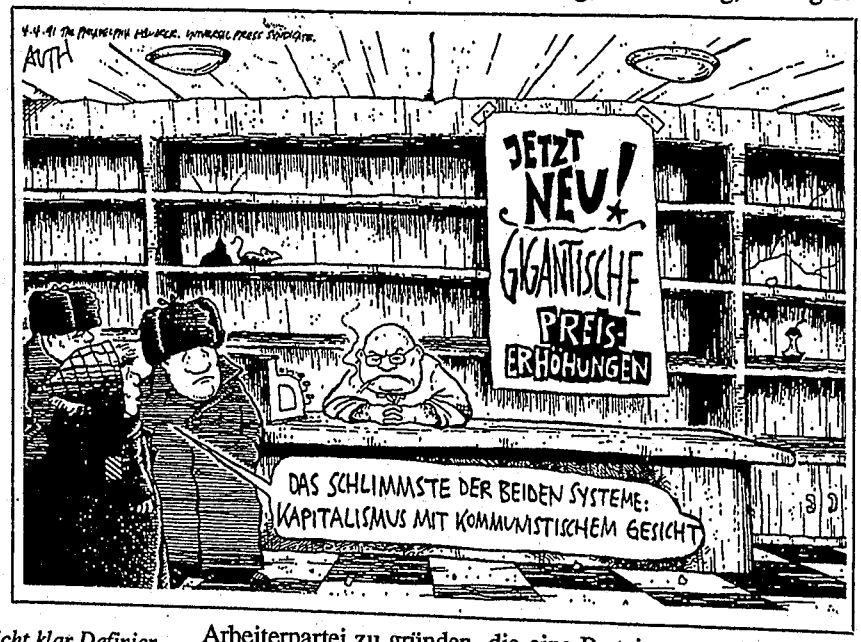
Wir trachten danach, daß sich die Eigentümer dieser Fabriken selbst ordentlich in Eigentümervereinigungen etc. organisieren, damit mit ihnen wirkungsvoll verhandelt werden kann, auch in Hinblick auf die Regierung. Wir machten in Moskau die Erfahrung, daß wir oft einfach nicht wissen, mit wem wir verhandeln.

☐ *Es scheint, Sie leiden am Chaos in der wirtschaftlichen und politischen Organisation, was sicher auf den Zusammenbruch des alten Systems zurückzuführen ist sowie auf den Übergang zu etwas noch nicht klar Definiertem. Welche politischen Schlüsse haben Sie aus der gegenwärtigen Situation gezogen?*

Wir brauchen eine einheitliche Strategie, um mit den sehr schwierigen Problemen zur Zeit fertigzuwerden. Der Moskauer Gewerkschaftsbund hat die klare Position, daß er keine politische Organisation ist, und soweit er sich selbst in die Politik einmischt, unterstützt er jene Parteien, die eine Politik im Interesse der Arbeitnehmer vertreten.

So operierten wir bis Mai 1991, solange alles im Land ein Monopol der Kommunistischen Partei in politischer Hinsicht war, obwohl es natürlich auch die Bewegung "Demokratisches Rußland" gab. So tendierten wir zur Äquidistanz zu allen Parteien und dazu, unsere eigene Politik als Arbeitsorganisation zu verfolgen.

Die Entwicklung der Wirtschaftslage aber hat gezeigt, daß die Arbeiterbewegung selbst auch ihre eigene politische Unterstützung braucht. Einfach um als normale Arbeiterbewegung zu funktionieren, müssen die Gewerkschaften den gesamten Bereich der Arbeiterinteressen repräsentieren, von Verhandlungen bis zu Streiks; und es muß



politische Organisationen geben, die diese Interessen im Parlament und anderswo vertreten können.

Die erste Initiative, die der Gewerkschaftsbund setzte, war, ein Komitee für politische Analyse und Diskussion einzusetzen. Als wir all die Programme der Parteien und politischen Bewegungen, insgesamt etwa 130, analysierten, erkannten wir, daß sie entweder alle Interessen umfaßten oder aber liberal oder verlängerte Arme der Verwaltung waren, oder sie wanden sich schlangengleich in die eine oder andere Richtung. Folglich kam der Vorschlag, eine Arbeiterpartei zu gründen, die eine Partei vom demokratischen Typus sein sollte, mit dem spezifischen Ziel, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen, eine Partei linken demokratischen Zuschnittes.

Diese allgemeine Absicht wurde während der Augustereignisse gefaßt, und die Geschehnisse haben generell die Notwendigkeit der Bildung einer Partei dieser Art bewiesen. Die nächsten Wahlen werden auf der Basis politischer Listen stattfinden, zumindest nach derzeit gültigem Recht - und in der Zwischenzeit sind die Gewerkschaften aus der politischen Arena ausgesperrt. Dieser Umstand zwang uns, die Entwicklung auch einer politischen Kraft der Arbeiterbewegung zu beschleunigen. Mittlerweile hat sich die Lage insofern geändert, als Jelzin die Zustimmung des Obersten Sowjet erhielt, die Regionalwahlen bis nächstes Jahr aufzuschieben, sodaß wir mehr Zeit haben, einen eher normalen Parteiformierungsprozeß zu organisieren.

☐ *Was ist Ihre Meinung über Jelzin und Gabriel Popow, einem ehemaligen Liberalen, der jetzt Bürgermeister von Moskau ist?*

Das ist keine leichte Frage. Jelzin war schließlich Chef des Moskauer Parteiapparats, und ich kenne ihn auch in dieser Rolle. Vielleicht ist meine eigene Meinung nicht objektiv. Früher, als Popow einfach ein Wirtschaftswissenschaftler war, war er recht gut, wenngleich ein "Hof-Wirtschaftswissenschaftler", könnte man sagen. Seither änderten sich seine politischen Ansichten wie das Wetter. Dennoch müssen wir mit ihm arbeiten. Während der Wahlen des russischen Präsidenten und des Moskauer Bürgermeisters diskutierten wir drei Tage lang die gesamte Lage. Wir sagten: Gut, eine relativ starke Exekutivautorität ist nötig, sonst gibt es keine Garantie, daß die getroffenen Vereinbarungen realisiert werden. Gleichzeitig ist es nötig, ein starkes Gegengewicht zu dieser Exekutivmacht in Form einer starken parlamentarischen Kontrolle zu haben.

Es gibt eine weitere Gefahr. Um zu überleben, brauchen die Gewerkschaften so etwas wie ein normales demokratisches System. Unter Bedingungen, wo alles zerfiele und es einen völligen Zusammenbruch der Wirtschaft und Anarchie gäbe, würden die Gewerkschaften auch untergehen. Und wenn es ein autoritäres, totalitäres Regime gäbe, würden die Gewerkschaften auch nicht überleben. Tatsächlich besteht die echte Gefahr eines rechts-autoritären Regimes, und zur Zeit treffen sich die Gewerkschaftsführer in Europa mit anderen Gewerkschaften, wo sie bestimmte Hinweise auf eine moralische Unterstützung im Falle einer neuerlichen Staatsstreichsituation bekommen.

Die Gewerkschaftsmitglieder sehen der Zukunft mit Ungewißheit entgegen. Im allgemeinen mißtrauen sie jeglicher Autorität, obwohl Jelzins Popularität ziemlich hoch im Kurs steht. Bis zu einem gewissen Grad glauben sie noch immer einigen der Versprechen der liberalen Reform, obwohl sie auch schon getäuscht wurden. Wenn die Preise anfangen, rapid zu steigen, kann sich das ändern.

Die Fragen stellten Peter Annear, Sally Low und Renfrey Clarke am 14. Dezember 1991 in Moskau. Die drei JournalistInnen arbeiten für die Zeitschrift Green Left Weekly, die von der australischen Democratic Socialist Party (DSP) herausgegeben wird.

Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Werner Poscharnigg.

Gewerkschaften in der "Wende"?

von Renate Hürtgen

●Mit "deutscher Gründlichkeit" wird in den "neuen Ländern" der BRD die Marktwirtschaft von Unternehmerseite eingeführt. Die daraus resultierende Massenarbeitslosigkeit und der sinkende Lebensstandard treffen ArbeiterInnen, für die "Arbeitskampf" jahrzehntelang nur ein Stichwort im Wörterbuch des Marxismus-Leninismus war. Auch der DGB, mittlerweile in der Ex-DDR "voll organisiert", erweist sich ohne Druck von der Basis in Fragen der Lohnpolitik und der Sicherung der Arbeitsplätze lediglich als tönerner Koloß...●

Renate Hürtgen, Kulturwissenschaftlerin, arbeitete seit 1988 in der Opposition, die sich unter kirchlichem Dach traf, gründete mit 12 anderen KollegInnen im Oktober 1989 die "Initiative für unabhängige Gewerkschaften" und ist seitdem "nebenberuflich" mit kritischer Gewerkschaftsarbeit beschäftigt.

In zahlreichen Auswertungen der Ereignisse vom Herbst 1989 wird immer wieder festgestellt, daß die "Wende" in der DDR nicht in den und durch die Beschäftigten der Betriebe stattgefunden hat. Die Aktionen der Bürgerbewegungen blieben vor den Werktoren stehen. Der von allen linken Kräften erhoffte Schritt von der anonymen Straßendemonstration zur Aktion im Betrieb wurde massenhaft nicht getan.

Der folgende Artikel gibt keine Antwort auf die Frage , warum es kein gesellschaftlich relevantes Zusammengehen von Bürger- und Arbeiterbewegung zu jenem Zeitpunkt, als die alten Machtstrukturen wie ein Kartenhaus zusammenfielen, gegeben hat. Für eine genaue Analyse der Situation ist es jedoch nicht unerheblich zu wissen, welche Rolle der "Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" (FDGB), die einzige Gewerkschaft der DDR, 1989 gespielt hat, ob es Gründungen alternativer Interessenvertretungen der Lohnabhängigen gab und wie es aktuell um die Gewerkschaften steht.

Kurzer historischer Rückblick

In der damaligen Sowjetischen Besatzungszone ging der Gewerkschaftsaufbau rascher als in den Westzonen Deutschlands voran. Mit dem Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militäradministration wurde bereits am 10.7.1945 das Recht zur Vereinigung in Gewerkschaften gewährt. Schon im Februar 1945 folgte die Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der als Einheitsgewerkschaft die Zersplitterung in Richtungs- und Berufsverbände überwinden sollte. Nach einem kurzen Zwischenspiel von einem Jahr wurde allerdings bald besiegelt, welche Rolle die Gewerkschaften in der DDR zukünftig eigentlich zu spielen hätten: auf der "Bitterfelder Konferenz" beschlossen die Delegierten die völlige Unterordnung gewerkschaftlicher Interessen unter partei- und regierungspolitische Ziele.

Die inhaltliche und personelle Nähe zur SED gab dem FDGB auch sein besonders zentralistisches Gepräge. Der Bundesvorstand leitete nicht nur die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften, er verteilte auch die finanziellen Mittel. Diese "Entmündigung" der Mitgliedsgewerkschaften sollte in den Wochen seiner Auflösung eine besondere Rolle spielen.

Parteitreue und Zentralismus waren jedoch nur die Bewegungsform des FDGB, um seiner eigentlichen Funktion gerecht werden zu können: das sozialistische Eigentum zu achten und zu mehren und alle Kraft für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes einzusetzen. Ausgehend davon, daß mit der Übernahme des Eigentums durch den Staat keine Interessengegensätze mehr zwischen "Arbeitnehmern" und "Arbeitgebern" zu vermitteln seien, verzichtete die Gewerkschaft von Anfang an auf ein Streikrecht und führte in 40 Jahren keinen Arbeitskampf und keine Tarifverhandlung durch. Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen wurden zentral von der Regierung festgelegt, worauf dann regelmäßig der Dank des FDGB folgte.

Um die Entwicklung des Herbstes 89 zu verstehen, ist diese kurze Schilderung des Selbstverständnisses des FDGB als harmonischem Bestandteil eines von Partei und Regierung organisierten Wirtschaftslebens nicht unerheblich. Zwar hatten die meisten seiner immerhin 8 Millionen Mitglieder keine Illusionen über die wahre Funktion des FDGB - seine Inkompetenz war in aller Munde -, von einem Widerstand gegen seine Praktiken kann jedoch weder in den 40 Jahren DDR noch im Herbst 89 die Rede sein. Die Arbeiter und Angestellten warteten ab, sie verweigerten ihre Loyalität - eine Loyalität, die an Korruption grenzte, wenn man weiß', daß viele Gewerkschaftsmitglieder wegen der durch den FDGB verteilten Reisen Mitglied waren und blieben - , sie distanzierten sich vom FDGB, sie ergriffen jedoch keine Initiative. Aber "keine Illusionen haben" und den Charakter des FDGB so offenzulegen, daß es zum Handeln zwingt, sind zweierlei Dinge. Die Diskussionen im November und Dezember 1989 machten deutlich, wie wenig Klarheit in den Köpfen darüber herrschte, welche Rolle Gewerkschaften eigentlich zu spielen hätten, ob die Unternehmer auch Mitglied einer Gewerkschaft sein könnten, wie man es mit der Beteiligung von Gewerkschaften in den Parlamenten halten sollte u.ä.m. Noch im November wurde in Leserbriefen polemisch gefragt: "... Arbeitsniederlegun-

gen gegen wen? Etwa der Besitzer gegen sich selbst? ... Arbeitsniederlegung ist eine bewährte Waffe der Arbeiter im Kapitalismus! Im Sozialismus sind sie wesensfremd."

Kurz: die Politik des FDGB hat mit dazu beigetragen, daß im Herbst 1989 eine Masse von Lohnarbeitern existierte, die kein Bewußtsein ihres gesellschaftlichen Standes hatten, keine Praxis des Klassenkampfes (Zwei Arbeitergenerationen, die keinen Streik in ihrem Arbeitsleben kennengelernt hatten!) und kein Selbstbewußtsein, sich als Lohnarbeiter gegen die Unternehmerseite durchzusetzen. Ein beginnender Lernprozeß fand nach wenigen Wochen sein schnelles Ende.

Der FDGB in der "Wende":

"In angestrengter Arbeit leisten wir an der Seite der SED und unter ihrer Führung unseren Beitrag für die Wende..." (Stellungnahme des FDGB-Bundesvorstandes, 31.10.89)

Die Chronik der Demontage des FDGB vom Sommer 1989 bis zu seiner Auflösung im Mai 1990 zeigt noch einmal das ganze Dilemma seiner Funktion. Wie keine andere Organisation oder Partei stand er bis zum "bitteren Ende" an der Seite der SED und entfernte sich mit jedem nächsten Schritt, mit jeder neuen Äußerung, weiter von dem, was die Bevölkerung der DDR erwartete. Als die Ausreisewelle und Massenfluchtbewegung alle Gemüter erregte, übernimmt die FDGB-Zeitung kommentarlos die Meldungen der SED-Nachrichtenagentur, derzufolge man den fliehenden DDR-Bürgern "keine Träne nachweinen" solle. Die Übergriffe der Polizei am 40. Jahrestag der DDR wurden verteidigt und die Demonstranten als Republikfeinde denunziert. Kritiken von der Gewerkschaftsbasis, etwa in Form eines offenen Briefes von Mitgliedern eines großen Berliner Metallbetriebes, stoßen beim Bundesvorstand auf taube Ohren - Harry Tisch reagiert nicht. Das ist insofern hervorzuheben, als es bereits im ganzen Land offen geführte Auseinandersetzungen der Bürger mit Partei- und Regierungsvertretern gab. Nicht so der FDGB! Erst einen Tag, nachdem das Politbüro der SED den Dialog beschlossen (!) hat, signalisiert auch der FDGB Dialogbereitschaft. Sie wirkt halbherzig, die Funktionäre der Gewerkschaften sind selbst hilflos, sie wissen ihren Mitgliedern nichts zu sagen und verharren in scheintoter Haltung.

Wie reagieren nun die 8 Millionen organisierter Mitglieder auf das offensichtliche Versagen ihres Interessenverbandes?

Ab November 1989 setzt eine massenhafte Austrittswelle ein, von der übrigens heute noch keine endgültigen Zahlen bekannt sind, was wiederum nicht verwundert, denn der DGB hat inzwischen seine Sympathie denen bekundet, die dort aushielten: man dürfe seine Mitgliedschaft im FDGB angerechnet bekommen, allerdings nur dann, wenn man durchgängig Mitglied gewesen sei, ließ er verfügen...

Viele im FDGB verbleibende Gewerkschafter zahlen ihre Beiträge nicht mehr oder auf ein Sperrkonto. In den Gewerkschaftszeitungen beschwören die Funktionäre die Mitglieder, doch um Gottes Willen zu zahlen, weil ansonsten mit dem Bankrott des FDGB zu rechnen sei. Die Töne, die von den Kollegen in den Betrieben angeschlagen werden, klingen immer zorniger: "... Wir sind empört und fassungslos über so viel Opportunismus seitens der Gewerkschaftsführung", schreibt ein Kollektiv aus dem Buchdienst Berlin. "Ihr hattet lange genug Zeit, um auf die Probleme unserer Zeit zu reagieren. Die Revolution fing nicht erst am 7./8. November an. Ihr verhindert keine Spaltung, eure Arbeitsunfähigkeit fördert sie! Wir teilen Euch mit: Unsere FDGB-Mitgliedschaft ruht. Unsere Beiträge zahlen wir auf ein Sonderkonto ein und stellen es nach Prüfung unseren Interessenvertretern zur Verfügung..."

Der Hauptzorn entlädt sich, als ab Anfang November ein Skandal nach dem anderen durch die Zeitungen jagt. Machenschaften von FDGB-Funktionären werden aufgedeckt, die Proteste aus den Betrieben zwingen einige von ihnen zum Rücktritt. Der Bundesvorstand sieht sich auf Druck der Basis gezwungen, den Forderungen nach Aufdeckung der Finanzlage des FDGB nachzugeben. In den folgenden Wochen häufen sich zu diesem Thema die Berichte: Millionen Mark hätte das Präsidium der Jugendorganisation FDJ zur Verfügung gestellt und der Vorsitzende Harry Tisch nach Lust und Laune Valuta-Mittel an Verwandte und Freunde verschenkt. Eine Kommission zur "Untersuchung von Amtsmißbrauch und Korruption im FDGB" wird

Aufruf
Kolleginnen und Kollegen!

Was hat der FDGB in 40 Jahren für uns getan?
Hat er die Frage der Arbeitszeitverkürzung als ständige Forderung an die Betriebsleitung gerichtet? Warum hat er nicht die 40-Stunden-Woche mit uns erkämpft?
Hat er dafür gesorgt, daß unsere Löhne der schleichenden Inflation angepaßt werden? Warum sind nicht ständige Tarifverhandlungen über Lohnerhöhungen geführt worden?
Wo stehen die Funktionäre des FDGB, wenn in unserem Betrieb neue Normen eingeführt werden? Auf unserer Seite? Verhindern sie die Normen, bevor nicht klar ist, daß wir auch entsprechend bezahlt werden?
Wie kann der FDGB als unser angeblicher Interessenvertreter es zulassen, daß wir im Durchschnitt 10 Tage weniger Urlaub haben als unsere Kollegen im Westen?
Hat der FDGB sich für die Herabsetzung des Rentenalters stark gemacht?
Haben wir schon mal erlebt, daß die Betriebsgewerkschaftsleitung den staatlichen Plan in unserem Interesse nicht akzeptiert? Haben wir überhaupt schon mal erlebt, daß die Gewerkschaft etwas gegen den Staat und die Partei für uns durchsetzt?
40 Jahre ohne eigene Interessenvertretung sind genug!
Wir dürfen uns nicht mehr organisieren lassen, auch nicht von "neuen Männern" - wir müssen uns selbst organisieren. Die nächsten Jahre werden für uns kein Zuckerschlecken. Die Daumenschrauben sollen angezogen werden. Die Preise werden steigen, die Löhne kaum. Wenn Subventionen wegfallen, trifft es vor allem uns. Der Staat fordert Leistung, bald wird er mit Entlassung drohn. Wir sollen die Karre aus dem Dreck ziehen!
Wenn der Lebensstandard für die meisten von uns nicht erheblich sinken soll, brauchen wir eigene Interessenvertretungen.

- Beruft Vollversammlungen ein und fordert Rechenschaft von der Betriebsgewerkschaftsleitung!
- Ernennt Kollegen aus euren eigenen Reihen zu Sprechern!
- Laßt diese Kollegen eure Forderungen an die Betriebsleitungen stellen!
- Stellt euch hinter diese Kollegen, wenn sie Schwierigkeiten bekommen!
- Macht die Ergebnisse sofort öffentlich, das schützt vor Repressalien!
- Sucht den Kontakt zu Kollegen in anderen Betrieben!
- Gründet unabhängige Gewerkschaften!

(...)

gebildet (Dezember 89). Als später auf dem Sonderkongreß des FDGB (31.1./1.2.90) die Untersuchungskommission Berichte über die Privilegien und Amtsmißbräuche der FDGB-Führung vorlegt, wird es zu tumultartigen Szenen kommen.

Es ist schon interessant zu wissen, daß eine erste Streikwelle, die im Land ausbricht, sehr eng mit diesen und anderen Enthüllungen privilegierter Lebensweisen der Funktionäre zusammenhängt. Offensichtlich ist es weniger die Tatsache, daß der FDGB sich unfähig gezeigt hat, ihre Interessen zu vertreten, die die Arbeiter "auf die Barrikaden" treibt, sondern die Wut auf Funktionäre, die auf ihre Kosten ein gutes Leben geführt haben.

Alternativen ohne Alternative?

Bevor über alternative gewerkschaftliche/betriebliche Bewegungen im Herbst 89 gesprochen wird, sei an die Tatsache erinnert, daß es vor dieser Zeit in der DDR keine Opposition gegeben hat, die sich mit der Situation der Lohnabhängigen als Lohnabhängige beschäftigte. Die Friedens- und Menschenrechtsgruppen der DDR hatten kaum Verbindungen zu Betrieben, alles, was im Herbst zu diesem Thema erdacht, alles, was praktisch gemacht wurde, geschah aus dem Augenblick heraus.

Dennoch kann man rückblickend drei alternative "Angebote" ausmachen, die sich zwar teilweise überschneiden, deren Grundintentionen sich jedoch deutlich unterscheiden.

Zum einen gab es eine starke Bewegung im FDGB selbst, deren Protagonisten massiv und häufig sogar drohend Forderungen nach Reformen stellten und die sich vor allem gegen die "Zentrale" richtete. Getragen wurde diese Bewegung u.a. von den Lehrern und Schülern der gewerkschaftseigenen Hochschule in Bernau, die sich sehr früh schon mit einem Diskussionspapier "Wie könnte eine Wende in der Gewerkschaftsarbeit aussehen?" an die Öffentlichkeit wandten. Eigentlicher Träger dieses Gedankens waren aber bestimmte Kräfte auf den verschiedenen Ebenen der Einzelgewerkschaften, die mit ziemlicher Geschwindigkeit auf ihr Ziel losstürmten: Zerschlagung der zentralistischen Strukturen des FDGB, Aufbau autonomer, dezentraler Einheiten und Schaffung finanzieller Unabhängigkeit der Mitgliedsgewerkschaften vom Bund. Auf dem Sonderkongreß des FDGB Ende Januar holten sie "zum ersten Schlag" aus; vor allem die IG-Metall und die IG Transport und Verkehr kämpften zwei Tage lang für eine größere Eigenständigkeit. Dieser Kampf ging noch unentschieden aus, die Leitungen der Gewerkschaften waren unzufrieden. Erst in einem "zweiten Schlag", der mit dem Rücktritt des Vorstandes im Mai 1990 endete, war der erwünschte Zustand erreicht.

Wenn es sich letztlich auch um eine quasi apparatinterne Auseinandersetzung gehandelt hatte, fand sie zeitweilig durchaus im Interesse der Mitgliedsbasis statt, der eine Zerschlagung zentralistischer Strukturen ebenfalls vorschwebte. Die Reformaktivitäten verschwanden folgerichtig mit der Auflösung des FDGB von der politischen Bühne.

Ein zweiter Vorschlag, der die Veränderungen in den Betrieben zum Gegenstand hatte, waren die Aufrufe zur Gründung von Betriebsräten, etwas tatsächlich Neues, denn in der DDR hatte es diese Einrichtung, von einer kurzen Zeit zwischen 1945 und 1950 abgesehen, nicht gegeben. Der Informationsbedarf über Inhalt und Funktion von Betriebsräten war also groß und es verging kaum eine Versammlung, auf der nicht das Für und Wider abgewogen wurde.

Der Umstand, daß hinter demselben Namen "Betriebsrat" verschiedene Vorstellungen steckten, erschwerte eine Formierung erheblich. So wurden Betriebsräte nach BRD-Modell propagiert, Betriebsräte, die einiges mehr an Mitsprache haben sollten, als das westliche Modell vorsah, aber auch Betriebsräte, die stärker am Rätemodell der Novemberrevolution in Deutschland orientiert waren. Derselbe Begriff tauchte so bei Parteien und Bürgerbewegungen ganz unterschiedlichen Charakters auf, die SED-Nachfolgepartei PDS favorisierte den "gemäßigt veränderten" Betriebsratsgedanken, die Vereinigte Linke das "klassische" Rätemodell, und der DGB dann ab März 1990 natürlich das "bewährte" westdeutsche Betriebsratsgesetz.

Wie groß die Verbreitung des kämpferischen Rätegedankens in den Betrieben der DDR gewesen ist, kann ich nicht einschätzen.

Tatsächlich hatten sich die verschiedensten Betriebsratsgruppen zwischen No-

Eine Mitteilung in eigener Sache

Die Initiative für unabhängige Gewerkschaften ist entstanden, weil ihre Mitglieder davon ausgehen, daß der FDGB in seiner bisherigen Arbeit die Interessen der Werktätigen nur sehr ungenügend oder gar nicht vertreten hat und es keineswegs sicher ist, daß sich daran etwas Wesentliches ändert. Solange in den Führungsetagen bloß Personen gegeneinander ausgetauscht werden, die sämtlich dem alten Kaderbestand angehören, scheint uns die Skepsis angebracht. Wir meinen überhaupt, daß unsere Interessenvertretung nicht irgendwelchen hauptamtlichen Funktionären überlassen werden kann - wir müssen uns selbst darum kümmern. Die alte Kommandostruktur muß dadurch überwunden werden, daß wir die Probleme an der Basis diskutieren, Maßnahmen und Forderungen beschließen, Leute mit ihrer Durchsetzung beauftragen, die wir für geeignet halten und die wir jederzeit abwählen können, wenn sich herausstellt, daß wir uns in ihnen getäuscht haben.

Wenn wir daher unabhängige Gewerkschaften sagen, meinen wir das im doppelten Sinne: einerseits Unabhängigkeit unserer Organisation vom Diktat des Staates, einer Partei oder der Betriebsleitung und andererseits Unabhängigkeit der Mitglieder selbst in ihrer eigenen Gewerkschaft, d.h. keine Unterordnung unter die Beschlüsse der Leitungen, sondern Unterordnung der Leitungen unter die Beschlüsse der Belegschaften.

Dagegen kann es natürlich keine Unabhängigkeit von den ökonomischen Zwängen geben. Wir können nicht Löhne verlangen, die unbezahlbar sind, wir können keine Arbeitszeitverkürzung verlangen, die die gesamte Wirtschaft ruinieren würde, wir können keine Preise verlangen, die unterm Strich die Kosten nicht decken. Aber wir können sehr wohl verlangen, daß wir sämtliche Informationen darüber erhalten, statt wie bisher belogen und betrogen zu werden, denn erst aus der Kenntnis der Fakten lassen sich begründete Forderungen ableiten. Ebenso können und müssen wir verlangen, daß der bürokratische Verwaltungsapparat auf allen Ebenen abgebaut wird, und wir können auch nicht hinnehmen, daß wir jetzt durch neue Opfer eine Suppe auslöffeln sollen, die nicht wir uns eingebrockt haben, sondern die eine selbstherrliche und inkompetente Führung zu verantworten hat. Durchsetzung des Leistungsprinzips darf daher nicht heißen, noch mehr Arbeit bei der gleichen schlechten Bezahlung und vor allem ungenügender Versorgung von uns zu verlangen; in einer sinnvolleren Arbeitsorganisation liegen genügend Reserven, die Produktionsergebnisse erheblich zu verbessern, ohne daß Abstriche am Lebensstandard notwendig sind. Das Gegenteil müßte uns jedenfalls erst einmal bewiesen werden.

Wenn wir all diese Fragen in den Griff bekommen wollen, brauchen wir unabhängige Gewerkschaften, ganz gleich, ob sie aus einem umgestalteten FDGB hervorgehen oder ob es notwendig wird, eigene Organisationen zu gründen, wie wir vermuten. Unsere Initiative sieht sich nun aber nicht als der Keim neuer oder erneuerter Gewerkschaften. Die müssen überall entstehen, wo Werktätige selbst meinen, daß sie lange genug organisiert worden sind, und daß es jetzt darauf ankommt, sich selbst zu organisieren. Eine solche Entwicklung wollen wir unterstützen.

(...)

vember und Februar 1990 gebildet, von denen aber sicher die meisten als "Vorläufer" der dann später installierten Betriebsräte nach BRD-Muster angesehen werden müssen.

Eine dritte Variante der betrieblichen/gewerkschaftlichen Bewegungen des Herbstes 89 orientierte sich stärker am gewerkschaftlichen Gedanken außerhalb des FDGB. Ende Oktober 1989 wird die "Initiative für unabhängige Gewerkschaften" in Berlin ins Leben gerufen, ihren Aufruf verliest der Dramatiker Heiner Müller auf der großen Protestdemonstration am 4. November auf dem Alexanderplatz (siehe Kasten auf Seite 25); es ist das erste und wohl bislang auch das letzte Mal, daß sich ein bekannter Künstler oder Wissenschafter des Landes direkt für die Interessen der Arbeiter einsetzt, eine Brücke zwischen den Forderungen der Geistesschaffenden und den in der materiellen Produktion Arbeitenden schlagen will. Später wandten sich viele Intellektuelle enttäuscht von den Massen ab, die laut ihren Bedarf nach westlichem Lebensstandard einforderten.

Die "Initiative für unabhängige Gewerkschaften" eröffnete ein Büro, in das Woche für Woche zahlreiche Vertreter neugegründeter Basisgruppen kamen, um ihre Erfahrungen austauschen zu können. Sie diskutierten darüber, ob man den FDGB noch reformieren könne, daß man die Gewerkschaften von den Parteien unabhängig machen müsse, wie man auf die Betriebsleitungen Druck ausüben solle und wie eine basisdemokratische Gewerkschaftsbewegung auszusehen habe. Im Januar 1990 hatten sich 250 Anhänger der Idee einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in die Kartei der "Initiative" eingetragen, hinter denen jeweils Gruppen zwischen 5 und 200 Mitgliedern standen. Sieht man sich die vielen Aufrufe, Forderungskataloge und Gründungsdokumente dieser Zeit an, die aus den Betrieben kamen, wird deutlich, daß hier sehr verschiedene Interessen von Lohnabhängigen formuliert waren, wobei die der Angestellten dominierten, die während der "Wende" zu den Aktivsten gerechnet werden müssen, und daß die Vorstellungen über eine "richtige" Interessensvertretung weit auseinandergingen. Nur ein Teil von ihnen stand hinter der von den Mitgliedern der "Initiative" getragenen Intention: Es müsse zunächst ein Prozeß initiiert und organisiert werden, in dessen Verlauf die Werktätigen es erlernen, ihre Interessen selbst zu vertreten. 40 Jahre zentralistischer Herrschaft haben jeden Ansatz von Arbeiterdemokratie und Selbstverwaltung verhindert. Und erst, wenn dieser Lernprozeß einer Bewegung "von unten" zu einer neuen, alternativen Gewerkschaftsgründung führe, werde man eine derartige Gründung unterstützen. (Siehe Kasten auf dieser Seite)

Das Ergebnis ist bekannt: zu einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung kam es nicht. Dennoch darf nicht unterschätzt werden, daß in diesen wenigen Wochen ein Lernprozeß begann, an dem einige Hunderttausend Arbeiter und Angestellte aktiv beteiligt waren, und der in Ansätzen auch zu dem nötigen Selbstbewußtsein geführt hat, sich als sozialer Gegner der Unternehmer zu verstehen, seien sie nun aus Ost oder West. Die Kette der "wilden Streiks" ist ein Ausdruck dafür.

Vom FDGB zum DGB ...

Im März 1990 brach dieser Prozeß abrupt ab, die Basisgruppen lösten sich auf, einige traten geschlossen in die neuen Westgewerkschaften über oder wurden als dann gewählte Betriebsräte Teil des Managements. Was war geschehen? Wie sah die gewerkschaftliche Gesamtsituation im Frühjahr 1990 aus?

Der FDGB war mit dem Austausch von Funktionären sowie mit den laut Beschluß des Sonderkongeresses bis zum März aufzulösenden Bezirks- und Kreisstrukturen beschäftigt. In den Betrieben hatte er quasi keine Funktion mehr, die Betriebsangehö-

Kommunikation, die Spaß macht

RADIO VON UNTEN

Das alternative Medienmagazin

und zwei weitere Fachzeitschriften im Verlag Rainer Pinkau:
Radio Magazine (monatlich Englisch) und Kurzwelle in Deutsch.

Ansichtsexemplare erhalten Sie gegen DM 2.00 in Briefmarken beim:

Kurzwellen-Pressedienst
Weender Str. 30
3400 Göttingen 1
Tel. 0551/5 51 21
Fax 0551/4 48 71

rigen versuchten hier und da aus der Angst heraus, nun keine Interessenvertretung mehr zu haben, die alten BGL-Strukturen in eine Art Betriebsrat umzufunktionieren. An die Reform des FDGB glaubte jetzt wohl keiner mehr.

Die Lage wurde tatsächlich immer bedrohlicher für die Arbeiter und Angestellten der DDR-Betriebe: die alten Betriebsleitungen agierten willkürlich, nutzten das entstandene Vakuum für ihre Interessen, die Modrow-Regierung setzte auf alles andere, nur nicht auf eine basisorientierte Bewegung in den Betrieben, und die Bürgerbewegungen hatten immer noch keinen Zugang zur Betriebsproblematik gefunden, im Gegenteil, entsetzt über deren Wunsch nach sogenannter Wiedervereinigung wandten sie sich von der Masse der Bevölkerung ab. (Erst viel später schreibt die Bürgerrechtlerin Bärbel Böhley: "Es ist eine Schwäche gewesen, nicht bereits im Frühjahr verstärkt in die Betriebe gegangen zu sein und zu erklären, wie man selbst Gewerkschaften aufzubauen habe, um die eigenen Interessen zu vertreten." (BZ, 19.10.90)

Der eigentliche "Todesstoß" wurde den gewerkschaftlichen Basisgruppen jedoch von einer ganz anderen Seite versetzt. Ende Februar traten die zunächst noch inoffiziellen ersten Vertreter der westdeutschen Mitgliedsgewerkschaften auf und informierten die DDR-Bürger über ihre Rechte und Pflichten in ihrer Gewerkschaft. Manche hatten auch gleich Beitrittsformulare mitgebracht! Im März ließ der DGB dann den FDGB "offiziell" fallen und rief die Einzelgewerkschaften auf, sich unter sein schützendes Dach zu begeben. Freudig oder resigniert wurde überall die Arbeit der unabhängigen Basisgruppen eingestellt; gegen einen derart mächtigen Gegner anzutreten, erschien einfach sinnlos.

Zur schäbigen Rolle des DGB sei noch angemerkt, daß sein Verhalten in der gesamten "Wendezeit" ausschließlich von eigenen Machtinteressen geprägt war. Im November/Dezember, als ihm noch unentschieden zu sein schien, ob der FDGB eine "innere Reform" schaffen würde, gab es wohlwollende Kommentare vom DGB-Vorsitzenden zur Arbeit des FDGB. Zu dieser Zeit trompeteten beide Organisationen noch unisono, daß die Aktivitäten der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung die Einheit der Lohnabhängigen zerstören würden - eine für diese historische Situation schädliche und demagogische Formel. Und erst als der FDGB an Macht und Einfluß verlor, hörte man plötzlich kritische Töne vom DGB, das Gerangel um Mitglieder und Gelder des brachliegenden Konkurrenten begann.

... und wie weiter ?

Besonders depremierend für alle Aktiven der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung war es, beobachten zu müssen, mit welchen großen Erwartungen die ehemaligen FDGB-Mitglieder zum DGB überwechselten. Und tatsächlich hatte er einiges zu bieten, z.B. die damals besonders notwendige Rechtsschutzberatung. Völlig unkritisch und im Vertrauen auf den Gewerkschaftsapparat versprachen sich die meisten DDR-Bürger, nun endlich "richtig" vertreten zu werden.

In dieser Situation veränderte die "Initiative für unabhängige Gewerkschaften" im Sommer 1990 Arbeitsgegenstand und Namen ihrer Gruppe, sie nannte sich fortan "Initiative kritische Gewerkschaftsarbeit". Ein Jahr nach dem 4. November 1989 stellte sie ihre Arbeit auf der Berliner Alexanderplatzdemo vor (siehe Kasten auf S. 28) Die selbstgestellte neue Aufgabe, sich mit der Arbeit des DGB kritisch auseinanderzusetzen, war damals vor allem Ergebnis der Gespräche mit vielen westdeutschen linken Gewerkschaftern und Betriebsräten.

Inzwischen hat sich bestätigt, was als Ahnung im Spätsommer 1990 zu dieser neuen Orientierung führte: Nach einer kurzen Zeit der Begeisterung für die neuen Gewerkschaften - der Organisationsgrad schnellte auf die für westdeutsche Gewerkschaften traumhafte Zahl von 50-60% in den neuen Ländern hoch - trat Ernüchterung ein. Das lag zum einen an der passiven Haltung der ehemaligen DDR-Bürger, die da meinten, eine Gewerkschaft funktioniere wie ein gut organisiertes Dienstleistungsunternehmen. Als langsam durchsickerte, daß die Gewerkschaft eigentlich gar nichts "zu bieten" habe, wandte man sich enttäuscht wieder ab.

Eine zweite Ursache dafür, daß die westdeutschen Gewerkschaften inzwischen äußerst mißtrauisch betrachtet werden, liegt in der Struktur und Funktionsweise des DGB/IG selbst begründet. Die gesamte Aktivität des DGB war darauf gerichtet, seine Strukturen von oben nach unten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR "durchzustellen", also die technische Übertragung des Apparates vorzunehmen, ein aus seiner Sicht recht mühseliges Geschäft, dem alle menschlichen und organisatorischen Voraussetzungen fehlten, und das ist heute nicht anders. Daneben konzentrierten sich die Gewerkschaften, ganz wie in den alten Bundesländern, darauf, "ihren Mann" in den Betriebsrat zu bekommen. Das Angebot an Betriebsräteschulungen war groß und überstieg bei weitem die Schulungen für die Vertrauenskörper der Gewerkschaften, eine Schwerpunktsetzung, die angesichts der Tatsache, daß die Betriebsräte in vielen Fällen nur noch die Betriebsschließungen "sozialverträglich" zu begleiten hatten, verheerend war. Offensichtlich hatte der DGB nicht mitbedacht, daß "Standorte" nur verteidigt werden können, wo es noch Standorte gibt ...

Und nicht zuletzt nahmen das Gerangel um Mitglieder und interne Organisations-

Kolleginnen und Kollegen!

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben uns in den letzten Wochen mit einer Flut von Informationen zur Funktion, zum Aufbau und zur Arbeitsweise westlicher Gewerkschaften überschüttet.
Dagegen ist nichts einzuwenden, denn als ehemalige DDR-Arbeitnehmer müssen wir rasch für künftige Auseinandersetzungen gerüstet sein. Von Unternehmerseite wird versucht, die Marktwirtschaft in der ehemaligen DDR auf brutalste Weise durchzusetzen. Dabei nutzen sie unsere Unsicherheit und unsere fehlende Erfahrung aus. Deshalb werden uns demnächst harte Arbeitskämpfe ins Haus stehen, um unsere Rechte durchzusetzen. Dafür brauchen wir Gewerkschaften, in denen wir unsere Interessen wirkungsvoll vertreten können.
Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Forderungen werden von den Gewerkschaftsleitungen nicht automatisch aufgegriffen. Darum ist Druck von unten nötig. Keinesfalls dürfen wir dem Gewerkschaftsapparat unkritisch gegenüberstehen, denn wie sich Apparate verselbständigen können, haben wir in 40 Jahren kennengelernt.
Von westdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern wissen wir, daß auch im DGB mehr als nur kleine Korrekturen anstehen. Die massive Kritik dieser Kolleginnen und Kollegen richtet sich gegen den bürokratischen Apparat, gegen die ungenügende Berücksichtigung der Basisinteressen und immer wieder dagegen, daß es fast unmöglich gemacht wird, Veränderungen in der Leitungsarbeit von unten nach oben durchzusetzen. Ihre Erfahrungen lehren uns: Aufbau und Strukturen des DGB haben durchaus sehr undemokratische "Haken", von der Praxis ganz zu schweigen. Da gibt es Ausschlüsse wegen "Unvereinbarkeit", Koalitionsgesetze, die rasche Verbote ermöglichen, undurchschaubare Gesetzgebungen und -zig Möglichkeiten, Einflüsse der Basis auf die Entscheidung der Gewerkschaftsleitung zu verhindern.
Viele Kollegen in der ehemaligen DDR versprechen sich einiges von ihrem Eintritt in den DGB und sie haben nicht unrecht, verglichen mit der Unfähigkeit des FDGB, Lohnforderungen zu stellen und Arbeitskämpfe zu organisieren. Zugleich müssen wir den neuen Funktionären aber auf die Finger schauen und uns von der Illusion verabschieden, daß ohne Druck von unten die Gewerkschaftsleitung zu radikalen Forderungen bereit ist.
Auch in der Gewerkschaft muß es also zukünftig heißen: "Verlaßt euch bloß nicht auf eure Leitungen!"

Initiative kritische Gewerkschaftsarbeit (IKG)
Frankfurter Allee 286
O-1130 Berlin
Mittwoch 18.00 - 20.00 Uhr
Telefon: 525 29 28
ehemals Initiative für unabhängige Gewerkschaften (IUG)

abgrenzungsstreits zwischen den Mitgliedsgewerkschaften einige Kraft und Zeit in Anspruch.

Was die westdeutschen Gewerkschaften "vergaßen", war, ein Konzept anzubieten, das mit Blick auf die neuen Bedingungen hätte erarbeitet werden müssen. Sie haben der Kapitalentwicklung keine Strategie eines veränderten gewerkschaftlichen Verhaltens entgegengesetzt, eine Forderung, die sich durchaus noch im Rahmen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses bewegt. Der Einbruch erfolgte schnell. Angesichts der Tarifverhandlungen der IG-Metall und der ÖTV im Frühsommer 1991, spätestens aber als die Ergebnisse vorlagen, machte sich Resignation unter den Mitgliedern breit, zahlreiche Austritte wurden gemeldet. Die Orientierung des DGB auf den gewerkschaftlichen Apparataufbau von oben hatte mit sich gebracht, daß teilweise in ganzen Regionen und Branchen keine betriebliche Funktionärsebene vorhanden war, es gelang überhaupt nicht, die Absichten der Gewerkschaftsleitungen an die Basis zu transportieren, von der fehlenden Informationsmöglichkeit der Basis an die Leitungen ganz zu schweigen. Empörung darüber machte sich breit, wie hier über die Köpfe der Mitglieder hinweg ge- und verhandelt wurde. Transparenz und Öffentlichkeit bei Tarifverhandlungen wurden in hunderten Protestschreiben z.B. beim IGM-Vorstand in Frankfurt eingeklagt. Vor allem aber die Tarifergebnisse selbst wurden zum Anlaß heftiger Kritik. Zum einen, weil die "erstrittenen" Prozente vom Westlohn sich als Farce erwiesen, denn Eingruppierungen, längere Arbeitszeiten und Nichtanerkennung von Dienstzeiten verringerten im Endeffekt die Löhne erheblich. Zum anderen, weil die Fixierung auf den Lohn bei Tarifkämpfen das ganze Ausmaß einer konzeptionslosen Gewerkschaft zum Ausdruck brachte: bei einer Arbeitslosenrate von 17% (Stand 7.2.92) und Entlassungszahlen, die 3/4 einer Belegschaft umfassen können, ist eine Politik, die vom "großen Kuchen" ein Stück rausschneiden will, fehl am Platz. Wenn nicht strukturpolitische Veränderungen eingeklagt werden, die über die traditionellen Forderungen der Gewerkschaften hinausgehen, wird am Ende nur ein kleiner Teil der Lohnabhängigen "in den Genuß" der höheren Löhne kommen. Das ist in aller Munde, nur die Gewerkschaften kommen über Appelle an den Staat und die Unternehmer nicht hinaus, sitzen nutzlos (abgesehen vom Nutzen für die eigene Person!) in allen Entscheidungsgremien und halten ängstlich Ausschau, ob nicht irgendwo das Faß überzulaufen droht.

Ich möchte keine Spekulationen anstellen, ob die Ängste der Gewerkschaftsfunktionäre berechtigt sind, im Augenblick scheint es eher so zu sein, daß sich die meisten Lohnabhängigen zurückziehen, was einer Atomisierung gleichkommt.

Ihre Desillusionierung und kritische Sicht auf den DGB ist aber auch Anknüpfungsmöglichkeit für eine linke Gewerkschafts- und Betriebspolitik. Neben der "Initiative kritische Gewerkschaftsarbeit" gibt es andere Gruppierungen, (z.B. "Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost West" in Berlin) in denen sich Ost- und Westlohnabhängige zusammenfinden, um das zu tun, was die Gewerkschaften nicht wollen oder nicht können: Solidarität zwischen den Lohnabhängigen beider Gebiete herzustellen, gegenseitige Informationen über die jeweilige Situation auszutauschen, über notwendige Strukturveränderungen zu sprechen und sich über Arbeitskampfmaßnahmen zu verständigen, die den gewerkschaftsoffiziellen Rahmen sprengen.

Diese Aktivitäten beobachtet der DGB naturgemäß äußerst mißtrauisch, denn wenn auch in solchen Veranstaltungen kein Signal zum Sturm geblasen wird, entwickelt sich hier doch ein Selbstbewußtsein, das gewerkschaftliche Vertreterpolitik in Frage stellt und in den konkreten Forderungen über ein "sozialpartnerschaftliches" Verständnis ihrer Interessensvertretung hinausdrängt. Das, vor allem bei den Lohnabhängigen Ost, aufzubauen, ist angesichts der noch zu erwartenden sozialen Spannungen nicht nur eine Frage der "politischen Kultur", sondern eine Existenzfrage.

Die "neue" Gewerkschaft gibt es noch nicht

von Adam Novák

●Die Gewerkschaftsbewegung in der CSFR steht im Umbruch. Die ehemalige staatstreue ArbeiterInnenvertretung hat abgedankt, die neue muß ihre Identität erst finden. Der Wunsch, Mitverantwortung für die Wirtschaftsreformen zu tragen, bestimmt diese Suche ebenso wie das Bewußtsein, Teilaspekte dieser Reform bekämpfen zu müssen. Die immer stärker hervortretenden sozialen Gegensätze zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Teil des Landes machen die Suche nach einer neuen Gewerkschaftsidentität nicht gerade leichter.●

Die alten tschechoslowakischen Gewerkschaften gingen mit dem System unter, das sie geschaffen hatte. Arbeitervereinigungen in jedem einzelnen Betrieb waren eine der Säulen der "Samtenen Revolution" von 1989. Diese Vereinigungen schlossen sich zum nationalen "Verband der Streikkomitees" zusammen, dem es gelang, die alten Gewerkschaften zur Auflösung und zur Übergabe ihrer Gebäude und Ressourcen an die neuen Gewerkschaften zu zwingen, die zu Beginn 1991 gegründet wurden[1].

Die meisten Gewerkschaften in der CSFR gehören der Tschechisch-Slowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände (CS KOS)[2] an, der ca. 5.250.000 Mitglieder zählt und sich aus 41 Gewerkschaften zusammensetzt[3].

Obwohl die neuen tschechischen[4] Gewerkschaften die Ressourcen der staatlichen Gewerkschaften übernommen haben, sind sie noch sehr schwach. Generell läßt sich sagen, daß die ArbeiterInnen von der Notwendigkeit eines Gewerkschaftbeitritts nicht überzeugt sind. Viele ArbeiterInnen zahlen Gewerkschaftsbeiträge, aber wenige identifizieren sich mit der Gewerkschaft oder vertrauen auf sie. Nur wenige sehen sie als eine Organisation zur eigenen Selbstverteidigung an. Die meisten Gewerkschaften sind in den Betrieben sehr schwach. Die wichtigste Ausnahme ist die Bergbau-, Transport- und MetallarbeiterInnen-Gewerkschaft[5] (Kovo). In diesen Sektoren kam es auf lokaler Ebene zu einem beachtlichen Aufstand in den Betrieben. Bei diesem Aufstand entwickelten sich die Gewerkschaften zu wirklichen ArbeiterInnen-Vertretungen, die sowohl über eine Struktur im Betrieb wie auch über ein gewisses Maß an Unterstützung durch die ArbeiterInnen verfügen. Auf die Initiative von Kovo wurde im Frühjahr 1991 eine Petition mit 500.000 UnterzeichnerInnen innerhalb von drei Wochen aufgestellt, in der gegen eine Abänderung des Arbeitsrechts protestiert wurde.

Die Schaffung eines Arbeitsmarktes

Die Gewerkschaften sind mit der Regierung einer Meinung, was die Notwendigkeit der Schaffung eines Arbeitsmarktes betrifft. Sie akzeptierten die Abschaffung der unter dem früheren Regime geltenden Regelung, wonach die Gewerkschaften die Entlassung einer/s Arbeiter/in/s mittels Vetorecht verhindern konnten. Sie betonen, daß die Entlassung jener, die nicht arbeiten wollen, zu einer Verbesserung des Arbeitsklimas sowie der Löhne der verbleibenden ArbeiterInnen beitragen werde.

Die Gewerkschaften weisen jedoch entschieden Behauptungen von Regierungsseite zurück, wonach die Differenz zwischen sozialer Absicherung und den Löhnen zu gering sei. Sie vertreten die Ansicht, daß die Arbeitsmotivation mit anderen Mitteln als mit Niedriglöhnen oder mit Angst vor der Arbeitslosigkeit angehoben werden muß.

CS KOS gelang die Festsetzung eines Mindestlohns von 2.100 Kcs, obwohl die Regierung nur 1.600 vorgeschlagen hatte. Auf der anderen Seite gaben sich die Gewerkschaften aber damit zufrieden, daß weitere Lohnerhöhungen nur dann stattfinden, "wenn die Wirtschaft es erlaubt". Tatsache ist aber, daß man für 2.100 Kcs heute weniger kaufen kann als für 1.600 zur Zeit der Einführung des Mindestlohns. Das ursprüngliche Anliegen der Gewerkschaften, das Netzwerk an Preisstützungen durch einen Sozialzuschuß ans Lohnpaket zu ersetzen, wurde gänzlich fallengelassen, sodaß die Regierung darüber entscheiden kann, welche Stützungen erhalten bleiben und welche gestrichen werden.

CS KOS fordert die Regierung dazu auf, ein durchschlagskräftiges Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm zu verfolgen, das die Vollbeschäftigung zum Ziel haben soll. CS KOS-Vizepräsident Paul Hajek meint dazu:

"Zahlreiche Vorschläge existieren am Papier, werden aber nicht umgesetzt. Ein wirkliches [..] Programm [zur Beschäftigungspolitik], welches in den verschiedenen Regionen zum Tragen kommen würde, existiert nicht. Wir fordern eine regionale Beschäftigungspolitik, denn die Arbeitslosigkeit hat vorrangig regionalen Charakter. Das kann man am besten in Nordmähren oder in der Slowakei sehen.

Die Beschäftigungspolitik muß auf die jeweilige Region und auf den Wirtschafts-

Adam Novak lebt als Journalist in Prag und ist Mitglied der Levá alternativa (Linke Alternative).

zweig abgestimmt sein. [...] Noch haben umfangreiche Kündigungswellen gar nicht stattgefunden, aber diese werden auf die Umstellung [Privatisierung] der Industrie folgen. Wir müssen uns jetzt darauf vorbereiten.

In gewissen Regionen der Republik ist die Schaffung von Arbeitsplätzen nur durch Investitionen möglich. Wenn die Regierung keine finanziellen Mittel für diese Fälle bereitstellt, wird es dort keine Arbeitsplätze geben."[6]

Bislang haben die Gewerkschaften gegen die Beschäftigungspolitik der Regierung jedoch nur mit wiederholten Protesten in Form von Presseaussendungen reagiert. Da es nun für jede/n klar wird, daß die Regierung vorhat, die Arbeitslosenrate im kommenden Jahr in der tschechischen Republik über die 10% Marke ansteigen zu lassen (18% in der Slowakei), geraten die Gewerkschaften unter immer größeren Druck, dagegen aufzutreten oder ihre Argumentation zu ändern.

Soziale Absicherung

Die Gewerkschaftsführung glaubt von sich, daß sie als wichtiger Partner für die Sozialpolitik Regierungsverantwortung mitträgt. In den meisten Fällen übergeht jedoch die Regierung die Gewerkschaften bei der Konzeption ihrer Sozialpolitik. Immer öfter kritisieren die Gewerkschaften das Sozialsystem als unzureichend.

"Es gibt heute ein soziales Sicherheitsnetz, aber es ist aufgepfropft; abgekoppelt von den Wirtschaftsreformen [...] ist das soziale Netz so gebaut, daß jemand, der hineinfällt, nicht nur nicht gerettet wird, sondern sich vielleicht selbst auch nicht mehr rausziehen kann. Das ist keine soziale Absicherung. Das ist überhaupt keine Absicherung."[6]

Die Gewerkschaften akzeptieren nach wie vor die Regierungsentscheidungen, welcher Fond für Sozialprogramme offensteht und welcher nicht. So überrascht es kaum, daß sie nicht in der Lage sind, mehr zu tun, als auf eine sozialere, etwas sanftere Version derselben aggressiven Sozialpolitik zu drängen.

Als die soziale Spannung im Herbst 1990 zum ersten Mal seit der "Revolution" wieder anzusteigen begann, änderte die Regierung ihre Strategie, die Gewerkschaften zu ignorieren und begann sie zu konsultieren um auf diesem Weg zu einem "sozialen Konsens" zu kommen. Daraus resultierte neben der Errichtung von "Räten des Sozialkonses", in denen ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und Regierung vertreten sind, auch der Entwurf einer allgemeinen Übereinkunft über den Lohnzuwachs. Die Gewerkschaften und die Öffentlichkeit sahen den Entwurf als eine gesetzlich garantierte, verbindliche Zusage für eine Untergrenze der Lohnerhöhungen. Diese Untergrenze sollte erlauben, die angekündigten 50%-igen Preiserhöhungen zu kompensieren. Beim Fälligwerden der Lohnerhöhungen behauptete die Regierung allerdings, daß es sich bei den vereinbarten Zahlen bloß um unverbindliche Richtlinien für die ManagerInnen der Unternehmen handle. Die meisten ArbeiterInnen erhielten nicht die ursprünglich in Aussicht gestellte Lohnerhöhung.

Im Jänner dieses Jahres zwangen die slowakischen Gewerkschaften die slowakische Regierung Informationen darüber zu veröffentlichen, welche ArbeiterInnen 1991 keine Lohnerhöhung von zumindest 10% bekamen. Die slowakische Regierung sagte darauf zu, den betroffenen Firmen "indirekte, aber nicht finanzielle Hilfe" zu leisten, weil sie dadurch eine Steigerung der heurigen Löhne zu erreichen hofft.

In der tschechischen Republik wurde nicht einmal diese bescheidene Initiative unternommen. Die Gewerkschaften klammern sich immer noch an den Sozialkonsens, obwohl sie wissen, daß die Regierung diesen in zynischer Weise mißbraucht. Sie hoffen darauf, daß das Ansteigen der sozialen Spannungen die Regierung dazu zwingt, sie als Unterhändler anzuerkennen und verteidigen den allgemeinen Konsens in der Hoffnung, er könne ihnen in Zukunft nützlich sein.

Privatisierung

Die Argumentationslinie der Gewerkschaften besteht darin, zu sagen, daß die Privatisierung nicht als Ziel an sich betrachtet werden dürfe, sondern als ein Instrument zur Effizienzsteigerung. Lokale Gewerkschaftsgruppen unterstützen oft die Forderung, ein spezielles Unternehmen ohne Privatisierung umzustrukturieren. Leider haben die Gewerkschaften keine Alternativvorschläge zur Privatisierung entwikkelt, sodaß ihnen oft nichts anderes bleibt, als über Details und den zeitlichen Verlauf von Privatisierungsvorhaben zu verhandeln. In den wenigen Fällen, wo ArbeiterInnen den Plan entwickelten, Unternehmen als ArbeitnehmerInnen-Kooperativen zu privatisieren, wurden sie von der Gewerkschaft unterstützt.

Einige Gewerkschaftszeitungen fordern ihre Mitglieder dazu auf, bei der Koupon-Privatisierung mitzutun[7] und in Kouponfonds, die sich auf ihren Sektor spezialisieren, zu investieren. Einige lokale Gewerkschaftsgruppen unterstützen auch Managementpläne, wonach ArbeiterInnen einen Minderheitenanteil am Unternehmen erwerben sollen. Die Frage, wie sich ArbeiterInnen an der massiven Kouponprivatisierung beteiligen sollen, wenn sie sich überhaupt daran beteiligen sollen, ist von den Gewerkschaften bislang kaum diskutiert worden. Das könnte sich ändern, da nun ein von der KSCM unterstützter Privatisierungsfond überall dort Anteile zum Kauf anbietet, wo er "TeilhaberInnen" hat, und Bestrebungen bezüglich ArbeiterInnen Co-Management sowie Angestellten-Initiativen dort fördert, wo diese Einfluß auf das Management haben.

Die Philosophie, daß die ArbeiterInnen selbst die Führung ihres Unternehmens übernehmen, findet bei der Gewerkschaftsführung wenig Unterstützung. Tatsächlich spielte diese Idee unter den tschechischen GewerkschafterInnen und auch unter den Linken immer nur eine untergeordnete Rolle.

Den verworrenen und leise geäußerten Versuchen einiger Gewerkschafter, eine Strategie zu entwerfen, wie ArbeiterInnen den Kouponplan zu ihrem Nutzen verwenden könnten, fehlte die theoretische und technische Unterstützung der Intellektuellen oder der Zugang zu den finanziellen und medialen Ressourcen des CS KOS. Die Folge davon ist, daß die ArbeiterInnen mit den Koupon-Fonds, die im Fernsehen oder mittels Direktwerbung verlockend beworben werden, gut vertraut sind und von dieser Idee stark beeinflußt werden, auch wenn sie durch ihre Investitionsstrategie letztlich auf Unternehmensschließungen abzielt.

Die Gewerkschaften erleben nun von Seiten der neuen Privateigentümer gewerkschaftsfeindliche Vorstöße, wie Mitgliedschaftsverbote, Schikanierung von Gewerkschaftsaktivisten, u.a.m. Bei CS KOS ist man mehrheitlich der Ansicht, daß die derzeitige Gesetzeslage die Gewerkschaftsrechte ausreichend gewährleistet, daß jedoch kapitalistische (und manchmal auch) staatliche Manager diese Gesetze nur dann befolgen, wenn die Gewerkschafter im Betrieb es einfordern. Die Gewerkschaften sind jedoch nicht gegen Privateigentum an sich. Dazu meint Andrej Rady von der Gewerkschaft der ÜbersetzerInnen folgendes:

"Unser Ausgangspunkt unterscheidet sich ganz wesentlich von jenem westlicher Gewerkschafter. Was wir hier brauchen (und ich spreche von hier und nicht vom Westen) ist ein Anwachsen des privaten

CSFR: Gewerkschaften im Spiegel einer Meinungsumfrage

Viele Analysen des Umbruchs - vor allem im soziologischen Bereich - kranken daran, daß sie auf einer ungesicherten Faktenlage aufbauen müssen; umso wichtiger sind Erhebungen wie jene des ÖGBs, der Institute in Ungarn, CSFR und Bulgarien mit der Durchführung von Meinungsumfragen über die Akzeptanz und die gewünschten Inhalte gewerkschaftlicher Arbeit beauftragt hat. Wir präsentieren eine Zusammenfassung der Umfrage in der CSFR:

Auf die einleitende Frage, "welche die wichtigste Aufgabe der Regierung sei?" gaben 29,1% der 1688 Befragten den Kampf gegen die Inflation an, 25,8% den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, 18,3% die Ablösung der noch vorhandenen Machthaber. 12,6% fordern eine Verbesserung der Umwelt, 10,1% Einkommensgerechtigkeit und 3% die Beseitigung der Korruption.

Auf die Frage nach den wichtigsten, zweit-, dritt- oder viertwichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften kam folgende Reihung zustande: Die Durchsetzung von Lohnerhöhungen hielten 27% für den wichtigsten, 33,8% für den zweitwichtigsten, 24% für den dritt- und 15,2% für den viertwichtigsten Auftrag der Gewerkschaften. Die Besorgung von lebenswichtigen Gebrauchsgegenständen für die Belegschaft hielten 36,1% für die wichtigste, 25,8 bzw 26,2 und 10,8% für die zweit-, dritt- und viertwichtigste Aufgabe. Die Mitsprache in der Wirtschaftspolitik wird lediglich von 14,2% als zentral angeführt. 20,1% und 22,3 räumten dieser Frage den zweiten und dritten Platz ein, 43,4% gar nur den vierten. Die Sicherung der Arbeitplätze wurde am häufigsten an die erste Stelle gereiht, nämlich von 39%. Für 26,1% ist sie nur die zweitwichtigste Aufgabe, für 19% rangiert sie an dritter und für 15,9 gar nur an vierter Stelle.

Auf die Frage "Glauben Sie, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften der demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft hilft?" gaben lediglich 52% eine positive Antwort. 29,7% der Befragten verneinten die Frage, 18,2% enthielten sich der Antwort.

Daß die "Tätigkeit der Gewerkschaften zur Verbesserung unserer Nationalwirtschaft nützlich" ist, wollten nur 48,5% bejahen, immerhin 33,4% verneinten die Frage, auf die 18,1% keine Antwort geben wollten.

Für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Betriebsleitungen sprachen sich 56,5% aus, 42,4% forderten Distanz, der Rest war unentschlossen.

Daß noch einige Arbeit notwendig ist, um den Informationsfluß zwischen Mitgliedern und Organisationen zu verbessern, kann aus den folgenden Antworten geschlossen werden:

Lediglich 38,6% gaben an, die "Tätigkeit ihrer Gewerkschaft" zu kennen, 31,3% zeigten sich ahnungslos und immerhin 30,1% gaben auf diese Frage keine Antwort.

Besonders befremdlich klingen die Antworten auf die abschließende Frage nach der Gewerkschaftszugehörigkeit der Befragten: Nur 50,1% konnten angeben, welchem Verband sie angehören, 20,3% wußten darüber nicht Bescheid und 29,6% verweigerten die Antwort.

Die Umfrage wurde vom STEM-Institut im Auftrag des ÖGB zwischen 3. und 10.Juni 1991 erstellt.

Sektors. Es wird um vieles leichter sein, mit einem/r Unternehmer/in zu verhandeln, der/die vielleicht Auslandskapital vertritt und den Wert der Gewerkschaftspartner kennt. Das wird um vieles leichter sein, als zu versuchen, ein konkretes Verhandlungsergebnis mit diesen dilettantischen Bürokraten zu erzielen, von welchen viele noch alte Gesichter aus den alten Zeiten sind."

Als die ArbeiterInnen bei Skoda, in der Mlada Boleslav Autofabrik vom Plan der Regierung erfuhren, ihre Fabrik an Renault-Volvo zu verkaufen, drohten sie mit Streik - um zu erreichen, daß ihre Fabrik statt dessen an VW verkauft werde! Die meisten GewerkschaftsaktivistInnen in der CSFR glaubten und glauben immer noch, daß Auslandsinvestitionen das Überleben ihrer Unternehmen sowie die Integration in den westlichen Markt und die Chance auf Löhne und Arbeitsbedingungen nach westlichem Standard sichern.

Sechs Monate nach der Übernahme durch VW gibt es im Skodawerk Auseinandersetzungen mit dem deutschen Management, welches die erhoffte Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Produktion nicht erreichte. Auch gibt es sehr starke Ressentiments gegen die westdeutschen Gewerkschafter bei VW, denen vorgeworfen wird, gegen eine Anpassung der Löhne und Arbeitsbedingungen zu sein, die Situation der tschechischen Gewerkschaftsfunktionäre und Aktivisten nicht zu verstehen und sich von der Zusammenarbeit mit tschechischen ArbeiterInnen unter dem Druck des Skoda-Managements zurückgezogen zu haben.[8]

Die politische Ausrichtung der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsführung sieht ihre Rolle als ein grundsätzlich neutraler oder links vom Zentrum stehender Unterhändler für die Arbeiterschaft. Deshalb gibt sie auch ungern eine klare Stellungnahme zur Politik der derzeitigen Regierung ab. Vladimir Petrus, der Präsident der tschechischen und mährischen Kammer von CS KOS:

"Die Gewerkschaften akzeptieren jede/n politischen EntscheidungsträgerIn, der/die professionell und gut arbeitet. Wir werden keine MinisterIn wegen seiner/ihrer politischen Gesinnung kritisieren. Über Minister Klaus wird viel geredet. Er ist natürlich nur für die Finanzen verantwortlich und nicht für die Rezession. Wir stellen uns natürlich gegen ihn, wenn wir das Gefühl haben, daß die eine oder andere Maßnahme, die er als Finanzminister setzt, die Eindämmung der Rezession behindert. Als Gewerkschafter werden wir mit Minister Klaus wahrscheinlich nie ein besonders inniges Verhältnis haben, aber wir werden ihn sicherlich nicht attackieren, bloß weil er Präsident einer Partei ist, die etwas rechts steht."

Offensichtlich hängt die Entwicklung einer kampfesmutigeren Haltung in den Gewerkschaften vom Zustandekommen einer offen arbeiterInnenfreundlichen und sozialistischen Strömung ab, die eine Kritik am Reformprogramm gemessen an seiner Auswirkung auf die ArbeiterInnen formulieren kann. Ein linker und rechter Flügel bildet sich in den Gewerkschaften jedoch nur sehr langsam heraus. Die Gewerkschaftsspitze vermeidet parteipolitische Stellungnahmen und sogar jene Gewerkschafter, die mit der Sozialdemokratischen Partei (CSSD) sympathisieren, äußern sich selten politisch in der Öffentlichkeit. Leider entspricht diese "neutrale" Führung den Erwartungen der Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder. Sie befürchten nämlich, daß ein politisch engagierter Führungsstil den Zustrom neuer ArbeiterInnen zu den Gewerkschaften verhindern könnte, da viele unter diesen - vor allem in Prag - die Bürgerliche Demokratische Partei (ODS) von Vaclav Klaus unterstützen.

Bei den Wahlen im Juli 1992 wird der

CSSD das Wirtschaftsprogramm der Regierung wahrscheinlich mit dem Hinweis kritisieren, daß eine Wirtschaftsreform auch möglich ist, ohne derart hohe Kosten auf den Rücken der kleinen Leute abzuwälzen. In diesem Fall wird ein Teil der Gewerkschaftsführung seine Unterstützung für diese Partei erklären, um so ein Zentrum für jene Linken zu werden, die nicht der Kommunistischen Partei angehören.

Obwohl circa ein Drittel der ArbeiterInnen dafür eintritt, bei den Wahlen eigene KandidatInnen der Gewerkschaften aufzustellen, sind die meisten nationalen Führungskräfte und ein Drittel der Arbeiterschaft weiterhin dagegen, weil sie befürchten, daß es dadurch zu einer Spaltung der Bewegung kommen könnte und die Gewerkschaften dabei ein zu linkslastiges Profil erhalten würden. Es ist unwahrscheinlich, daß es bei den Wahlen im Juli 1992 KandidatInnen irgendeiner Gewerkschaft geben wird, obwohl die radikaleren Gewerkschaften vielleicht einen grundlegenden Forderungskatalog der ArbeiterInnen aufsetzen und ihren Mitgliedern raten werden, die KandidatInnen bezüglich ihrer Haltung zu diesen Forderungen zu befragen.

Die außerparlamentarische Linke ist sehr klein und übergeht die Gewerkschaften. Die einzige Ausnahme ist die slowakische Gruppierung "Forum robotnikov" (Arbeiter-Forum), die grundlegende Rechte der ArbeiterInnen, wie Recht auf Arbeit, Recht auf Inflationsausgleich etc. propagiert und ArbeiterInnen wie Gewerkschaftsführung dazu drängt, für diese Forderungen zu kämpfen. Bei Kundgebungen des Arbeiterforums gehen bis zu 20.000 ArbeiterInnen auf die Straße. Seine Anhängerschaft besteht großteils aus dreißig- bis fünfzigjährigen FacharbeiterInnen. Sein Erfolg gründet mit Sicherheit auf der drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Slowakei und der weitverbreiteten Überzeugung, daß die Reformer in Prag gewillt sind, die Slowakei zu einer unterentwickelten Region verkommen zu lassen, wie sie es zwischen den beiden Weltkriegen war. Die Situation in der tschechischen Republik ist für eine Gruppierung dieser Art nicht so günstig. Die Wirtschaftskrise ist weniger ausgeprägt und die Mehrheit der ArbeiterInnen glaubt nach wie vor, daß der tschechisch sprechende Teil der CSFR westeuropäischen Lebensstandard relativ rasch erreichen kann.

Einige Gewerkschaftsaktivisten und Vollzeitbeschäftigte bei der Stahlarbeiter-, der Bergbau- und der Transportgewerkschaft begannen irgendwann 1991 davon zu reden, eine Arbeiterpartei zu gründen. Die Gründe dafür sind die wachsende Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsreform der Regierung, die extrem gemäßigte Politik der Gewerkschaftsführung, die Erinnerung an das Fehlen einer nicht-kommunistischen linken Alternative bei den Wahlen 1990 und die Erkenntnis, daß es außer den Kommunisten auch bei den Wahlen 1992 keine linke Alternative geben würde. Eine Demokratische Partei der Arbeit wurde vor kurzem gegründet, aber ohne wirkliche Mitwirkung von Gewerkschaftsmitgliedern noch von örtlichen GewerkschaftsführerInnen. Die Mitglieder sind mehrheitlich Ex-Miglieder der Kommunistischen Partei, die der Intelligentsia angehören. Die Partei ist bereits jetzt in eine sehr moderate Führung und eine radikalere Minderheit gespalten. Ihr Charakter ist rein parlamentarisch. Wie viele linke Ex-KommunistInnen verbringt diese Partei viel Zeit mit der Aufarbeitung des Stalinismus und dem Versuch einen "demokratischen Sozialismus, der sich auf die modernen sozialen Entwicklungen auf der ganzen Welt gründet"[9] zu definieren. Fernab von den wirklichen Auseinandersetzungen bringen die Überlegungen der tschechischen Linken jedoch nur sehr gemäßigte Vorschläge und ein übermäßiges Vertrauen in verschiedene moderne ausländische Managementtechniken (japanische Qualitätszirkel, deutsches Co-Management, amerikanisches ESOP - Angestellte machen mit bei den Eigentümerplanungen) oder in soziale Modelle (das "schwedische Modell").

Schlußfolgerung

Aus dem vorher Gesagtem wird klar, daß die Strategie der Regierung gegenüber den Gewerkschaften von der Angst vor den Aktivitäten der ArbeiterInnen bestimmt war. Das war auch der Grund, warum die Regierung Reformen wie die Indexanpassung der Löhne, die Sozialräte, und ein Grundgehalt eingeführt hat. Bislang hat die Regierung diese Vereinbarungen jedoch nicht eingehalten und hat versucht, diese Reformen rückgängig zu machen, da sie bemerkt hat, daß es keinen Widerstand der Arbeiterklasse gibt und daß die Gewerkschaften sehr schwach sind. Die Gewerkschaften sind sich dieser Strategie der Regierung nicht gänzlich bewußt und glauben nach wie vor, daß sie diese dazu bringen können, mit ihnen zu verhandeln. Ohne Bewegung an der Basis ist die Gewerkschaftsspitze für die Regierung jedoch irrelevant.

Noch immer gibt es so gut wie keine Radikalisierung der ArbeiterInnen als Reaktion auf die Wirtschaftskrise. Ein Erstarken der ArbeiterInnenbewegung im kommenden Frühling ist nicht zu erwarten. So wird es noch einige Zeit dauern, bis Leben in die vorhandenen Gewerkschaftsstrukturen kommt. Wahrscheinlich werden die tschechischen Gewerkschaften bei den Wahlen im Juli 1992 wenig Einfluß haben.

Einiges muß geschehen, damit die ArbeiterInnen an der postrevolutionären Politik in der CSFR teilnehmen. Die ArbeiterInnen müssen eine kritische Beurteilung der Regierungsreformen erarbeiten. Sie müssen die Möglichkeiten und die Grenzen von Verhandlungen richtig einschätzen und mit radikaleren Protestformen, im speziellen mit Streiks, umgehen lernen. Sie müssen sich stärker auf eigene Aktivitäten als auf eine abgekoppelte Führungsschicht verlassen.

Ein besserer Kontakt zur ArbeiterInnenbewegung der kapitalistischen Welt könnte den ArbeiterInnen helfen, die Strategien der sich ansiedelnden multinationalen Konzerne und des kapitalistischen Managements besser zu durchblicken lernen. Sofern es möglich ist, sollte ein solcher Kontakt auf den unteren Ebenen der Gewerkschaftshierarchie stattfinden. Und schließlich müssen wir in einem Land, in dem sich so grundlegende Veränderungen gegen die Interessen von ArbeiterInnen vollziehen, jede Illusion von Unparteilichkeit aufgeben und offen politisch auftreten, auch wenn wir damit riskieren, manche ArbeiterInnen vor den Kopf zu stoßen.

1 Genauere Informationen siehe "International Labour Reports", Nr. 38 und 40, 1990.

2 CS KOS (Ceskoslovenske Konfederace Odborovych Svazu) trat im April 1991 dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften bei. Sie ist derzeit im Europäischen Gewerkschaftsforum aktiv und verhandelt mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) über ein Beitrittsabkommen.

3 Daneben gibt es einen Kultur- und Künstebund (KUK) mit an die 30.000 Mitglieder.

4 Dieser Artikel befaßt sich ausschließlich mit Gewerkschaften in der tschechischen Republik.

5 Kovo ist nach der IG-Metall die zweitgrößte freie Gewerkschaft in Europa. Sie zählt mehr als eine Million ArbeiterInnen, das heißt: in der CSFR ist jede sechste gewerkschaftlich organisierte ArbeiterIn Kovo-Mitglied.

6 Sondy, 23.12.1991

7 Jeder Bürger und jede Bürgerin kann für 1.000 Kcs ein Kouponheft kaufen, mit welchem er/sie privatisiertes Eigentum am Aktienmarkt erhält.

8 Kovak (Wochenzeitung der tschechoslowakischen MetalarbeiterInnengewekschaft Kovo), 13.12.91

9 Programmentwurf der Demokratischen Arbeiterpartei, Prag, 1991

Gewerkschaften unter Druck

von Christian Stenner

●Unter den Staaten des ehemaligen Ostblocks gilt Ungarn als das Musterland der Privatisierung - laut "Newsweek" ist Budapest "Osteuropas unangefochtenes Epizentrum des freien Unternehmertums". Die nationalkonservative Regierung hat sich diese Anerkennung unter anderem mit härtesten Angriffen auf jene Gewerkschaften verdient, die sich gegen die sozialen Auswirkungen des Wirtschaftsliberalismus wenden.●

Erntet die Regierung Antall im Westen Lob für ihre Anstrengungen - inzwischen sollen bereits 15-20% der Wirtschaft privatisiert sein - so haben weite Teile der ungarischen Bevölkerung wenig Grund, sich über den wirtschaftlichen Wandel zu freuen: Die Reallöhne sind um 5-6% gesunken, die Arbeitslosenrate ist von 0,4% (1989) auf 6,2% (1991) gestiegen - nach ungarischen Gewerkschaftskreisen sogar von 2% (1990) auf 8% (Dezember 1991), was bedeutet, daß derzeit bereits 400.000 UngarInnen vom neuentstandenen Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Gleichzeitig werden auf Verlangen von Weltbank und IWF die Sozialausgaben gesenkt, um der Auslandsverschuldung von 20 Milliarden Dollar Herr zu werden.

Auf parlamentarischer Ebene gibt es wenig Opposition - die ungarischen ArbeitnehmerInnen sind in der Parteienlandschaft unterrepräsentiert, da die durch ihre kommunistische Vergangenheit diskreditierte MSZP gerade ein Zehntel der Abgeordneten stellt und die in mehrere Fraktionen zersplitterte Sozialdemokratie gar nicht im Parlament vertreten ist. Umso mehr Verantwortung kommt den Gewerkschaften zu, die aber ebenfalls in nunmehr acht Organisationen gespalten sind.

Wenn sie auch alle die grundlegenden Entwicklungen in Ungarn - den Übergang zur Marktwirtschaft, die Privatisierung zumindest eines Teiles der Wirtschaft und die Einrichtung einer parlamentarischen Demokratie - befürworten, so unterscheiden sie sich doch signifikant in ihrer Position gegenüber der konkreten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung.

Die regierungsnahen Gewerkschaften

In enger personeller Verbindung mit der größten Partei der Regierungskoalition, dem MDF, steht der **Nationale Verband der Arbeiterräte** (Munkástanácsok Országos Szövetsége - MOSZ), dessen Vorsitz der MDF-Abgeordnete Imre Palkovics innehat. Der Verband hatte Ende 1990 - vor der weiter unten besprochenen Neuregistrierung der Gewerkschaftsmitglieder - 106.000 Mitglieder. Er umfaßt mehrere Strömungen, die sich zum Teil auf die Tradition der Arbeiterräte von 1956 berufen, zum anderen aber völlig unter Kontrolle der Regierung stehen. Diese Situation hat nun zu einer Spaltung geführt: Ein Zehntel der Mitglieder verließ den MOSZ und gründete die **"Parteiunabhängigen Arbeiterräte"**. Ferenc Streer, der Vorsitzende der "Unabhängigen" in ihrer Hochburg, der 10.000 Beschäftigte zählenden Budapester Ikarus-Autobusfabrik, begründet diesen Schritt folgendermaßen: "Die Abspaltung war notwendig, da die anderen Gewerkschaften nach der alten Kommandostruktur funktionieren und der MOSZ zudem der Regierung nahesteht und dementsprechend keine effiziente Vertretung der Arbeiter darstellt; das kann nur eine basisdemokratisch aufgebaute Vetretung. Die Arbeiter bei Ikarus - von denen die Hälfte die parteiunabhängigen Arbeiterräte unterstützt - haben ein gutes Beispiel dafür geliefert: Sie haben in meiner Abwesenheit im Dezember 1991 selbst einen Streik gegen Reallohnkürzungen und Entlassungen organisiert - und sie waren erfolgreich, nicht zuletzt deswegen, weil sie eine wirklich kämpferische Haltung gegenüber der Betriebsleitung eingenommen haben, die immerhin die Entlassung von 1500 Arbeitnehmern geplant hatte. Unsere Forderungen sind klar: Keine Reallohnverluste, Erhaltung aller Arbeitsplätze und Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Firmeneigentum."

Diese Vorstellungen unterscheiden die "Unabhängigen" klar vom MOSZ, der die Forderung nach Arbeitereigentum an den Betrieben bereits 1990 fallenließ und für eine soziale Marktwirtschaft und gegen Streiks und andere Aktionen eintritt. László Andor, Mitarbeiter des Forschungsinstitutes der ungarischen Gewerkschaften und seit 1.1.92 Assistent am Institut für Politologie der Wirtschaftsuniversität in Budapest, meint dazu: "Der MOSZ begründet seine Linie damit, daß nur die Unterstützung der Regierung eine prosperierende und erfolgreiche Wirtschaft gewährleisten könne, die dann letzten Endes auch den Arbeitern zugute komme - kurz gesagt: Wir müßten jetzt Opfer bringen, damit wir irgendwann in ferner Zukunft unseren Lebensstandard erhöhen könnten."

Eine ähnliche Konzeption vertritt die

Christian Stenner ist Redakteur der Ost-West Gegeninformationen.

der Oppositionspartei "Bund Freier Demokraten" (SZDSZ) nahestehende **"Liga der Unabhängigen Gewerkschaften"** (Fágettlen Szakszervezetek Demokratikus Ligája - FSZDL), die im Sommer 1991 an die 200.000 ArbeitnehmerInnen organisierte. Sie entstand bereits 1988 durch den Zusammenschluß oppositioneller Intellektuellengewerkschaften; ihre Mitgliedschaft setzt sich dementsprechend vor allem aus ArbeitnehmerInnen aus dem Wissenschaftsbereich, aber auch aus bessergestellten Sektoren der Arbeiterschaft zusammen. Ihre Tätigkeit, so Andor, beschränke sich auf Ankündigungen und Verhandlungen - mit der Regierung, mit den anderen Gewerkschaften und mit ausländischen Organisationen. "Kontakte mit der US-amerikanischen AFL/CIO bestehen schon länger, und es ist recht wahrscheinlich, daß die Liga nicht nur ideelle, sondern auch materielle Unterstützung aus dieser Quelle - und auch von der französischen "Force Ouvrière" - genießt."

Oppositionelle Gewerkschaften

Die radikalste der ungarischen Gewerkschaften ist **"Szolidaritas"**, (Solidarität), die aber wegen ihrer geringen Mitgliederzahl (Sommer 1991: 75.000) nicht allzu großes Gewicht hat. Sie ist nur in einigen Betrieben verankert und verfügt über keine straffe Organisation. Ihr Versuch, zu einem Streik gegen das am 12. Juli 1991 beschlossene Gewerkschaftsgesetz aufzurufen, ist über weite Strecken erfolglos geblieben - nur in einigen Betrieben legten insgesamt einige tausend Beschäftigte die Arbeit nieder. Als einzige Arbeitnehmerorganisation verlangt sie, daß Privatisierungen nur dann durchgeführt werden sollten, wenn sie den Arbeitern nützen. In Vác erreichte Szolidaritas nach einem Hungerstreik, daß die Beschäftigten einen von der Schließung bedrohten fleischverarbeitenden Betrieb übernehmen konnten.

Der **Gewerkschaftliche Zusammenschluß der Intellektuellen** (Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés - ESZT, ca. 63.000 Mitglieder) wird vor allem von Universitätslehrern geprägt und ist organisatorisch eng mit dem **Gewerkschaftlichen Kooperationsforum** (Szakszervetezek Együttmúködési Fóruma - SZEF) verflochten, dessen Mitgliederstand im Sommer 1991 560.000 betrug. Das SZEF wurde im Mai 1990 als Gewerkschaft der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gegründet, organisiert vor allem Lehrer und ist für seine konsequente Vorgangsweise bekannt. Bereits im November 1990 rief die Gewerkschaft zu einer zentralen Demonstration gegen die Austeritätspolitik der Regierung auf, an der sich 25.000 Menschen beteiligten; sie erzielte weiters Teilerfolge im Kampf gegen die Kündigung von Lehrern, die Teil der Forderungen eines Einsparungprogrammes ist, das der ungarischen Regierung von der Weltbank vorgelegt wurde und das unter anderem die Abschaffung der Subventionen für Kindergärten und der Nachmittagsbetreuung für SchülerInnen beinhaltet. Die Kürzungen im Ausbildungssektor, die von der Weltbank verlangt werden, waren auch Gegenstand einer vom SZEF im Herbst organisierten internationalen Konferenz, bei der 22 Schuldnerländer anwesend waren; "die Unterlagen und Ergebnisse dieser Konferenz", so László Andor, "haben starke Verbreitung gefunden und mit dazu beigetragen, daß die Erkenntnis darüber wächst, wem sich die ungarische Regierung eigentlich verpflichtet fühlt.".

Einen Kernbereich der Arbeiterschaft organisiert der **Koordinationsrat der Autonomen Gewerkschaften** (Autonóm Szakszervezetek - ASZOK), der von der Chemiearbeitergewerkschaft dominiert wird. Die Mitgliederzahl betrug vor der Neuregistrierung ca. 375.000; die Organisation unterhält gute Verbindungen zu den Sozialdemokraten und steht als Mitglied des "Kooperationsrates" in Kontakt mit den Chemiearbeitergewerkschaften anderer Länder.

Die bei weitem bedeutendste unter den oppositionellen Gewerkschaften ist schließlich die **Nationale Föderation Ungarischer Gewerkschaften** (Magyar Szakszervetezek Országos Szövetsége - MSZOSZ), die Ende 1990 nahezu 2,7 Mio Lohnabhängige in ihren Reihen zählte und auch heute noch zumindest 1,3 Mio Mitglieder hat - das sind zwei Drittel der organisierten Arbeitnehmerschaft. Stahlarbeiter, Bauarbeiter, Landarbeiter und der größte Teil der Arbeitnehmer im Transportwesen und im Bergbau stellen den Kern der MSZOSZ. Sie ist die eigentliche Nachfolgeorganisation der ehemaligen offiziellen Regimegewerkschaft **SZOT** (Zentralrat der ungarischen Gewerkschaften) und eng mit der Sozialistischen Partei Ungarns (MSZP), der reformierten Nachfolgeorganisation der KP verbunden. So ist etwa der Vorsitzende der Stahlarbeiter innerhalb der MSZOSZ Parlamentsabgeordneter der MSZP, und der Vorsitzende der MSZP, Gyula Horn, nahm als einziger Parteiführer am Kongreß der MSZOSZ im November 1991 teil, auf dem ihr Vorsitzender Sándor Nagy mit 99 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde, obwohl er wegen seiner Vergangenheit als Spitzenfunktionär der Kommunistischen Jugend schärfsten Angriffen von Regierungs- und Medienseite ausgesetzt war. "MSZP und MSZOSZ haben sich zunächst wechselseitig als politische Belastung empfunden und aus taktischen Gründen wenig Kontakte gepflogen", erklärt László Andor. "Seit September gibt es aber offizielle Gespräche zwischen den beiden Organisationen, da einerseits die MSZP erkannt hat, daß sie ohne eine Öffnung zur MSZOSZ kaum je in den Genuß einer Massenunterstützung kommen kann und andererseits die MSZOSZ auch eine Vertretung auf parlamentarischer Ebene benötigt." Stärke und Militanz machten die MSZOSZ zum Hauptgegner der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung und damit zum bevorzugten Ziel der Angriffe von MDF und SZDSZ: "Beide Parteien planten seit den ersten Tagen ihrer Aktivitäten im Parlament die Zerstörung der Föderation, aber die Operation gegen die MSZOSZ schien zunächst nicht so dringend zu sein, und außerdem war das Parlament in den ersten vierzehn Monaten seiner Existenz mit der Verwaltung des gesellschaftlichen Umbruchs beschäftigt. Man hoffte, die MSZOSZ werde aufgrund ihrer politischen Positionen scheitern und rechnete damit, daß ihr der MOSZ und die Liga aufgrund ihrer besseren Beziehungen zu den neuen Machthabern und wegen ihres besseren politischen Auftretens das Wasser abgraben würden - eine Erwartung, die sich nicht erfüllte." Mit der Taxiblockade im Oktober 1990 begann die Föderation die Phase ihrer Stagnation zu überwinden und eine nicht mehr ignorierbare Widerstandsbewegung gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung zu entwickeln. Allerdings stellt auch die MSZOSZ sich nicht gegen Privatisierungen: "Wenn auch realistischerweise erwartet wird", so László Andor, "daß Marktwirtschaft und Privateigentum an Betrieben auch Arbeitslosigkeit mit sich bringen, so meint man doch, damit auf "europäische" Art umgehen zu müssen - etwa Umschulungen für die Arbeitslosen anzubieten, wenn auch niemand weiß, für welche Arbeit. Das Problem besteht einfach darin, daß die Gewerkschaften deswegen in den meisten Fällen keinen Widerstand gegen Privatisierungen und Entlassungen organisieren können, weil sie nicht in der Lage sind, alternative Perspektiven zu entwickeln. Niemand weiß, was anstatt dieser Maßnahmen zu tun ist, und wenn eben angeblich nichts getan werden kann, dann hat es auch keinen Sinn, die Maßnahmen abzulehnen."

Die Attacke auf die Gewerkschaften

Nach Ankündigungen der Regierung im Mai 1991, die Preise für Heizung und Strom zu erhöhen, erließ die MSZOSZ am 12. Juni einen landesweiten Streikaufruf, der nur vom MOSZ und der FSZDL boykottiert wurde und nicht nur gegen die Preiserhöhungen gerichtet war, sondern unter anderem die Forderungen nach mehr öffentlicher Kontrolle über die Privatisierung, nach konkreten Plänen für die Beteiligung von ArbeitnehmerInnen am Betriebseigentum und nach der Wiedereinführung des kostenlosen Urlaubs-Eisenbahnfahrscheines enthielt. Und die Drohung zeigte Wirkung: Die Regierung machte weitreichende Konzessionen, erhöhte die für die soziale Kompensation der Preiserhöhungen vorgesehene Summe von 2,5 auf 5 Mrd Ft. und sagte zu, 15% des Privatisierungserlöses für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Darauf zog die MSZOSZ ihren Aufruf zurück. Als dann aber im Juni ihre Pläne für eine neue Arbeitnehmerbank und eine eigene Versicherungsgesellschaft Gestalt anzunehmen begannen und sie mit vier weiteren Gewerkschaften einen Vertrag über die proportionale Aufteilung des SZOT-Vermögens unterzeichnete, holten die konservativen und liberalen Parteien zum Gegenschlag aus: MDF, SZDSZ und FIDESZ, die sich sonst die härtesten Auseinandersetzungen im Parlament liefern, brachten einen gemeinsamen Entwurf für ein restriktives Gewerkschaftsgesetz ein, das von MOSZ und Liga vorbereitet worden war und am 12. Juli 1991 mit 211 Pro- und 2 Contrastimmen beschlossen wurde; die MSZP, die vergeblich gegen das Gesetz argumentiert hatte, verließ den Plenarsaal vor der Abstimmung. Die Erwartung, Präsident Arpad Göncz (SZDSZ) würde aufgrund einer Petition Dutzender Gewerkschaftsführer seine Unterschrift unter das Dokument verweigern, erwies sich als ebenso unbegründet wie die Hoffnung, der Verfassungsgerichtshof würde es für nicht verfassungskonform erklären; und auch ein Hungerstreik des populären Führers der "Szolidaritas", Sándor Bátonyi, ließ die Parlamentsmehrheit unbeeindruckt.

Die neuen Bestimmungen umfassen zwei Teile, die in einer Art Zangenbewegung sowohl die organisatorische als auch die finanzielle Basis der MSZOSZ und der ihr nahestehenden anderen kämpferischen Gewerkschaften bedrohen: Der eine erklärt alle bisherigen Mitgliedschaften in Gewerkschaften für ungültig und schreibt eine Neuregistrierung der Mitglieder vor, die gleichzeitig mit ihrer Unterschrift ihr Einverständnis damit beurkunden müssen, daß ihr Arbeitgeber wie bisher die Gewerkschaftsbeiträge im vorhinein vom Lohn abzieht. Begründet wurde dies vor allem von Seiten der freidemokratischen "Liga" damit, daß viele Arbeitnehmer nur deswegen MSOSZ-Mitglieder seien, weil sie von Unternehmensseite dazu gezwungen würden, daß ein Filz zwischen den ehemaligen KP-Mitgliedern in Fabriksleitungen und jenen in der MSZOSZ existiere, ja daß geheime Bündnisse zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftsführung bestünden: Dafür, daß die Betriebsleitungen weiterhin die Gewerkschaftsbeiträge eintrieben, hätte sich die MSZOSZ-Spitze dazu verpflichtet, Streiks zu unterbinden. "Das war in einigen wenigen Fällen auf lokaler Ebene vermutlich wirklich der Fall, wie zum Beispiel in einem fleischverarbeitenden Betrieb in Debrecen", meint László Andor. "Der reale Grund für dieses Gesetz war allerdings klarerweise, daß die Stärke der Gewerkschaften die Austeritätspolitik der Regierung und die Umsetzung der "Vorschläge" von IWF und Weltbank zu behindern drohte und daß man ihnen in einem Jahr der rasant ansteigenden Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung - nämlich ihre eigene Reorganisation - verordnen mußte, um sie möglichst interventionsunfähig zu machen." Die Neuregistrierung der Mitglieder, für die die Arbeitnehmerorganisationen gerade einen Monat Zeit hatten, ist inzwischen abgeschlossen.

Noch nicht in die Tat umgesetzt wurde der zweite Teil des Gesetzes, der die Neuaufteilung des SZOT-Vermögens betrifft, die nicht etwa nach Mitgliederzahlen, sondern nach einer noch undefinierten "Unterstützung durch die Bevölkerung" erfolgen soll. In der Zwischenzeit wird das Gewerkschaftsvermögen von einer Kommission verwaltet, die in völligem Widerspruch zu den realen Kräfteverhältnissen aus jeweils einem stimmberechtigten Vertreter der MSZOSZ, der "Liga", der "Arbeiterräte" und ebenfalls einem der übrigen Gewerkschaften zusammengenommen besteht, mit dem Ergebnis, daß MSZOSZ und "Übrige" die Sitzungen des Gremiums boykottierten und damit dessen Beschlußunfähigkeit herbeiführten. Als Reaktion darauf beschloß das Parlament eine Novelle, mit der die Kommission auch bei Anwesenheit von nur 50% der Mitglieder für entscheidungsfähig erklärt wurde - worauf ihre beiden gegnerischen Teile sich jeweils für beschlußfähig erklärten und gegenteilige Entscheidungen fällten.

Wie das Kräfteverhältnis zwischen den Regierungs- und den anderen bürgerlich orientierten Parteien auf der einen und den Gewerkschaften auf der anderen Seite heute nach der Neuregistrierung der Gewerkschaftsmitglieder einzuschätzen sei, beantwortet László Andor so: "Die Mitgliederzahlen sind durch dieses Verfahren gesunken; die MSZOSZ dürfte nunmehr statt 2,7 an die 1,3 bis 1,4 Mio ArbeitnehmerInnen organisieren, die anderen Gewerkschaften haben höchstwahrscheinlich den gleichen Prozentsatz an Mitgliedern verloren, was bedeutet, daß zwar das Kräfteverhältnis zwischen den Fraktionen gleichgeblieben ist, daß aber - und das ist natürlich ein Erfolg für die Regierung - insgesamt weniger Menschen organisiert sind. Andererseits ist es aber weder dem MDF noch den Freien Demokraten gelungen, ihre eigenen Gewerkschaften zu stärken; zudem mußte die Regierung einen starken Popularitätsverlust hinnehmen, da klar wurde, daß sie und die Gewerkschaften auf verschiedenen Seiten stehen; und schließlich wurde offensichtlich, daß MDF, SZDSZ und FIDESZ trotz aller Scheingefechte einig sind, wenn es gegen die Rechte der ArbeitnehmerInnen geht - das heißt, die Existenz divergenter Klasseninteressen wurde wieder deutlich."

Indessen scheinen sich die Gewerkschaften von den ihnen zugefügten Schlägen wieder erholt zu haben: Am 17.Dezember 1991 fand nach ergebnislosen Verhandlungen ein zweistündiger Warnstreik gegen die nach Arbeitnehmeransicht unzureichende Sozialpolitik der Regierung statt, zu dem alle gewerkschaftlichen Organisationen außer dem MOSZ und der "Demokratischen Liga" aufriefen und an dem sich geschätzte 250.000 Arbeiter und Angestellte beteiligten, während eine weitere Viertelmillion die Aktion durch Versammlungen unterstützte. Von manchen AktivistInnen wird dieser Streik als Auftakt für 1992 gesehen, denn: "Harte Verhandlungspositionen und selbstorganisierte Aktionen", meint Ferenc Streer, "sind jetzt nötiger denn je, wo es keine Sozialpolitik mehr gibt und der pure Kapitalismus eingeführt werden soll."

Das Gespräch mit László Andor fand am 31.12.91 in Budapest statt; das telefonische Interview mit Ferenc Streer am 10.1.92.

Laßt 100 Gewerkschaften blühen ...

von Tonci Kuzmanic

●In der slowenischen Gewerkschaftsszene hat sich neben den beiden großen nationalistischen auch eine Reihe kleiner von Regierung und Parteien unabhängiger Gewerkschaften herausgebildet. Aufgrund der antisozialen Politik der Regierung ist die Bereitschaft für eine in Grundfragen konsensuale Politik der Gewerkschaften gestiegen.●

Bevor man die aktuelle Situation der Gewerkschaftsbewegung in Slowenien behandelt, muß man über die Ära ihrer Entstehung sprechen. In einer ersten Periode entstand eine nationalistische Gewerkschaft ("Neodvisnost"/Unabhängigkeit) als Opposition zu den bestehenden "sozialistischen" oder offiziellen (s.g. "Svobodni sindikati"/Freie Gewerkschaften). Trotz der dominanten Stellung beider genannter Institutionen ist die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nicht stehengeblieben. In der zweiten Periode, nämlich ungefähr zur Zeit der Wahlen, also in den Jahren 1989/1990, sind neben den zwei genannten Gewerkschaften viele kleinere Organisationen entstanden, von denen sich mehrere in der dritten Gewerkschaftsorganisation "Konfederacija sindikatov 90" (Konföderation der Gewerkschaften 90) zusammengeschlossen haben.

Gemeinsamkeiten

Bevor ich mich mit möglichen Unterschieden zwischen den beiden dominanten Gewerkschaftsorganisationen beschäftige, möchte ich einige gemeinsame Elemente aufzeigen. In beiden Fällen handelt es sich um Organisationen, die im Hinblick auf ihre "Zielgruppen" auf eine "unendliche" und "undefinierbare" Mitgliederanzahl abzielen. Da jedoch die "unendliche" und "undefinierbare" Mitgliedschaft irgendwo enden muß, wenn sonst nicht, dann doch an einer natürlichen Grenze, so meine ich, daß es sich in beiden Fällen um "staatlich-territorial" begrenzte Organisationen handelt, das heißt um Gewerkschaften, die prinzipiell auf eine Mitgliedschaft abzielen, die ein Staatsgebiet umfaßt, und zwar ohne auf geschlechtliche, altersmäßige, berufliche, regionale etc. Unterschiede zwischen den potentiellen Mitgliedern zu achten. Im Hinblick auf die "Konstituierung" des slowenischen Staatsterritoriums geht es in beiden Fällen um eine Art nationaler Gewerkschaften.

Aus dem Gesagten folgt auch die zweite gemeinsame Eigenschaft der beiden dominanten Gewerkschaften: beiden geht es um den methodischen Versuch der Vereinheitlichung und Totalisierung einer ausnehmend homogenen Mitgliedschaft unter einem gemeinsamen (gewerkschaftlichen) Nenner. Wenn auch eine Differenzierung innerhalb der Organisationen "erlaubt" oder sogar "erwünscht" ist, so hat sie doch ihre Grenze: sie sprengt nicht den ungeachtet aller sonstigen Unterschiede dominierenden national-territorialstaatlichen Rahmen.

Der nächste Punkt ist die offensichtliche politische Abhängigkeit der beiden Organisationen, die in einem solchen Ausmaß besteht, daß man zum Teil sogar von "politischen Gewerkschaften" sprechen kann, von Gewerkschaften, die ihr Wesen von außerhalb der Gewerkschaftsidee aus verschiedenen politischen - jedenfalls nichtgewerkschaftlichen Strukturen beziehen und die mit bestimmten politischen Parteien übereinstimmen oder in Opposition zu ihnen stehen. Die Stellung der Organisationen ist, wenn auch nicht gänzlich, so doch in einem sehr hohen Maße, von der Stellung der dominanten politischen Strukturen abhängig, denen sie sich verbunden fühlen oder denen sie folgen. Aus dem Organisationsprinzip, das von einer staatlichen Einheit ausgeht, aus dem jeweiligen nationalen Selbstverständnis sowie aus der Bindung und der Abhängigkeit vom politischen Umfeld folgt, daß beide Organisationen ideologisch verfaßt sind, und zwar sowohl im Sinne der national(istisch)en Bindung an politische Strukturen als auch - und nicht zuletzt - Im Sinne einer Bindung an den Staat selbst.

Als Organisationen, die die gleiche unteilbare (nationale) Einheit ansprechen, befinden sie sich im Kampf um die Hegemonie über diese Einheit und schließen sich folglich gegenseitig aus. Gewerkschaftskämpfe, die sie in politische, staatliche, nationale, sogar konfessionelle umdeuten, führen sie in ihrem Umfeld und mit den Mitgliedern in dem bekannten Stil: "wer nicht mit uns ist, ist gegen uns." Sowohl in den gegenseitigen Beziehungen, besonders aber in den Beziehungen zu anderen, andersartigen, kleineren Gewerkschaftsgruppen benehmen sie sich exklusivistisch, aprioristisch und ausschließend.

Jede der beiden Organisationen schließt spiegelbildlich die andere aus, ihre Auseinandersetzungen können sich nicht auf kon-

Tonci Kuzmanic ist Soziologe an der Universität in Ljubljana.

krete Probleme oder Prozesse beziehen. Immer sind sie aprioristisch, da sie sich in erster Linie auf den Gegner, den Feind beziehen, der ihr zentraler Reibebaum ist. Die gegenseitige Feindschaft ist die zentrale Energiequelle ihrer Arbeit, und ihre Kontakte enden häufig in Zerstörung.

Unterschiede

Der zentrale Unterschied zwischen den beiden Gewerkschaften ist aprioristisch, ideologisch. Obwohl die Unterschiede mehrschichtig sind, so lassen sie sich auf die Frage ihrer Position zum Sozialismus reduzieren, wobei sie ihren jeweiligen Standpunkt auf militante Art verfechten: Vertritt die ehemalige offizielle Gewerkschaft die Aufrechterhaltung bzw. Schaffung eines sozialistisch-postsozialistischen Industriekomplexes mit einigen neueren ideologischen Beimengungen, so versucht die nationalistische "Neodvisnost"/Unabhängigkeit den westlichen Industrialismus, wie er sich in seinen Anfängen bzw. allerhöchstens zur Mitte dieses Jahrhunderts darstellte - zu rehabilitieren. Wenn auch die eine Organisation "die Sache der Arbeit", die andere aber "die Sache des Kapitals" vertritt, kann sich dies aufgrund der ideologischen Orientierung der Gewerkschaften im Falle einer eventuellen Regierungsänderung oder einer Änderung der Regierungspolitik wandeln, schließlich haben wir es ja mit machtorientierten Gewerkschaftsorganisationen zu tun, die sich zwischen der Regierung und der Opposition bewegen und strukturell an dieses Umfeld gebunden sind. Als solche sind sie ohne "eigenen Willen" und ohne "eigenes Rückgrat".

In dieser Hinsicht hat die ehemalige "sozialistische" Organisation die Nase vorn. Ihr politischer Erfolg resultiert daraus, daß die ideologisch-politische Richtung, der sie sich verbunden fühlt, nicht an der Macht ist, nicht aber daraus, daß sie eine Gewerkschaftsorganisation im eigentlichen Sinn des Wortes ist.

"Nachgewerkschaftliche Achsen"

Glücklicherweise ist Slowenien ein wenig entwickelter, als alles Gesagte vermuten lassen würde. Neben den großen postsozialistischen Fragen des Staates, der Staatsnation, der Volksdemokratie, der Volkswirtschaft, der Industrie, Religion, Ideologie und neben ähnlichen Fragen, mit denen sich die beiden Gewerkschaftsorganisationen beschäftigen gibt es noch viele aktuellere und, was das wichtigste ist, subversivere Probleme des "Lebens und der Arbeit" und die entsprechenden "postsyndikalen" Organisationsstrukturen und Vernetzungen. Diese haben allerdings kaum Zugang zu den Medien und sind dementsprechend wenig bekannt.

Regionalisierung

Um es vereinfacht auszudrücken: Es scheint normal zu sein, daß der symbolisch entscheidende Schritt zu einer Ablehnung des Totalitarismus, des Nationalstaatsdenkens und des politisch-ideologischen Syndikalismus innerhalb des "doppelt geschlossenen Kreises" getan wurde, nämlich innerhalb der dominanten, staatsterritorialen, allesumfassenden politisch-ideologischen Organisation. Die von Herrn Phlohl geleitete Gewerkschaftsorganisation aus Ptuj/Pettau (Stajerska/Steiermark) - und um die geht es - hat einfach mit einem positiven Konzept zu arbeiten begonnen, das nicht die Zerstörung der bestehenden (damals einzigen) Gewerkschaftsorganisation betonte, sondern eine parallele (nach)gewerkschaftliche Position bezog, die sich kaum mit dem Bestehen der kommunistischen Gewerkschaft belastete. Die "Belastung" trat erst später ein - mit dem Auftreten der "Neodvisnost"/Unabhängigkeit, die Herr Tomsic leitet.

Am wichtigsten erscheint bei Plohls Projekt das Beharren auf einer unabhängigen, eigenständigen Position - um jeden Preis. Im Unterschied zum sozialistischen und nationalistischen Gewerkschaftskonzept wird in Plohls Projekt die Tatsache reflektiert, daß die alten Zeiten der staatlich-monolithen Gewerkschaften vorbei sind, daß es notwendig ist, auf anderen Prinzipien aufzubauen, die nicht politisch, territorial, ideologisch, sondern nur "rein syndikalistisch" sein können. Das heißt, daß man sich auf die niedrigsten, partiellen, rein lohnerhaltenden Kämpfe der Mitgliedschaft konzentrieren muß, aber auch auf Auseinandersetzungen, die die Methodik gewerkschaftlicher Arbeit betreffen. Es geht nämlich nicht mehr um allumfassende, totale Organisierung, sondern um Projekte, die zur Zeit des Intervention Plohls bereits vorhanden waren, und zwar in Form der Ideologie der zivilen Gesellschaft und neuer gesellschaftlicher Bewegungen.

Unterschiedliche postsyndikale Formen

Neben der gewerkschaftlichen Regionalisierung als Gegenbewegung zur sozialistisch-kollektivistischen Vereinheitlichung, wie auch zur nationalen Zentralisierung Sloweniens und zum nationalen gewerkschaftlichen Dualismus, und auch zum Verbleiben "mit einem Bein" in den alten gewerkschaftlichen Kämpfen sind in Slowenien noch andere Formen der postsyndikalen Organisierung zu beobachten.

Zuerst wären in diesem Zusammenhang jene Gewerkschaften zu nennen, die in den einzelnen Arbeits-, genauer gesagt, Beschäftigtenstrukturen entstehen. Es ist kein Zufall, daß sich diese Formen der Selbstorganisierung kaum oder gar nicht innerhalb der Fabriken, sondern außerhalb der industriellen oder in nichtindustriellen Bereichen herausbilden. In letzterem sind sie nämlich an die genannten großen Organisationen gebunden. Als Beispiel wäre die Gewerkschaft an der Universität in Ljubljana zu nennen, wo wir es neben typisch gewerkschaftlichen auch mit einigen anderen Elementen zu tun haben: z.B. mit der räumlichen Selbstorganisation, die nicht nur für die Unabhängigkeit der Universität von Bedeutung ist, sondern noch mehr für die (Re)Habilitierung der Rolle der Stadt, für das Bürgertum als Herz der ideologischen Wendung, für die sozialistische Arbeiterschaft/ Arbeiterklasse und noch wichtiger für die postsozialistische nationale Staatsbürgerschaft.

Die Universitätsgewerkschaft

Es scheint, als sei die gemeinsame postsyndikale Tätigkeit von ArbeiterInnen und Angestellten eine vorübergehende Erscheinung. Dies folgt daraus, daß eine große Zahl eigenständiger Gewerkschaften aus Streikbewegungen entstanden ist (es ist kein Zufall, daß die stärkste postsyndikale Selbstorganisation unter allen Universitätsgewerkschaften an der philosophischen Fakultät besteht, die das Zentrum des Streiks war, aus dem die Gewerkschaft hervorgegangen ist). Eine vorübergehende Erscheinung ist sie auch deshalb, weil es gleichzeitig zu einer beruflichen Verbundenheit der Universitätsangehörigen beigetragen hat, die kaum merklich zu einer "reinen" Berufsvertretung (z.B. der Professoren und Vortragenden) geworden und auch auf anderen Ebenen tätig ist. Obwohl die Universitätsgewerkschaft sich am "Beschäftigtenprinzip" orientiert, ohne Rücksicht auf den Beruf oder eine sonstige Einordnung in Beschäftigungsstrukturen, ist sie keine Einheit, sondern eine Dachorganisation der Einzelgewerkschaften der Laibacher Universität.

Ähnliche Organisationsformen kann man auch auf einer breiteren Ebene sehen:

Der "dritte" gewerkschaftliche Weg

Gespräch mit Boris Mazalin, dem Vorsitzenden der Konföderation 90, Vladimir Zevnik, Präsident der Matrosen aus Koper/Capodistria, Jadran Clalja, Sekretär der Küsten-Gewerkschaften Sloweniens und Robert Vrcon, Sekretär der Gewerkschaft der Matrosen.

☐ *Welche Aspekte sind für die gegenwärtige gewerkschaftlichen Situation in Slowenien maßgeblich?*

Mazalin: Vor allem die Beziehung der Regierung zu den Gewerkschaften, wie sie sich im Angebot des "Sozialpakts" widerspiegelt, weiters die Anhäufung wirtschaftlicher Probleme und schließlich die Nichtbeachtung der schon unterzeichneten Kollektivverträge seitens der Regierung. Außerdem sind auch die Beziehungen zwischen den bestehenden Gewerkschaften entscheidend, wie auch ihr Versuch zu einer gewissen Form von Partnerschaft mit der Regierung zu kommen.

☐ *Vorige Woche hatten Sie eine Zusammenkunft mit der Mehrheit der Gewerkschaften Sloweniens, wo sie gemeinsam beschlossen, nicht in Gespräche mit der Regierung einzutreten. Wie bewerten Sie die Ereignisse auf dieser Sitzung?*

Mazalin: Von unserem Standpunkt aus wurde etwas sehr Bedeutendes erreicht, nämlich ein Gleichgewicht zwischen den drei Gewerkschaftsblöcken erzielt, und zwar zwischen der "Unabhängigkeit" des Herrn Tomsic, den "Freien Gewerkschaften Sloweniens" des Herrn Semolic und uns, dem dritten Block, die wir zwar organisatorisch nicht genau definiert, aber nach wie vor präsent sind. Sowohl die Gewerkschaften Tomsics wie auch die Semolics rechnen mit uns, weil wir bereits einige Male die Rolle des "Zünglein an der Waage" gespielt haben.

☐ *Was erwarten Sie von der nächsten Zusammenkunft der Gewerkschaften?*

Mazalin: Vor allem, daß wir kultivierte Regeln des Verhaltens der Gewerkschaften untereinander festlegen werden. Die Regierung hat uns nämlich mit ihrem Vorschlag in eine Position gebracht, in der wir gezwungen sind, Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen und nicht nur als einzelne Gewerkschaften an die Öffentlichkeit zu treten, sondern vielmehr als Gewerkschaftsblock.

☐ *Glauben Sie, daß Voraussetzungen für die Verhandlungen mit der Regierung gegeben sind?*

Zevnik: Solange nicht drei Bedingungen garantiert werden, kann es keinerlei Unterzeichnung eines Sozialpakts geben. Diese Bedingungen sind: Achtung der Kollektivverträge und des Systems der kollektiven Verhandlungen überhaupt, weiters die Einwilligung der Regierung zur Wiederherstellung eines Forums, auf dem sich die Verhandlungsteilnehmer gleichberechtigt treffen; schließlich die Rücknahme der Gesetze, die ein Einfrieren der Gehälter vorsehen.

☐ *Warum bietet die Regierung ihrer Meinung nach überhaupt einen sozialen Pakt an?*

Mazalin: Die Regierung und das Parlament haben in großem Ausmaß dazu beigetragen, daß es zur derzeitigen sozialen Misere kam, zu der unmöglichen Situation, in der wir uns jetzt befinden. Mit der Zustimmung zum "Sozialpakt" soll dieser Zustand auch von uns anerkannt werden.

☐ *Wodurch drückt sich diese "soziale Misere" aus?*

Zevnik: Die Regierung achtet die Kollektivverträge nicht, die Löhne sind entsetzlich gefallen, die Kaufkraft ist geschwunden, es gibt keinerlei ernsthafte Wirtschafts-, Sozial- oder Entwicklungsprogramme...

Calija: Die Ausgangspunkte einiger Kollektivverträge sind auch bis zu 40% unter den vereinbarten Beträgen. Wenn wir so etwas unterschreiben würden, würde die Regierung damit viel erreichen, die Gewerkschaften nichts, die Arbeiter aber würden viel verlieren. Die Regierung bietet mit diesem Pakt nämlich nichts an, sondern nimmt nur. Das ist eigentlich überhaupt kein Vertrag und auch keine Übereinkunft, weil damit nur eine Seite etwas bekommt, nämlich die regierende.

Zevnik: Das ist kein Angebot für einen sozialen Frieden, sondern vielmehr ein politischer Schachzug. Die Regierung hat einen Knochen geworfen, an dem die Gewerkschaften nagen, auf der anderen Seite aber hat dieselbe Regierung ein Gesetz verabschiedet, das das Einfrieren der Gehälter vorsieht. Der Pakt ist also bereits Realität, sie führen ihn aus, wir aber streiten noch um ihn, obwohl er alle vereinbarten Normen verletzt. Dennoch hat aber die Regierung mit ihrem Vorgehen die Gewerkschaften zugleich dazu gezwungen, sich zu vereinigen und einheitlich gegen sie selbst aufzutreten.

☐ *Sind Sie der Meinung, daß die Regierung damit einen Fehler begangen hat?*

Zevnik: Ich würde es nicht genau so sagen, möglicherweise ist es im nächsten Augenblick für die Regierung auch produktiv. Denn schon morgen, wenn es nach der neuen Verfassung nötig sein wird, in der Staatsversammlung vier Plätze der Arbeitnehmer zu besetzen, kann die Regierung die provisorische gewerkschaftliche Einheit zerschlagen. Und noch etwas: die Regierung kann auch in dieser Situation, obwohl sie eigentlich nichts angeboten hat, behaupten, daß die Gewerkschaften an der wirtschaftlichen Stagnation schuld sind.

Mazalin: Auf etwas würde ich noch gerne hinweisen. Diese Regierung braucht eigentlich überhaupt keinen solchen Pakt. Sie braucht ihn nur für sich, nur dazu, um alle Preise zu kontrollieren und um sozusagen im voraus mögliche Streiks zu verhindern.

☐ *Haben zu solchen Resultaten nicht auch die Gewerkschaften, also Sie selbst, beigetragen?*

Mazalin: In einem gewissen paradoxen Sinne, ja. Die Schwelle des sozialen Beharrungvermögens der slowenischen Bevölkerung ist praktisch schon überschritten. Wir Gewerkschafter haben damit einen Fehler gemacht, daß wir niemals auf die sogenannten garantierten Einkommen achtgegeben haben. Genau in diesem Punkt, der ein Relikt des früheren Systems ist, hat uns die Regierung überlistet.

Wir haben nämlich in der Festsetzung eines Mindesteinkommens zugestimmt, damit haben wir der Regierung ermöglicht, gegen die Kollektivverträge zu verstoßen. Wir alle haben irgendwie damit gerechnet, daß der Lebensstandard dann höchstens bis zu Niveau des Mindesteinkommens sinken konne, das die Funktion einer Sicherung hatte. Doch diese Sicherung ist nun wohl keine mehr, da es sich dabei um eine unverschämt niedrige Summe handelt, die niemals ein Arbeitslohn sein kann, sondern eine Form staatlicher Sozialhilfe, die allen Leuten garantiert ist, nicht aber den Beschäftigten, nicht jenen, die arbeiten.

☐ *Besteht nicht dennoch ein optimistisches Bild von der Zukunft der Beschäftigten in Slowenien?*

Mazalin: Die heutige Zusammenkunft war sehr wichtig. Wir einigten uns auf ein gemeinsames Auftreten, weiters darauf, daß wir nicht von den Bedingungen zurücktreten, die notwendig sind, daß die Gespräche (und nicht die Verhandlungen) überhaupt beginnen. Es geht daher um eine Betonung zuerst der Bedingungen für die Gespräche, erst dann können wir beginnen, uns mit der Regierung zu besprechen und zu verhandeln!

☐ *Was heißt das konkreter?*

Zevnik: Wir haben uns auf eine gemeinsame Plattform geeinigt, von der wir nicht abweichen werden. Es geht dabei um die Forderung nach Einhaltung der schon unterzeichneten Kollektivverträge und nach Beseitigung der Gesetzgebung über das Einfrieren der Gehälter. Das ist das Minimum, das wir erreichen müssen.

☐ *Was werden Sie tun, wenn Ihnen das nicht gelingt?*

Zevnik: Wir werden von den Verhandlungen zurücktreten, auch wenn sie Tomsic und Semolic fortsetzen wollen. Wir werden aber trotzdem weiterhin in der Unterhandler-

gruppe mitarbeiten, die gemeinsam die Gespräche vorbereiten sollte; zu den Verhandlungen mit der Regierung werden wir aber nicht gehen.

□ *Was erwarten Sie von der nächsten Verhandlung?*

Mazalin: Es werden zwei Blöcke anwesend sein. Einer ist der Tomsic-Semolic-Block zweier Gewerkschaften, die zwar von verschiedenen Optionen ausgehen, sich aber darin einig sind, daß sie bereit sind, ohne Vorbedingungen zu verhandeln. Unsere Position ist aber, daß wir zuerst an die Regierung die Forderung nach Verwirklichung der schon unterzeichneten Kollektivverträge stellen müssen und nach Abschaffung der Gesetzgebung über die Gehälter, dann erst können wir über konkretere Angelegenheiten zu verhandeln beginnen.

Zevnik: Die beiden anderen Gewerkschaften gehen bei ihrer Arbeit von parteiprogrammatischen Überlegungen aus. Gerade hier werden wir nie auf derselben Wellenlänge liegen. Ihr einziges Denken ist darauf gerichtet, ob sie mit ihrem Handeln die Regierung unterstützen bzw. nicht unterstützen. Über konkrete gewerkschaftliche Fragen können sie einfach nicht sprechen.

Ich glaube, daß es zu einem Streit gerade wegen dieses Unterschiedes kommen wird, der auf verschiedenen Organisationsformen und Logiken der Arbeitsweise von Gewerkschaften basiert.

Mazalin: Es geht um zwei verschieden Ziele. Unser Ziel ist es, eine Situation zu erreichen, in der das System der Kollektivverhandlung gelten wird, ihres aber ist das Unterzeichnen irgendwelcher Übereinkünfte außerhalb dieser Fragen, das Erwerben irgendwelcher Bonuspunkte, die sie, ich weiß selbst nicht bei wem, sammeln. Wir wollen einen normalen Zustand herstellen, in dem es sich arbeiten und leben läßt, ihnen aber geht es um eine Verhandlungen, ohne mit der Logik der äußeren Umstände zu brechen, die ihnen überhaupt nicht hinterfragenswert erscheinen.

□ *Warum trennen Sie diese zwei Blöcke so scharf?*

Mazalin: Wenn Du einmal Verhandlungen ohne Forderung auf die Rücknahme der Lohngesetzgebung zustimmst, und ohne die Forderung, daß die Regierung die unterzeichneten Kollektivverträge akzeptieren muß, bist du mitschuldig an einer Verwirrung, von der Du dich nicht mehr erholen kannst. Deshalb hoffen wir, daß wir auf unserer Plattform noch andere Gewerkschaften sammeln können, vor allem wirklich unabhängige, wie z.B. die Bankangestellten, Eisenbahner, Polizisten und andere, die nicht mit den erwähnten Gewerkschaften verbunden sind.

Das Gespräch führte Tonci Kuzmanic am 14.1.1992 in Ljubljana.

Übersetzung aus dem Slowenischen: Willi Puscher.

bei Lehrern, Ärzten etc., nur, daß es hier noch zu keinen ähnlichen, stärkeren gewerkschaftlichen Bindungen gekommen ist. Der Grund dafür liegt unter Umständen auch darin, daß es zu keiner mit Streiks verbundenen Auflösung der Bindungen an die "alten Institutionen" oder Denkformen gekommen ist, als auch darin, daß hier stärker als an der Universität die Einflüsse der beiden dominanten Organisationen zu spüren sind. Mit ähnlichen Schwierigkeiten kämpfen derzeit auch die Textil- und Stahlarbeiter und andere.

Die Journalistengewerkschaft

Etwas weiter beim Aufbau einer beruflichen Standesvertretung sind derzeit die Journalisten Sloweniens.

Das gewerkschaftliche Engagement der Journalisten wurde stark durch einen Streik vorangetrieben, der in fast allen Verlagshäusern und Informationsmedien eine Welle von Gewerkschaftsgründungen auslöste.

Ähnlich wie die Gewerkschaft der Universität alle Gewerkschaften auf Universitätsebene von Ljubljana/Laibach umfaßt, ist es den Journalisten gelungen eine Organisationsstruktur von unten bis hinauf auf die nationale Ebene zu schaffen. Mehr noch, die Einflüsse und Anregungen dieser Gewerkschaft reichen über den nationalen Raum, nach Kroatien, in die Vojvodina und sogar nach Beograd. Die Journalistengewerkschaft SNS unterscheidet sich von der Universitätsgewerkschaft - die heterogen zusammengesetzt ist, sich eher am Beschäftigungsort orientiert und alle ArbeitnehmerInnen von der Putzfrau bis zum Vortragenden organisiert - darin, daß sie ihre Mitgliedschaft enger eingeschränkt hat. Einerseits hat sie sich kompromißlos von möglichen zukünftigen Arbeitgebern (derzeitige oder ehemalige Politkommissare in Form von Chefredakteuren u. ä.) abgegrenzt, andererseits aber auch von all jenen, die nicht Journalisten, Kommentatoren - Verbreiter von Neuigkeiten - sind. So können Putzfrauen nicht Mitglieder der SNS sein, obwohl sie im selben Haus arbeiten und gleichzeitig Mitglieder einer Gewerkschaft im selben Haus sind, die aber organisatorisch woanders hingehört.

Die Gewerkschaft der Lokführer

Auf dem Gebiet der äußerst eng "spezialisierten" gewerkschaftlichen Organisierung haben bisher die Lokführer am meisten erreicht.

Neben der Tatsache, daß sie sich gewerkschaftlich von anderen Arbeitern und Berufen innerhalb des Eisenbahnwesens abgespalten haben, ist an ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit interessant, daß sie bei der Schaffung ihrer eigenen Organisation das Streikkommitee in der alten sozialistischen Gewerkschaft untergebracht haben, diese "eroberten", und besonders ungewöhnliche gewerkschaftliche Bündnisse schlossen, teilweise innerhalb der sozialistischen Strukturen, teilweise auch außerhalb mit den nationalistischen Gewerkschaften, doch als zentralen Punkt haben sie sich ihre Eigenständigkeit bewahrt.

Natürlich könnten wir noch weitere Beispiele nennen: einen äußerst wichtigen Beitrag zum Postsyndikalismus in Slowenien leisteten die Polizistinnen und Polizisten. Auch innerhalb der Staatsanwaltschaft wurde vor kurzem eine eigenständige Gewerkschaft der Organisationen der öffentlichen Ankläger gegründet, vor Jahren konstituierte sich das eigenständige Gewerkschaftsprojekt der Kreditnehmer ...

Die Regierung

Mit dem oben gesagten ist nur ein Aspekt der gewerkschaftlichen Situation in Slowenien beschrieben. Ein weiterer Aspekt betrifft die Gewerkschaftspolitik der - wie es scheint - auslaufenden Regierungsperiode der nationalistischen Demos-Koalition.

Die von ihr verfolgte Politik beharrt darauf, die Festigung der bipolaren gewerkschaftlichen Tätigkeit zweier Organisationen durchzusetzen, wobei sie die Tomsic' "Neodvisnost"/Unabhängigkeit bevorzugt und die Semolic' "Freien Gewerkschaften" duldet. Damit blockiert die Regierung die mögliche Entwicklung einer pluralistischen Gewerkschaftsbewegung in Slowenien, vor allem die der "Konfederacija 90/Bündnis 90", von den kleineren Gewerkschaften gar nicht zu reden. Mit dieser Gewerkschaftspolitik nimmt sie auf ganz bestimmte Art Einfluß, genauer, sie behindert die künftige gesellschaftspolitische Entwicklung, indem sie den Staat als großes Unternehmen/Unternehmer bzw. den Nationalstaat als große Familie betrachtet, eine Ideologie, deren Hauptbefürworter Herr J. Pucnik, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei ist.

Wenn ich mich einer historischen Aussage eines Parlamentsabgeordneten bedienen darf, dann geht es dabei eigentlich um die für diese Regierung symptomatische Politik, die darauf ausgerichtet ist, den Arbeitern endlich - wie er sagte - "bäuerliches Denken" einzuimpfen. Es geht darum, zu

dem Punkt zu kommen, an dem Beschäftigte nur noch in die Kategorie des "Natürlichen" gesteckt werden, und an dem Resultate der Regierungsmaßnahmen nur noch als Wunder verstanden werden, als Naturkatastrophen, gegen die nur noch Gott bzw. ihm verantwortliche Instanzen im Diesseits helfen können. Treffendere Zusammenfassungen der tragenden Konzepte in Slowenien, d.h. des Staates als großes Unternehmen/Unternehmer und des Volkes als große Familie, als den Arbeitern bäuerliches Denken einzuimpfen, sind schwer zu finden.

Zu erwähnen wäre noch, daß im Unterschied zum vorangegangenen Regime im Umfeld der neuen, postsozialistischen Ordnung (insbesondere in der Zeit nach dem sogenannten "Krieg in Slowenien") wesentlich weniger Möglichkeiten bestehen, sich von der Regierung zu distanzieren. Es ist nicht das Problem, daß z.B. die Regierung des Herrn Peterle den Gewerkschaften dies oder jenes aufdrängen wolle und diese würden sich auf die eine oder andere Art wehren. Die Gewerkschaften selbst glauben an das Konzept des Staates als großes Familienunternehmen/-unternehmer bzw. haben dessen Bedeutung noch nicht erkannt.

Die sogenannte "oppositionelle" Gewerkschaft unterwirft sich nicht nur der Umarmung der Regierung, die alle Berufsgruppen und sozialen Schichten repräsentativ einbinden will, sie fördert auch das Regierungsprojekt, die Repräsentierung der ArbeiterInnen auf zwei Gewerkschaften zu beschränken. Trotzdem können wir die Opferfunktion, die die sozialistische Gewerkschaft des Herrn Semolic übernommen hat, nicht mit Schadenfreude ansehen. Mit besten und edelsten Motiven und Gefühlen trägt er zur Idee des Staates als Unternehmen/Unternehmer, zur Verwirklichung des Konzeptes der "organischen Gesellschaft" bei. Neben der "Repräsentativität" wird noch ein zweites Spiel gespielt, jenes der Privatisierung. In diesem Fall gingen beide dominante Gewerkschaften in die Falle. Ohne die kleinste Möglichkeit zur Kreativität übernehmen sie eine Verantwortung, der sie sich in Zukunft nicht mehr werden entledigen können.

Offene Unmöglichkeiten

Es gibt unzählige Beispiele, die dafür sprechen, daß sich die postsozialistische vielversprechende, offene Situation der Gewerkschaften in Slowenien verschlechtert hat.

Von Tag zu Tag, von Ereignis zu Ereignis, und mit nicht unbedeutender Unterstützung der dominierenden Medien, die unkritisch der Regierungsposition wiederkäuen und das Gerede von zwei vermeintlich "repräsentativen", "großen" Gewerkschaften verbreiten, und kleine, weniger bedeutende, erst entstehenden Gewerkschaften aus ihrer Berichterstattung ausschließen) wird sie immer weniger lebendig, immer verschlafener. Anstatt der Gesellschaft der "offenen Möglichkeiten", die sozusagen bis gestern noch bestand, haben sich zwei dominante Gewerkschaftsblöcke gebildet, die sich gegenseitig stützen und gleichzeitig blockieren, und was noch gefährlicher ist, jeden ernsthaften Versuch verhindern, aus der gegenseitigen Umarmung zu entkommen. Es scheint, als ob die selbstzufriedene Welt des ehemaligen syndikalen Sozialismus und der aggressive nationalistische Antisozialismus, den die Regierungspolitik erfolgreich unterstützt, nur noch in den Mitteln der Imagination und Demagogie verändert werden kann. Wie wir wissen, entsteht ein ernstes Problembewußtsein erst, wenn die gewerkschaftlichen Ereignisse ein Symptom darstellen, über welches es möglich ist, breitere, globalere gesellschaftliche und politische Strömungen und Trends loszulösen.

Einige der letzten Ereignisse in der slowenischen Gewerkschaftsszene, besonders die Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Regierung Peterles auf dem Gebiet des sogenannten "Sozialpaktes", der eigentlich ein Moratorium für Streiks darstellt, lassen vermuten, daß sich auch hier ein bißchen was bewegt. Veränderungen ergeben sich vor allem, was die Zusammenarbeit zwischen allen oder der Mehrheit der slowenischen Gewerkschaften und ihr Verhältnis zur Regierung betrifft, die bei den gegebenen postsozialistischen Verhältnissen lediglich als ein kollektiver Arbeitgeber funktioniert. Es gibt Indizien, die dafür sprechen, daß in allernächster Zukunft in Slowenien mit spektakulären Ereignissen wie dem "Generalstreik" zu rechnen ist. Allerdings zeigt sich dabei neben der Tatsache, daß ein solches Ereignis von manchen Beobachtern erwünscht und mit Sympathie betrachtet würde leider auch die relative und sogar absolute politische (weniger gewerkschaftliche) Unterentwicklung der slowenischen Politik. Wie auch immer, dies ist ein Thema, das die Grenzen meines Beitrages sprengt, es wäre aber wichtig, es in aller nächster Zukunft zu behandeln.

Die Übersetzung aus dem Slowenischen besorgte Dani Stern.